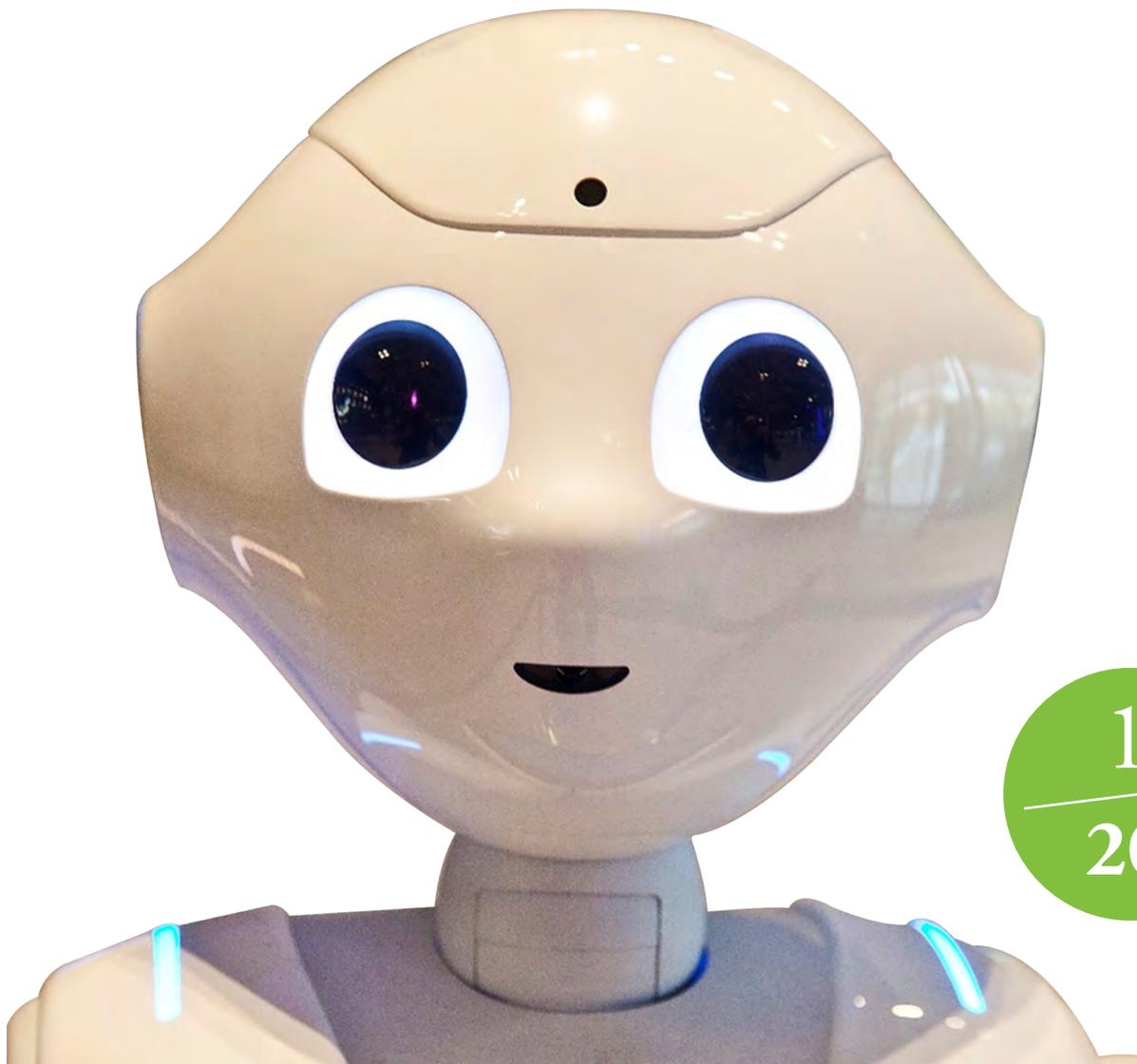




Bayerische Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit

EINSICHTEN + PERSPEKTIVEN

Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte



1
—
20

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

„Früher war die Zukunft auch besser“, orakelte Karl Valentin (1882–1948) einst. In der Ausnahmesituation, wie sie die Welt in Zeiten der Corona-Pandemie erlebt, in der das öffentliche Leben von einschneidenden Schutzmaßnahmen verändert wird, rücken grundsätzliche, existenzielle Fragen wieder mehr in den Vordergrund.

Dem menschlichen Bedürfnis, zu wissen, wie das Leben in der Zukunft aussehen könnte, widmet sich eine kurze Serie von Thies Claussen in dieser und der nächsten Ausgabe von „E+P“. Im vorliegenden Heft setzt sich der Autor mit der „Arbeit in der Zukunft“ auseinander, und, so viel darf bereits verraten werden, er kommt zu dem Ergebnis, dass sie mit hoher Wahrscheinlichkeit spezialisierter und weiblicher sein wird.

Mögliche Ansätze zur Reform der Wahl zum Deutschen Bundestag, um die durch Überhangs- und Ausgleichsmandate ausufernde Zahl der Sitze zu verringern, stellt Rupert Gröbl vor.

Christoph Butterwegge diskutiert Aspekte von Armut und Ungleichheit in Deutschland. Hier stehen Fragen wie die Schere zwischen Arm und Reich oder der Zusammenhang von Armut und Gesundheit im Mittelpunkt.

In einem Länderporträt zeichnen Max Steiner und Johannes Weyrich ein lebendiges Bild von Bolivien und analysieren die aktuelle politische Lage des Landes.

75 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs wirft Daniel Rittenauer einen Blick zurück, wie Bayern die letzten Monate des Krieges erlebte. Der in München lebende David Dushman, der als sowjetischer Soldat an der Befreiung des KZ Auschwitz beteiligt war und sich später als Fechtportler und -trainer einen Namen machte, wird von Rafael Tremml porträtiert.

Im Interview mit dem ehemaligen DDR-Fußballer Jens Mitzscherling kommen interessante Aspekte zum Sport in der DDR und zur Rolle des Fußballs zur Sprache.

Wir freuen uns, wenn Sie sich wieder an unserem Rätsel beteiligen, und wünschen Ihnen eine interessante Lektüre in Zeiten häuslicher Konzentration. Bleiben Sie gesund!

Die Redaktion

Autorinnen und Autoren dieses Heftes

Prof. Dr. Christoph Butterwegge lehrte von 1998 bis 2016 Politikwissenschaft und ist Mitglied der Forschungsstelle für interkulturelle Studien (FiSt) an der Universität zu Köln.

Dr. Thies Claussen war Stellvertretender Vorstandsvorsitzender der LfA Förderbank Bayern und ist Autor mehrerer Bücher und Aufsätze zu Zukunftsfragen.

Rupert Gröbl ist Direktor der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit.

Dr. Daniel Rittenauer, M.A. ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Bayerische Geschichte der LMU München und Redakteur am Historischen Lexikon Bayerns.

Prof. Dr. Rainer F. Schmidt ist Professor für neueste Geschichte und Didaktik der Geschichte an der Universität Würzburg.

Prof. em. Dr. Max Steiner lebt in Bolivien und unterrichtet an der Universität von Santa Cruz Internationale Entwicklung. Er baute in Bolivien ein Jugendherbergensnetz auf und engagiert sich mit Freiwilligen aus der ganzen Welt in sozialen Projekten wie der „Ein-Dollar-Brille“.

Rafael Tremml ist freier Autor, Übersetzer und Kulturwissenschaftler.

Johannes Weyrich, angehender Student der Rechtswissenschaften, leistet gerade einen Freiwilligendienst in Bolivien.

Leserbriefe richten Sie bitte an folgende E-Mail-Adresse: landeszentrale@blz.bayern.de, Stichwort: Einsichten und Perspektiven. Hier können Sie auch ein kostenloses Abonnement der Zeitschrift beziehen.

Inhalt



Arbeitswelt der Zukunft: Die Anforderungen steigen 4
von Thies Claussen

Armut und soziale Ungleichheit in Deutschland 12
Zur Diskussion gestellt
von Christoph Butterwegge

Themenforum Antisemitismus 23

Gedanken zur Reform der Bundestagswahl 24
von Rupert Gröbl



Mikrokosmos Amateurfußball 30
Eine Veranstaltungsreihe der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
von Johannes Ushalt

„Von Profifußball samt Spielerberater hatten wir ja überhaupt keine Ahnung.“ 31
Ein Interview mit dem ehemaligen Fußballprofi und DDR-Oberliga-Spieler
Jens Mitzscherling



Wer war es? 36
Ein historisch-biographisches Rätsel
von Rainer F. Schmidt

Frischer Lesestoff – ausgewählte Bücher zur politischen Bildung 39

„Zeit für Politik“ mit neuen Themen 43

Bolivien – Land im Umbruch 44
von Max Steiner und Johannes Weyrich

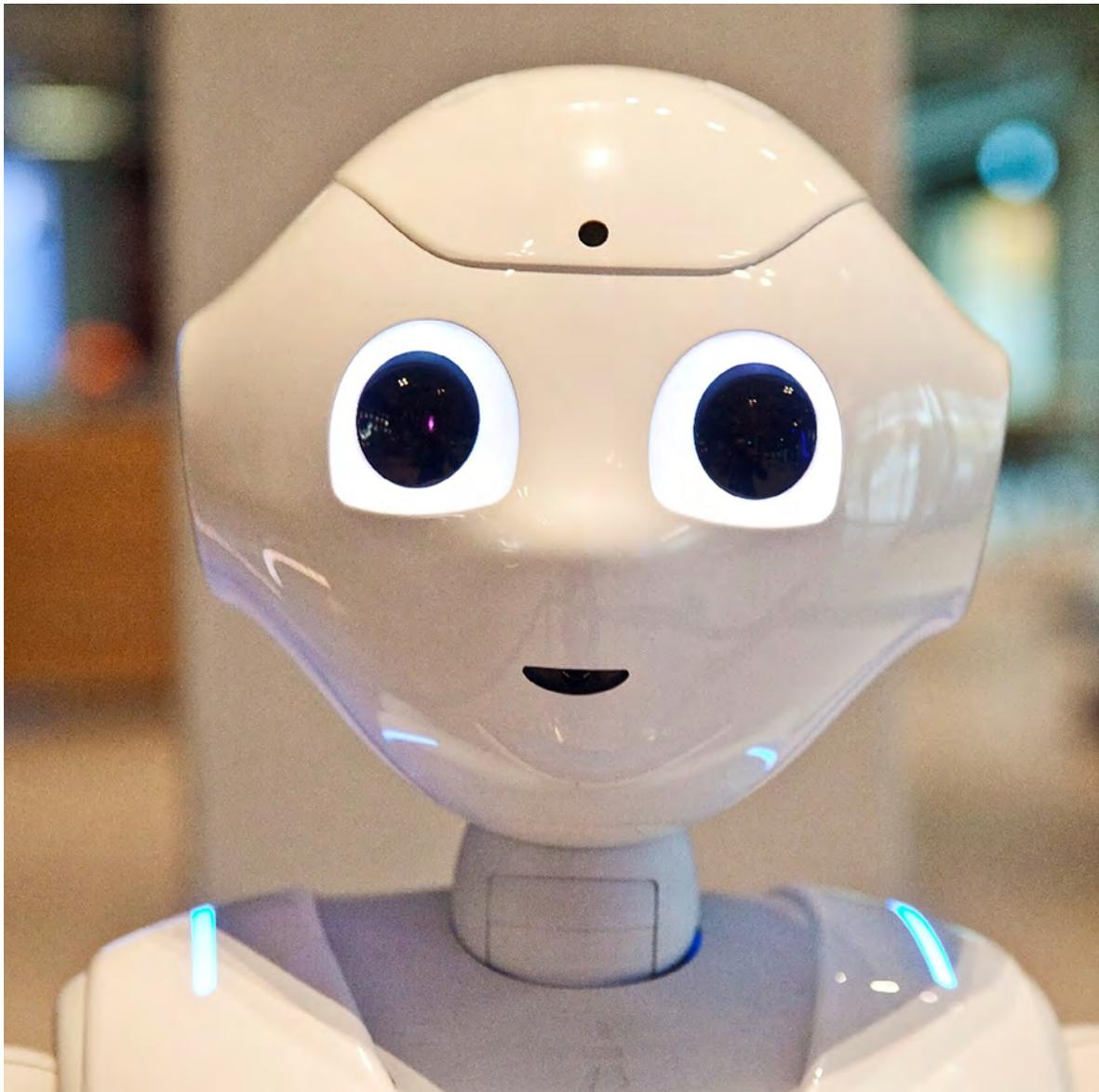


Das Kriegsende in Bayern 1945 61
von Daniel Rittenauer

Vom Sohn des „Volksfeindes“ zum Olympioniken 70
Die Lebenserinnerungen des sowjetischen Juden und Olympia-Fechtsportlers
David Dushman (*1923)
von Rafael Tremel

Arbeitswelt der Zukunft: Die Anforderungen steigen

von Thies Claussen



Der Kopf des humanoiden Roboters „Pepper“, 2019
Foto: picture alliance/imageBROKER/Fotograf: Stefan Ziese

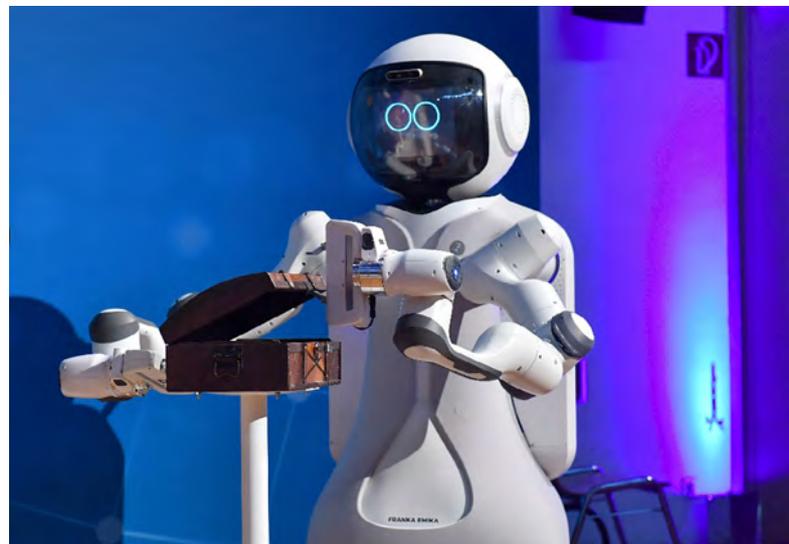
Wie sieht unsere Arbeitswelt in zehn, zwanzig oder in dreißig Jahren aus? Welche Anforderungen werden an uns gestellt? Wie sicher sind künftig unsere Arbeitsplätze? Viele Fragen, viele Spekulationen, viele Ängste drängen sich auf. Nicht nur Arbeitsmarktforscher wissen, dass die Arbeit ständigen Veränderungen unterliegt. Viele von uns haben selbst erlebt, wie der Einsatz von Computern in den letzten zehn und zwanzig Jahren die Arbeit zum Teil drastisch verändert hat. Mit der Digitalisierung und der sogenannten Industrie 4.0, der Vernetzung der Produktion, stehen schon die nächsten Veränderungen an.¹

Geht uns die Arbeit in Zukunft aus?

Einen Blick in die Zukunft wirft das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), die Forschungseinrichtung der Bundesagentur für Arbeit. Dessen langjähriger Direktor, Prof. Joachim Möller, ist optimistisch, dass uns die Arbeit in Zukunft nicht ausgeht.² Zwar werden auch künftig Arbeitsplätze im Zuge der fortschreitenden Rationalisierung, vor allem in der Produktion, wegfallen. Trotzdem werden nach Auffassung Möllers durch neu entstehende Bedürfnisse eher mehr neue Arbeitsplätze geschaffen werden als durch Rationalisierung wegfallen.

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung geht von folgenden Entwicklungen unserer Arbeitswelt aus:³

- Beschäftigte müssen künftig mehr wissen und können. Viele der heute noch üblichen Routinearbeiten werden wegfallen. Die neuen Arbeitsplätze werden anspruchsvoller und erfordern deshalb eine bessere Ausbildung. Gefragt ist künftig vor allem Problemlösungskompetenz.
- Stark verändern wird sich die Industriearbeit. Der Mensch wird dabei keineswegs vom Roboter verdrängt, sondern wird mit ihm künftig eng zusammenarbeiten. Hochintelligente Produktionsautomaten werden nicht



Ein Roboter öffnet selbstständig mit einem Schlüssel das Schloss einer Schatulle beim „Hightech Summit Bayern KI - Künstliche Intelligenz“ in der Technischen Universität München (TUM) in Garching, 3. Februar 2020. Foto: ullstein bild/Fotograf: Sven Simon

nur schmutzige und belastende Arbeiten übernehmen, sondern ganz wesentlich dazu beitragen, Produktionsfortschritte zu ermöglichen.

- Vor allem im Versand, aber auch in anderen Dienstleistungsbranchen wird es auch künftig Chancen für weniger gut ausgebildete Menschen geben.
- Zwar hält die Bundesregierung in ihrem „Grünbuch Arbeiten 4.0“ eine Arbeitslosenquote von rund drei Prozent im Jahr 2030 für realistisch. Die IAB-Arbeitsmarktforscher sind allerdings vorsichtiger. Um dieses Fernziel erreichen zu können, seien weitere Anstrengungen in der Bildung und für den Arbeitsmarkt wichtig.
- Die Arbeit wird flexibler: Arbeit am Wochenende, am späten Abend oder in der Nacht wird künftig verbreitete-

1 Zur Frage der künftigen Arbeitswelt siehe unter anderem: Ulrich Reinhardt/Reinhold Popp: *Schöne neue Arbeitswelt? Was kommt, was bleibt, was geht*, Hamburg 2018; Horst, W. Opaschowski: *Deutschland 2030. Wie wir in Zukunft leben*, Gütersloh 2013, S. 132 ff.; oder: Thies Claussen: *Zukunft beginnt heute. Gedanken zur Entwicklung von Wirtschaft, Gesellschaft und Technik*, Hamburg 2018, S. 21 ff.

2 Vgl. <https://www.wiwo.de/erfolg/beruf/arbeit-der-zukunft-wie-sich-die-arbeitswelt-2035-von-heute-unterscheidet/11700318.html> [Stand: 28.01.2020].

3 Ebd. S. 10 ff.

ter sein als heute. Die stärkere weltweite Vernetzung der Firmen und eine Produktion, die rasch auf kurzfristige Nachfrage reagieren muss, werden die Betriebe stärker unter Druck setzen.

- Die besten Jobchancen haben künftig Techniker und Technikerinnen. Qualifizierte Angestellte in technischen Berufen werden nach einer IAB-Modellrechnung im Jahr 2030 bundesweit fehlen. Manche Kaufleute, Juristen und Wirtschaftswissenschaftler werden dagegen im Jahr 2030 Probleme bei der Jobsuche haben.
- Fachkräfte werden auch künftig gesucht sein. Unternehmen müssen ihnen daher nicht nur attraktive Arbeitsbedingungen bieten, sondern sich auch auf individuelle Arbeitszeitwünsche einstellen. Familienzeit, Sabbatjahr, Zeit für Fortbildung werden nach Einschätzung der Arbeitsmarktforscher in Unternehmen selbstverständlich sein müssen, wenn sie im Wettbewerb um die Köpfe nicht das Nachsehen haben wollen.

Das „Ende der Arbeit“?

Viele Skeptiker sprechen bei der Debatte über die Arbeit der Zukunft immer wieder vom „Ende der Arbeit“: Globalisierung, Digitalisierung, „Industrie 4.0“ und „Künstliche Intelligenz“ würden massenweise Arbeit vernichten und zu einer gewaltigen Krise der Erwerbsgesellschaft führen.⁴

Die Entdinglichung der Produktion, die Verlagerung der Wertschöpfung aus Fabriken in den raumlosen Orbit virtueller Netzwerke und der Ersatz menschlicher Arbeit durch selbstregulierte, mit künstlicher Intelligenz ausgestattete Automaten würden den Strukturwandel unserer Arbeitswelt weiter beschleunigen. Wer mithalten kann, würde profitieren, die anderen würden zurückbleiben.

Ohne Risiken ist der durch die Digitalisierung beschleunigte Strukturwandel unserer Arbeitswelt sicher nicht. Deswegen ist aktuell auch wieder eine Debatte um das bedingungslose Grundeinkommen entstanden. Dafür sprechen sich Joe Kaeser von Siemens, Timotheus Höttges von der Deutschen Telekom, Götz Werner von der Drogeriekette dm oder der Tesla-Chef Elon Musk aus. Dadurch sollten künftig soziale Spannungen vermieden werden, da

sonst – wie sich Joe Kaeser in der Presse geäußert hat⁵ – absehbar „einige auf der Strecke bleiben, weil sie mit der Geschwindigkeit auf der Welt einfach nicht mehr mitkommen“.

Neue Jobs in neuen Berufen

Aber: Jeder Technologieschub erzeugt bisher – und dies ist auch künftig anzunehmen – eine gesteigerte Nachfrage und ganz neue Bedürfnisse. Diese Auffassung vertreten wie bereits erwähnt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit und eine Reihe weiterer Experten. Selbst automatisierte Fabriken erzeugen Bedarf nicht nur nach hohem Service und technischer Expertise, sondern auch nach einfacherem Service im Bereich Wartung und Betreuung. Auch der Dienstleistungssektor bietet noch zahlreiche, zum Teil neue Möglichkeiten.

Matthias Horx vom Zukunftsinstitut geht davon aus, dass freigesetzte Beschäftigte neue Jobs in Berufen finden, von denen man gestern noch nichts ahnte.⁶ Ein Beispiel von Horx: Künftig würden uns „Humanagenten“ dabei helfen, unser Leben zu bewältigen: In Zukunft leisten wir uns einen persönlichen Gesundheitscoach, einen Wohlstandsguide, eine Bildungsberaterin, einen Mobilitätsagenten oder einen Wissensnavigator.

Allein damit lassen sich die strukturellen Probleme der künftigen Arbeitswelt jedoch nicht lösen. Ganz entscheidend wird es vielmehr auf die Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, auf Innovationen, neue Produkte und Dienstleistungen und auf die Erschließung neuer Märkte ankommen. Für die Zukunft der Arbeit ist es besonders wichtig, die Chancen neuer Wachstumsmärkte konsequent zu nutzen. Zu den Wachstumsmärkten gehören insbesondere:⁷

- Wachstumsmarkt Materialtechnologien: innovative Verbundwerkstoffe, Nanotechnologie, generell: ressourcenschonende Produkte,
- Wachstumsmarkt Informations- und Kommunikationstechnologien: Digitalisierung,

4 Die Debatte wurde insbesondere durch eine Studie von Frey/Osborne aus dem Jahr 2013 zu den Automatisierungsrisiken für Beschäftigte durch die Digitalisierung ausgelöst. Danach sei fast jeder zweite Arbeitsplatz durch die Digitalisierung bedroht. Vgl. Carl Benedikt Frey/Michael A. Osborne: The future of employment: how susceptible are jobs to computerisation?, Oxford 2013.

5 Vgl. Max Hägler: Siemens-Chef plädiert für ein Grundeinkommen, in: Süddeutsche Zeitung vom 20.11.2016; vgl. <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/sz-wirtschaftsgipfel-siemens-chef-plaediert-fuer-ein-grundeinkommen-1.3257958> [Stand: 28.01.2020].

6 Matthias Horx: Fünf Thesen zur Zukunft der Arbeit, unter: <https://www.zukunftsinstitut.de/artikel/fuenf-thesen-zur-zukunft-der-arbeit> [Stand: 27.01.2020].

7 Vgl. hierzu Ulrich Reinhardt/Reinhold Popp: Zukunft! Deutschland im Wandel – Der Mensch im Mittelpunkt, Wien/Zürich 2015, S. 120 f.

- Wachstumsmarkt Mobilität: Produkte und Prozesse im gesamten Spektrum von Personen- und Güterverkehr,
- Wachstumsmarkt Energie: gesamtes Spektrum der Energiegewinnung und Energieeffizienz,
- Wachstumsmarkt Bildung: z.B. lebenslanges Lernen, mediales Lernen, Edutainment,
- Wachstumsmarkt Freizeit und Tourismus, Erlebnis-konsum: Kultur und Medien,
- Wachstumsmarkt Gesundheit und Krankheit: Well-ness-/Kuranlagen, Pflege, Diagnostik.

Studie „2050: Die Zukunft der Arbeit“

Die Bertelsmann-Stiftung hat in einer im März 2016 vorgelegten Studie „2050: Die Zukunft der Arbeit“⁸ eine Befragung von 298 internationalen Experten und darauf aufbauend eine Auswertung von über 1000 Kommentaren vorgenommen. Dabei stehen zwei zentrale Fragen im Vordergrund: Welche Zukunft wollen wir? Und wie können wir entsprechend handeln?

Das Ziel ist nicht die sicher eintreffende Prognose, sondern es gilt, neue Optionen für das heutige Handeln zu identifizieren. Die Bertelsmann-Studie kommt zu folgenden zentralen Aussagen:⁹

- Wir wissen nicht genau, was kommt, aber wir können es gestalten. Die Unsicherheit über den Verlauf der zukünftigen Entwicklung ist hoch – weil er von politischen Rahmenseetzungen und der Zusammenarbeit der Akteure abhängt. Damit gilt aber auch: Wir können den Verlauf der Entwicklung gestalten.
- Die globale Arbeitslosigkeit könnte auf 24 Prozent (oder mehr) im Jahr 2050 ansteigen. Tun wir nichts oder nichts Grundlegendes zur Anpassung an die neuen Arbeitsrealitäten, dann wird sich dabei auch die soziale Schere weiter öffnen.
- Immer mehr Aufgaben können von Maschinen erledigt werden. An diesem technologischen Wandel geht kein Weg vorbei: Robotik, künstliche Intelligenz und Technologie-Konvergenz treiben die Entwicklung voran. Der zentrale (und als sicher betrachtete) Treiber des Wandels ist der rasche, anhaltende technologische Fortschritt unter dem Vorzeichen der Digitalisierung, der nahezu alle Berufsgruppen erfasst und dessen Tempo wahrscheinlich noch zunimmt.

- Auszugehen ist zunächst für die nächsten ein bis zwei Jahrzehnte davon, dass sich der bisherige Wandel der Arbeit fortsetzt, indem immer mehr Berufsgruppen und Tätigkeiten durch Automation ersetzt werden. Dann steht der Übergang in ein gänzlich neues System des Arbeitens und Wirtschaftens an, in dem auch die Sozialsysteme entsprechend anders aussehen müssen, und in dem vielleicht das Prinzip der Lohnarbeit gänzlich überholt ist.
- Arbeit ist schon heute mobil und multilokal, morgen ist sie virtuell und findet in einem kollektiven virtuellen Raum („Metaversum“) statt. Arbeitgeber hinken der Entwicklung hinterher. Wahrscheinlich beschleunigt sich das Tempo der Veränderung weiter, aber schon bisher können Arbeitgeber und Arbeitsbestimmungen nicht mit dem Wandel mithalten.
- In den Sektoren Freizeit, Erholung und Gesundheit, in technologischen Feldern und mit neuen Berufsbildern entsteht neue Arbeit. Es bilden sich Arbeitsbereiche und Berufe heraus, die geprägt sind von ureigenen menschlichen Fähigkeiten wie Empathie oder Kreativität.
- Weiterbildung und Bildung halten nicht mit dem raschen technologischen Wandel Schritt, während Einzelne längst die neuen Formen des Lernens und Arbeitens vorleben. Das überforderte Bildungssystem muss sich künftig deutlich reformieren.
- Globale Megatrends lassen nationale Lösungen ins Leere laufen. Rein nationale oder regionale Ansätze und Perspektiven greifen zu kurz, weil zum Beispiel Wissensarbeit bald nahezu gänzlich ortsungebunden ausgeübt werden kann.

Vor dem Hintergrund dieser Untersuchung stellt sich für uns die Frage: Werden unsere Arbeitsplätze künftig wegrationalisiert, gehören wir zu den Gewinnern oder zu den Verlierern? Zwar gibt es dazu keine eindeutigen Aussagen, gleichwohl zeichnen sich bestimmte Trends ab.

Gewinner und Verlierer

Der international angesehene Physiker Michio Kaku, der als Sohn japanischer Einwanderer in Palo Alto aufwuchs, beschäftigt sich in seinem Buch „Die Physik der Zukunft. Unser Leben in 100 Jahren“¹⁰ damit, welche Berufe Mitte des Jahrhunderts Konjunktur haben werden.

8 Bertelsmann-Stiftung: 2050: Die Zukunft der Arbeit. Ergebnisse einer internationalen Delphi-Studie des Millennium Project, Gütersloh 2016.
 9 Ebd., S. 9 ff.

10 Michio Kaku: Die Physik der Zukunft. Unser Leben in 100 Jahren, Hamburg 2013.



Der Physiker Michio Kaku
Foto: indicefoto.com/Fotograf: Cristiano Sant'Anna

Die Antwort dazu leitet Kaku aus einer einfachen Frage ab: Welche Grenzen haben Roboter?¹¹ Die Künstliche Intelligenz steht vor mindestens zwei großen Problemen: Mustererkennung und gesunder Menschenverstand. Daher sind die Jobs, die in Zukunft überleben werden, hauptsächlich diejenigen, die Roboter nicht ausführen können – Jobs, die diese beiden Fähigkeiten verlangen.

Unter den Arbeitern werden die Verlierer diejenigen sein, die rein repetitive Aufgaben erledigen (beispielsweise Fließbandarbeiter), weil Roboter ihnen dabei überlegen sind. Darum gehörten bereits in der Vergangenheit Fließbandarbeiter in der Automobilindustrie zu den ersten, die unter der Computerrevolution zu leiden hatten. Das heißt, dass sämtliche Fabrikarbeit, die sich auf eine Reihe festgelegter, sich wiederholender Bewegungen reduzieren lässt, auch mit der Zeit verschwinden wird.

Überraschenderweise – so Kaku – gibt es eine große Gruppe von Arbeitern und Angestellten, die die Computerrevolution überleben und sogar aufblühen werden. Die Gewinner werden diejenigen sein, die nichtrepetitive Aufgaben erfüllen, welche Mustererkennung erfordern. Polizistinnen, Bauarbeiter, Gärtner oder Installateure – sie alle werden auch künftig einen Job haben.

Bauarbeiter benötigen für jede Aufgabe andere Werkzeuge, Blaupausen und Anweisungen. Keine zwei Baustellen oder zwei Aufgaben sind identisch. Polizistinnen müssen eine Vielzahl von Verbrechen in unterschiedlichen Situationen analysieren. Darüber hinaus müssen sie

.....
11 Vgl. im Folgenden ebd., S. 458 ff.



Im Dezember 2019 demonstrieren in Duisburg Arbeiter bei ThyssenKrupp gegen Sparpläne.
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Caro/Fotograf: Rupert Oberhäuser

die Motive und Methoden der Gesetzesbrecher verstehen, was weit über die Fähigkeit eines Computers hinausgeht. Ebenso sind jeder Garten und jeder Abfluss anders und erfordern unterschiedliche Werkzeuge und Fähigkeiten.

Unter den Angestellten werden diejenigen zu den Verlierern gehören, zu deren Aufgaben Inventuren u.ä. gehören. Auf niedriger Ebene tätige Agenten, Maklerinnen, Verkäufer, Kassierer, Buchhalter usw. werden zunehmend ihren Arbeitsplatz verlieren. Bereits heute umgehen viele das Reisebüro, indem sie Flugtickets, Hotels und Leihautos über das Internet buchen.

Kaku gibt denjenigen Menschen im Mittelbau eine gute Zukunftsperspektive, die den Wert ihrer Arbeit erhöhen und die kreativ sind. Dazu rechnet er unter anderen Künstler, Schauspielerinnen, Softwareschreiber, Führungspersönlichkeiten, Analytiker und Wissenschaftler, aber auch zum Beispiel Menschen, die sich mit zwischenmenschlichen Beziehungen beschäftigen.

Auch Führungsqualitäten werden in Zukunft eine wertvolle „Ware“ sein. Teilweise besteht Führung darin, sämtliche verfügbaren Informationen, Sichtweisen und Optionen zu bewerten und dann die zielführende zu wählen. Führung ist deswegen so komplex, weil es darum geht, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit all ihren persönlichen Stärken und Schwächen zu erkennen, zu motivieren und zu leiten. All dies verlangt ein ausgeprägtes Gespür für die menschliche Natur und für Marktkräfte, was weit über die Fähigkeiten eines Computers hinausgeht.

All diese Entwicklungen in unserer Arbeitswelt sind zwar von weltweiten Trends abhängig. Das heißt aber nicht, dass national und regional keine Aktivitäten not-

wendig sind, um die künftigen Entwicklungen positiv zu beeinflussen. Deutschland ist heute eine der führenden Wirtschafts- und Exportnationen und zählt zu den innovativsten Ländern weltweit. Diese Position gilt es zu behaupten und zu sichern.

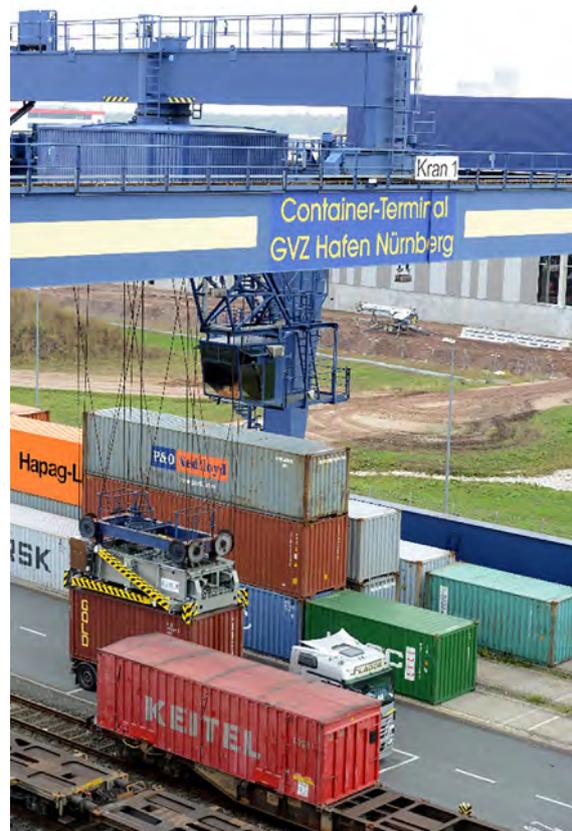
Innovationen für die Arbeit von morgen

Die Bundesregierung hat im Januar 2016 das Programm „Zukunft der Arbeit. Innovationen für die Arbeit von morgen“ vorgelegt.¹² Damit will sich die Bundesregierung den Veränderungsprozessen stellen, die sich aus den drei großen Trends Globalisierung, demografische Entwicklung und Digitalisierung für die künftigen Produktions- und Dienstleistungen ergeben. Die Konzeption und Umsetzung dieses Förderprogramms erfolgt in enger Abstimmung zwischen dem Bundesministerium für Bildung und Forschung, dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den Sozialpartnern.

Die Ergebnisse dieses Programms sollen Gestaltungsmöglichkeiten liefern, die für die Zukunft der Arbeit zum Standard werden können. Dabei kommt es darauf an, dass entsprechende Lösungen insbesondere auch mit und für den deutschen Mittelstand entwickelt und möglichst alle Chancen für Beschäftigte und Unternehmen in gleicher Weise genutzt werden. Kleine und Mittelständische Unternehmen (KMU) beschäftigen in Deutschland rund 16 Millionen Menschen, vier Millionen stehen im Handwerk in einem festen Arbeitsverhältnis. Damit sind KMU und Handwerk neben den international agierenden Konzernen tragende Säulen der deutschen Wirtschaft.¹³

Die Umsetzung des Programms „Zukunft der Arbeit“ soll neben den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit in gleichem Maße die Bedürfnisse der Menschen im Arbeitsprozess berücksichtigen. Die Bundesregierung will Innovationen in Betrieben fördern, um technischen Fortschritt auch für soziale Innovationen zu nutzen und dadurch neue Arbeitsprozesse und ein Miteinander der Sozialpartner voranzubringen.

Qualifizierung und Kompetenzentwicklung werden dabei als Schlüssel angesehen, um die wirtschaftlichen Potenziale der Digitalisierung zu heben und faire Zugangschancen für den Arbeitsmarkt der Zukunft zu eröffnen. Dabei sucht die Bundesregierung nach neuen Antworten auf die Frage, welche Kompetenzen Beschäftigte und



Containerverladung im Nürnberger Binnenhafen, 2019
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Fotograf: Peter Roggenthin

Unternehmen benötigen, um den Strukturwandel zu nutzen, gute Arbeit zu leisten und damit wettbewerbsfähige Produkte und Dienstleistungen anbieten zu können.

Fördermaßnahmen des Programms „Zukunft der Arbeit“ zielen auf verschiedene Projekte ab:¹⁴

- Projekte, die modellhaft aufzeigen, wie in der digitalen Arbeitswelt von morgen die Beschäftigung gesichert, die Arbeitsbedingungen verbessert und die Produktivität gesteigert werden können.
- Projekte, die neue Wertschöpfung mit neuer gut gestalteter Arbeit vereinbaren und dabei modellhaft aufzeigen, wo und wie neue Arbeit in Deutschland entsteht.
- Neue, auf den Menschen ausgerichtete Konzepte der Mensch-Maschine-Interaktion und deren pilothafte Realisierung.
- Projekte zur Gestaltung der „Unternehmen der Zukunft“, zum Beispiel hinsichtlich der Flexibilisierung

12 Bundesministerium für Bildung und Forschung: Zukunft der Arbeit. Innovationen für die Arbeit von morgen, Bonn 2016.

13 Ebd., S. 11 und S. 16 ff.

14 Ebd., S. 19 ff.

der Arbeit (unter anderem bessere Vereinbarkeit von Arbeit und Privatleben), angepasste Präventions- und Arbeitsgestaltungskonzepte zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit oder neue Arbeits- und Beschäftigungsformen, die auch Fragen hinsichtlich Mitbestimmung und Beschäftigtendatenschutz aufwerfen können.

Die Bundesregierung hat sich viel vorgenommen, um die Entwicklung der künftigen Arbeitswelt positiv zu beeinflussen. Aber täuschen wir uns nicht: Viele Entwicklungen müssen die Betriebe und die Beschäftigten selbst meistern, viele Entwicklungen unterliegen zudem globalen, nur schwer zu beeinflussenden Megatrends.

Arbeit verleiht Würde und Identität

Für die künftige Arbeitswelt gilt es, möglichst vielen Menschen ihren Arbeitsplatz zu erhalten, auch wenn er sich in den Anforderungen wandelt. Es gibt viele Gründe, warum Menschen jetzt und in Zukunft arbeiten. Für die meisten Menschen steht die Absicherung des Lebens für sich und ihre Angehörigen im Vordergrund. Arbeit verleiht Würde und Identität. Darüber hinaus ermöglicht sie Menschen Teilhabe, Aufstieg, Prestige und Erfolg. Viele Menschen arbeiten, um die eigenen Talente zu entfalten, sich selbst in der Arbeit zu verwirklichen oder um Kontakt, Anerkennung und Bestätigung in der Gemeinschaft zu finden. Ob aus Pflicht, Berufung oder Freude – Arbeit ist und bleibt auch künftig für jeden Einzelnen und die Gesellschaft insgesamt zentral.

Aber unzählige Fragen stellen sich zur künftigen Arbeitswelt, wie zum Beispiel: Ältere Arbeitnehmer werden mit ihrem Know-how für die Betriebe tendenziell zwar wichtiger, gilt das aber auch für alle älteren Arbeitnehmer? Wie lassen sich bei schweren körperlichen Arbeiten die künftigen Anforderungen bewältigen? Werden wir alle künftig noch länger und unter mehr Stress arbeiten müssen oder ermöglichen uns neue Arbeitsformen eventuell auch eine entspanntere Arbeit und eine bessere Kombination zwischen Arbeit und Privatem?

Nur fünf Stunden Arbeit jeden Tag?

Werfen wir hierzu mit Kathrin Werner¹⁵ einen Blick nach Kalifornien zu einem Modell, das für etliche wohl verlockend klingt, das aber auch künftig wohl eher noch eine Ausnahme darstellen wird: Stephan Aarstol ist der Grün-



Firmengründer Stephen Aarstol

Foto: Radarlake [CC BY-SA (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>)]

der einer Firma für Steh-Paddelbretter in San Diego mit inzwischen elf Beschäftigte. Aarstol arbeitet jeden Tag nur fünf Stunden und hat das auch für alle seine Angestellten zur Vorgabe gemacht. Um acht Uhr morgens erscheinen alle im Büro in San Diego, um 13.00 Uhr sollen auch alle wieder gehen. Gleichzeitig hat er angefangen, fünf Prozent der Gewinne unter seinen Mitarbeitern zu verteilen. Im Ergebnis verdienen einige von ihnen pro Stunde jetzt fast doppelt so viel wie vorher.

Aarstol: „Meine Mitarbeiter und ich haben angefangen, unser Leben mehr zu genießen, als wir es je für möglich gehalten hätten. Und gleichzeitig wurden wir unglaublich produktiv im Büro.“

Ganz so großzügig, wie es klingt, war sein Angebot jedoch nicht. Denn die kürzere Arbeitszeit war nicht mit geringerer Arbeitsbelastung verbunden, sie war nur eine Aufforderung, effizienter zu arbeiten. Richtige Arbeit macht nur zwei bis drei Stunden pro Tag aus, sagt der Gründer. Den Rest verschwenden vor allem Büromitarbeiter mit unnötigen E-Mails, Privatangelegenheiten, Internet-Surfen, Kaffeepausen und Tagträumen. Damit sollten seine Leute aufhören – und stattdessen früh nach Hause gehen oder über Seen und Meere paddeln.

Seit der Umstellung auf das neue Arbeitszeitmodell stiegen die Umsätze der Firma von Stephan Aarstol um 40 Prozent auf fast zehn Millionen Dollar.

Das Beispiel zeigt, dass ausgefallene Ideen kreativer Unternehmer und Unternehmerinnen unsere künftige Arbeitswelt weiterführen könnten. Auch zeigt es, dass die Wertschöpfung, die jeder Arbeitsplatz leistet, nicht in erster Linie von der Dauer der Anwesenheit des Einzelnen abhängt, sondern davon, wie intelligent und effizient der Einzelne seine anstehenden Aufgaben bewältigt und welche Möglichkeiten der Betrieb dafür bietet.

15 Kathrin Werner: Mehr Freizeit, gleiche Arbeit, in: Süddeutsche Zeitung vom 07.09.2016; vgl. <https://www.sueddeutsche.de/karriere/arbeitszeit-der-fuenf-stunden-tag-viel-freizeit-wenig-arbeit-1.3150511> [Stand: 10.3.2020].



Fluglotsin am Münchner Flughafen, 2020
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Fotograf: Marco Einfeldt



Jennifer Morgan, CEO bei SAP, seit 2019 erste Chefin eines Dax-Konzerns
Foto: SAP

Die Arbeitswelt wird weiblicher

Auch von zwei wichtigen Aspekten wird die Arbeitswelt von morgen geprägt sein: Die Arbeitswelt wird weiblicher und die älteren Beschäftigten werden stärker gebraucht.¹⁶

Frauen bekommen zunehmend größere Berufschancen. Sie sind immer besser qualifiziert und bauen ihre bisherige Benachteiligung gegenüber männlichen Kollegen Schritt für Schritt ab. In der künftigen Arbeitswelt werden Frauen verstärkt präsent sein als Firmengründerinnen, in kreativen Berufen, aber auch in Technik-, IT- und Beratungsberufen. Als Führungskräfte setzen Frauen neben ihrer fachlichen Kompetenz vor allem auf ihre soziale Kompetenz und dringen damit – wenn auch langsam und oft mühsam – in die Vorstandsetagen vor.

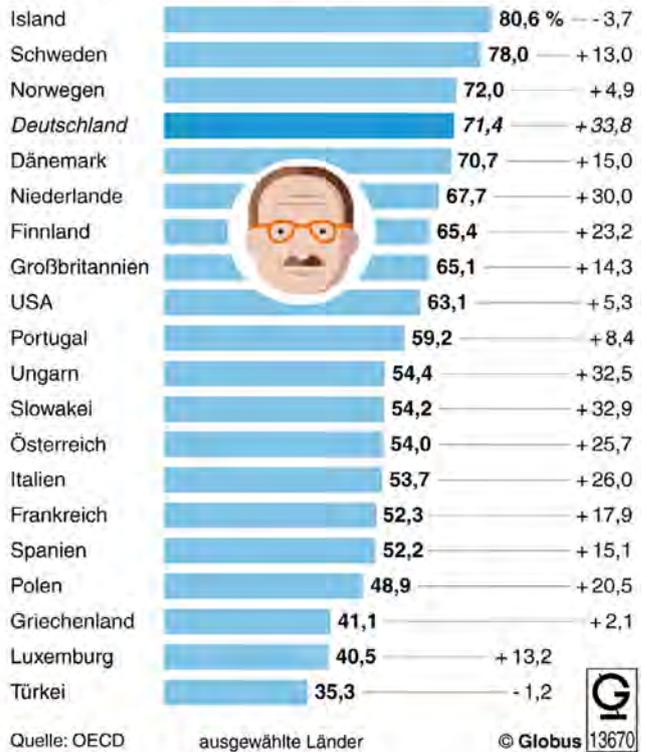
Viele Frauen legen besonderen Wert auf das Gleichgewicht von Berufs- und Privatleben. Familie und Freunde haben ebenso Bedeutung wie Arbeiten im Beruf.

.....
16 Vgl. unter anderem: Bundesministerium für Bildung und Forschung: Zukunft der Arbeit. Innovationen für die Arbeit von morgen, Bonn 2016, S. 10; oder: Reinhardt/Popp (wie Anm. 7), S. 112 ff.

Berufserfahren

Anteil der erwerbstätigen 55- bis 64-Jährigen an der jeweiligen Gesamtbevölkerung dieser Altersgruppe im Jahr 2018 in Prozent

Veränderung gegenüber 2000 in Prozentpunkten



Grafik: dpa-infografik GmbH

Ältere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen werden verstärkt gebraucht

Ältere Beschäftigte werden von den Unternehmen künftig wieder verstärkt nachgefragt. Der Jugendwahn früherer Jahre tritt bei vielen Betrieben wieder hinter eine realistische Beurteilung der Qualitäten und Kompetenzen der älteren Arbeitnehmer zurück. Geschätzt wird dabei sowohl die umfangreiche Berufserfahrung als auch Lebenserfahrung.

Ältere verfügen über langjährige Kenntnisse und Erfahrungen, sie haben gelernt, Ziele beharrlich zu verfolgen, aus Fehlern zu lernen und sie lassen sich nicht so schnell durch zum Teil unnötige Hektik aus der Ruhe bringen.

Um die Qualitäten der älteren Mitarbeiter im notwendigen, schon allein demografisch bedingten Umfang nutzen zu können, müssen die Unternehmen künftig Arbeitsbedingungen gesünder und stressfreier gestalten und mehr Flexibilität durch flexible Arbeitszeiten und einen gleitenden Eintritt in den Ruhestand ermöglichen. ▀

Armut und soziale Ungleichheit in Deutschland

von Christoph Butterwegge

Zur
Diskussion
gestellt



„Reichtumsuhr“ im verdi-Haus in Berlin
Foto: ullstein bild/Fotograf: Peter Meißner

Seit geraumer Zeit ist die wachsende soziale Ungleichheit ein Grundproblem unserer Gesellschaft, wenn nicht der gesamten Menschheit. Ungleichheit, von den meisten Deutschen hauptsächlich in Ländern wie den USA, Brasilien, Venezuela, Bolivien oder Südafrika verortet, breitet sich auch in der Bundesrepublik aus. Durch die Bundesrepublik verläuft ein Riss, der sie in Arm und Reich, aber auch sozialräumlich in wohlhabende und abgehängte Regionen, Kommunen und Stadtviertel teilt.¹ Hier sollen die Schlüsselbegriffe „Ungleichheit“, „Armut“ und „Reichtum“ definiert und markante Daten zur Sozialstrukturentwicklung vorgestellt werden. Sodann geht es um die verschiedenen Ausprägungen von Ungleichheit, wobei neben der Einkommens- und Vermögensverteilung das Bildungs- und Gesundheitssystem sowie das Wohnungswesen im Mittelpunkt stehen.

Theoretische und terminologische Grundlagen

Menschen sind weder biologisch noch sozial gleich, unterscheiden sich vielmehr im Alter, im Geschlecht, in der Größe, im Gewicht, im Körperbau, in der Haut-, Haar- und Augenfarbe sowie der Physiognomie – um nur einige phänotypische bzw. somatische Erkennungsmerkmale zu nennen –, aber auch im Hinblick auf ihre genetischen Dispositionen, Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie in Bezug darauf voneinander, wo sie wohnen (in der Stadt oder auf dem Land), in welchem Haushaltstyp und in welcher Familienform sie leben, welchen Beruf sie ausüben, ob sie Hobbys haben (und wenn ja, welche/s), ob sie regelmäßig Sport treiben (und wenn ja, welchen) usw. Die zuletzt genannten Eigenschaften der Individuen beruhen meistens auf persönlichen Entscheidungen, die sie mehr oder weniger freiwillig getroffen haben. Es handelt sich um spezifische Formen der Ungleichheit, die nicht schicksalhaft vorbestimmt oder von der Natur bedingt, vielmehr individuell und selbstgewählt sind. Es geht im Folgenden aber um gesellschaftliche Ungleichheit, die meistens in der Pluralform auftritt, weshalb eigentlich von Ungleichheiten die Rede sein müsste.

Definitionen und Dimensionen der Ungleichheit

Wirtschaftliche, soziale und politische Ungleichheit hängen eng miteinander zusammen, gehen meistens

sogar Hand in Hand. Um wirtschaftliche Ungleichheit handelt es sich dann, wenn die ökonomischen Strukturen eine Verteilungsschieflage beim Einkommen und/oder Vermögen hervorbringen, die bestimmte Personengruppen hinsichtlich der ihnen zur Verfügung stehenden materiellen Ressourcen privilegiert und andere diskriminiert. Von sozialer Ungleichheit spricht man dann, wenn gesellschaftliche Normen, Strukturen und/oder Institutionen bestimmte Personengruppen im Hinblick auf die Stellung oder den Status ohne sachlichen Grund benachteiligen, andere hingegen ohne sachlichen Grund bevorzugen. Von politischer Ungleichheit schließlich ist dann die Rede, wenn nicht alle Bürgerinnen und Bürger eines (demokratisch verfassten) Landes über dieselben Möglichkeiten der Einflussnahme auf staatliche Entscheidungsprozesse und Personalentscheidungen verfügen oder aufgrund fehlender materieller Ressourcen, struktureller Barrieren bzw. mentaler Restriktionen darauf verzichten, sie wahrzunehmen.

Heike Solga, Peter A. Berger und Justin Powell definieren soziale Ungleichheit im Unterschied zur Verschiedenartigkeit oder Diversität über die Verteilung (zu) knapper gesellschaftlicher Ressourcen auf Gruppen, deren Mitglieder dadurch entweder besser- oder schlechtergestellt werden: „Wir sprechen immer dann von sozialer Ungleichheit, wenn Menschen (immer verstanden als Zugehörige sozialer Kategorien) einen ungleichen Zugang zu sozialen Positionen haben und diese sozialen Positionen systematisch mit vorteilhaften oder nachteiligen Handlungs-

¹ Vgl. hierzu ausführlicher: Christoph Butterwegge: Die zerrissene Republik. Wirtschaftliche, soziale und politische Ungleichheit in Deutschland, Weinheim/Basel 2020.

und Lebensbedingungen verbunden sind.“² Die soziale Ungleichheit kann demnach Ungerechtigkeit bedeuten, muss aber nicht damit verbunden sein. Vielmehr gibt es auch Formen legitimer sozialer Ungleichheit, beispielsweise im Hinblick auf Berufe, die ein unterschiedliches Maß an Talent, Engagement und praktischer Routine erfordern, was sich in der Prestige- und Einkommenshierarchie niederschlägt.

Armut und Reichtum als Indikatoren der Ungleichheit

Als politisch-normative Begriffe, die sich nur schwer definieren lassen, weil kein Grundkonsens der Gesellschaftsmitglieder darüber existiert, was sie bedeuten, rufen



Abbildung: ullstein bild/Westend61/FotografIn: Hanka Steidle

„Armut“ und „Reichtum“ je nach sozioökonomischer Lage, politischer Überzeugung, Weltanschauung und Religion unterschiedliche, ja gegensätzliche Assoziationen hervor. Besonders der Terminus „Armut“ ist zwar ein heftig umkämpfter, aber kein Kampfbegriff, wie häufig unter-

stellt wird.³ Ebenso wie Reichtum lässt sich Armut nur unter großen Schwierigkeiten von ähnlichen Lebenslagen abgrenzen und zahlenmäßig auch bloß schwer erfassen.

Um die unterschiedlichen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen berücksichtigen zu können, differenziert man in der Fachliteratur zwischen absoluter, extremer bzw. existenzieller Armut einerseits sowie relativer Armut andererseits. Absolut arm ist, wer seine Grundbedürfnisse nicht zu befriedigen vermag, also hungert, über kein sicheres Trinkwasser verfügt, keine den klimatischen Bedingungen angemessene Kleidung trägt, keine Wohnung bzw. kein Obdach hat und eine medizinische Grundversorgung entbehrt; relativ arm ist, wer zwar seine Grundbedürfnisse befriedigen, aber sich nicht am sozialen, kulturellen und politischen Leben beteiligen kann.

In einem wohlhabenden Land wie der Bundesrepublik sind Armut und Reichtum extreme Ausprägungen der sozioökonomischen Ungleichheit. Der Erfurter Soziologe Ronald Lutz sieht in Armut ein „Resultat der Ungleichverteilung von Ressourcen“ bzw. das „Resultat einer extremen und sich verfestigenden sozialen Ungleichheit“ und definiert sie in Anlehnung an einen EG-Ministerratsbeschluss von 1984 als eine Situation bzw. eine Lage, in der Einzelpersonen, Familien und Gruppen über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die ihre Gesellschaft als Existenzminimum begreift und sich in der jeweiligen Sozialgesetzgebung wiederfindet.⁴ Deshalb ist für Lutz auch nicht Armut, sondern Ungleichheit das Hauptproblem.

Laut einer EU-Konvention gelten Menschen in einem Mitgliedsland als armutsgefährdet oder -bedroht, die weniger als 60 Prozent des mittleren Nettoäquivalenzeinkommens (Armutsriskoschwelle) zur Verfügung haben. Treffender wäre die Bezeichnung einkommensarm, denn von weniger als 1.035 Euro – da lag die Armutsgefährdungsgrenze im Jahr 2018 für Alleinstehende – musste auch die Wohnungsmiete bezahlt werden, was in Groß- und Universitätsstädten der Bundesrepublik aufgrund des hohen Mietniveaus bedeutete, dass sehr wenig Geld übrigblieb.

Ähnlich schwierig wie Armut ist Reichtum zu definieren, schon weil er im Unterschied zu Ersterer weder eine starre Mindest- noch eine absolute Höchstgrenze kennt. Dorothee Spannagel hat in ihrer Dissertation überzeu-

2 Heike Solga/Peter A. Berger/Justin Powell: Soziale Ungleichheit – kein Schnee von gestern! Eine Einführung, in: dies. (Hg.): Soziale Ungleichheit. Klassische Texte zur Sozialstrukturanalyse, Frankfurt am Main/New York 2009, S. 15.

3 Vgl. dazu: Ulrich Schneider (Hg.): Kampf um die Armut. Von echten Nöten und neoliberalen Mythen, Frankfurt am Main 2015.

4 Siehe Ronald Lutz: Soziale Erschöpfung. Kulturelle Kontexte sozialer Ungleichheit, Weinheim/Basel 2014, S. 30 f.



Altersarmut bedroht besonders Frauen im Niedriglohnsektor.
Abbildung: picture alliance/dieKLEINERT.de/
Regina Berg

gend dargelegt, dass für eine Reichtumsdefinition der Ressourcenansatz herangezogen werden muss. „Reichtum beschreibt gesicherte überdurchschnittlich große Handlungsspielräume aufgrund einer entsprechend überdurchschnittlichen Ressourcenausstattung.“⁵ Wer reich ist, hat keine materiellen Probleme, muss nicht (mehr) erwerbstätig sein und kann auch ohne die Erschließung anderer Einkommensquellen bis ans Ende seiner Tage komfortabel leben. Um reich zu sein, muss man also über so viele liquide Mittel verfügen, dass man von den Zinsen des Kapitalstocks ohne finanzielle Sorgen sein Leben bestreiten kann. Der exakte Geldbetrag ist schwer zu beziffern, wegen der Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) ist allerdings zu vermuten, dass er gegenwärtig eher zehn als fünf Millionen Euro betragen muss.

Erscheinungsformen der sozialen Ungleichheit

Die sozioökonomische Ungleichheit wirkt sich in allen Lebensbereichen aus. Sie hat für davon (positiv bzw. negativ) Betroffene nicht bloß die Konsequenz, über unterschiedlich viel oder gar kein Geld zu verfügen. Damit verbunden sind vielfach auch bessere oder schlechtere Bildungschancen, geringere oder höhere Gesundheitsrisiken, der Besitz einer besser oder schlechter ausgestatteten – im Extremfall sogar: keiner – Wohnung, aber auch die Privi-

legierung oder Benachteiligung in der Freizeitgestaltung, bei Spiel und Sport sowie im Kulturbereich. Ungleichheit hat also sehr viele Gesichter.

Zentral für ökonomische Ungleichheit sind drei Parameter: das private Eigentum, das Einkommen und das Vermögen; davon mehr oder weniger abhängig jene Lebensbereiche, die menschliche Soziallagen bestimmen: Arbeit, (Aus-)Bildung, Gesundheit, Wohnen, Freizeit, Kultur und Sport. Die sozioökonomische Ungleichheit nimmt dann zu, wenn sich – wie das in Deutschland gegenwärtig der Fall ist – die Kluft zwischen Arm und Reich vertieft. Sie nimmt aber auch dann zu, wenn andere Gegensätze deutlicher hervortreten, beispielsweise zwischen Gebildeten und „Bildungsfernen“, chronisch Kranken und Gesunden, Autochthonen (Einheimischen) und Allochthonen (Zugewanderten), oder wenn bestimmte Minderheiten wie z.B. Angehörige bestimmter Religionsgemeinschaften stärker diskriminiert werden.

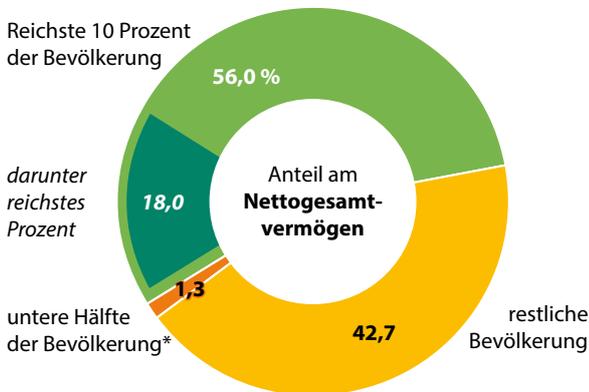
Konzentration des Privatvermögens und Polarisierung der Einkommen

Seit dem Jahrtausendwechsel zeichnet sich hierzulande eine Polarisierung der Einkommens- und Vermögensverteilung ab, die selbst im internationalen Vergleich extrem stark ausgeprägt ist. Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, stellt dazu fest: „In Deutschland sind Reichtum und Wohlstand nicht nur auf eine kleinere Bevölkerungsgruppe begrenzt als in anderen Ländern, sondern diese kleine Gruppe der

5 Dorothee Spannagel: Reichtum in Deutschland. Empirische Analysen, Wiesbaden 2013, S. 60.

Vermögensverteilung in Deutschland

So war das **Nettovermögen von Personen ab 17 Jahren in Privathaushalten im Jahr 2017 verteilt:**



Durchschnittliches Nettovermögen von ...



*Personen mit einem Vermögen unter dem Medianwert von rund 26 000 Euro

dpa•30935 Basis: Daten des sozio-oekonomischen Panels (SOEP) Quelle: DIW

Abbildung: picture-alliance/dpa-infografik

Reichen hält auch einen deutlich größeren Anteil des Gesamtvermögens im Land.“⁶ Markus M. Grabka und Christian Westermeier betrachteten den Zeitraum bis 2012. Seinerzeit lag das durchschnittliche Nettovermögen der Erwachsenen bei gut 83.000 Euro. Wegen der großen Differenz zum Median, welcher bei knapp 17.000 Euro lag und angibt, wie viel die mittlere Person in einer nach der Höhe ihres Nettovermögens geordneten Reihe besaß, war die Vermögensungleichheit sehr groß. „Gut ein Fünftel aller Erwachsenen verfügte über kein persönliches Vermögen – bei sieben Prozent waren die Verbindlichkeiten sogar höher als das Bruttovermögen.“⁷ Unter den Staaten der Eurozone wies Deutschland vor Österreich die höchste Vermögensungleichheit auf. Der nach einem italienischen Mathematiker benannte Gini-Koeffizient (ein Ungleichheitsmaß, das 0 bei Gleichverteilung und 1 bei extremer Ungleichverteilung beträgt) betrug 0,78 und war damit mehr als doppelt so hoch wie beim verfügbaren Einkom-

6 Marcel Fratzscher: Verteilungskampf. Warum Deutschland immer ungleicher wird, München 2016, S. 47.

7 Markus M. Grabka/Christian Westermeier: Anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland, in: DIW-Wochenbericht 9/2014, S. 156.

men. Sowohl beim Markteinkommen als auch beim Vermögen blieb Deutschland hinsichtlich der Höhe des Gini-Koeffizienten den USA übrigens dicht auf den Fersen.

Auch die Bundesregierung bestätigte die steigende Ungleichverteilung des Vermögens im Vierten Armuts- und Reichtumsbericht: Verfüigten die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung danach im Jahr 1998 über 45 Prozent des privaten Nettovermögens, waren es im Jahr 2003 bereits 49 Prozent und im Jahr 2008 sogar fast 53 Prozent. Dagegen musste sich die ärmere Hälfte der Bevölkerung in den Jahren 1998 und 2003 mit drei Prozent und im Jahr 2008 mit bloß noch einem Prozent begnügen.⁸ Wie im Fünften Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung erneut dokumentiert, zeigt sich die Verteilungsschiefelage vornehmlich beim Vermögen, das sich zunehmend bei wenigen Hyperreichen konzentriert, die über riesiges Kapitaleigentum verfügen und meistens auch große Erbschaften machen. Während die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung laut dem Regierungsbericht 51,9 Prozent des Nettogesamtvermögens besaßen, kam die ärmere Hälfte der Bevölkerung gerade mal auf ein Prozent.⁹

Nach den Maßstäben der Europäischen Union galten im Jahr 2018 hierzulande 13 Millionen Menschen als von Armut betroffen oder bedroht. Sie hatten weniger als 60 Prozent des bedarfsgewichteten mittleren Haushaltsnettoeinkommens zur Verfügung. Mit 15,5 Prozent lag die Armuts(risiko)quote nur knapp unter dem Rekordstand im vereinten Deutschland (2017). Die höchsten Armutsrisiken wiesen Erwerbslose (57,4 Prozent), Alleinerziehende (41,5 Prozent) und Nichtdeutsche (34,8 Prozent) auf. Kinder, Jugendliche und Heranwachsende waren ebenfalls stark betroffen, während das Armutsrisiko der Senior(inn)en seit geraumer Zeit am stärksten zunimmt.

Bildungsungleichheit, „Bildungsarmut“ und Bildungsreichtum

Kurz vor der Jahrtausendwende hat Jutta Allmendinger, heute Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB), den Begriff „Bildungsarmut“ in die deutsche Fachdebatte eingeführt.¹⁰ Er verweist auf die soziale

8 Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hg.): Lebenslagen in Deutschland. Der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Bericht, Bonn, März 2013, S. 465.

9 Vgl. dass. (Hg.): Lebenslagen in Deutschland. Der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Bericht, Bonn, April 2017, S. 130 und 507 f.

10 Siehe Jutta Allmendinger: Bildungsarmut. Zur Verschränkung von Bildungs- und Sozialpolitik, in: Soziale Welt 1/1999, S. 35 ff.

Determiniertheit von Bildungsdefiziten und markiert diese als gesellschaftlich inakzeptabel,¹¹ ist aber insofern missverständlich und mehrdeutig, als suggeriert wird, dass Armut hauptsächlich durch Bildungsdefizite bedingt sei.

Zwangsläufig entsteht der Eindruck, als könne eine gute Schul- oder Berufsausbildung verhindern, dass Menschen ohne einen Ausbildungs- bzw. einen Arbeitsplatz mit guten Verdienstmöglichkeiten bleiben. Zweifellos verhindern Bildungsdefizite vielfach, dass junge Menschen auf einem flexibilisierten Arbeitsmarkt sofort Fuß fassen. Auch führt die Armut von Familien häufig dazu, dass deren Kinder keine weiterführende Schule besuchen oder sie ohne Abschlusszeugnis wieder verlassen. Armut in der Herkunftsfamilie zieht bereits in der Sekundarstufe oftmals Bildungsdefizite der davon betroffenen Kinder nach sich.¹² Der umgekehrte Effekt ist hingegen kaum signifikant: Ein schlechter oder fehlender Schulabschluss verringert zwar die Erwerbchancen und erhöht das Arbeitslosigkeitsrisiko, wirkt sich aber kaum nachteilig auf den Wohlstand einer Person aus, wenn diese vermögend ist oder Kapital besitzt. Zugespitzt gesagt: Armut macht zwar auf die Dauer dumm, umgekehrt ist das nicht immer der Fall.

Obwohl die Kinder aus ökonomisch und sozial benachteiligten Familien zu den größten Bildungsverlierer(inne)n gehören,¹³ basiert ihre Armut selten auf falschen oder fehlenden Schulabschlüssen, sind Letztere doch höchstens Auslöser und Verstärker, aber nicht die eigentlichen Verursacher materieller Not. Bildungsdefizite führen allerdings oft zu einer Verfestigung der Armut, weil die Chancen eines Menschen auf dem Arbeitsmarkt und Berufskarrieren heute immer stärker an Kompetenzen gebunden sind, die man an (Hoch-)Schulen erwirbt. Armut, d.h. in einer kapitalistischen Wohlstands- und Konsumgesellschaft wie der unseren primär: Mangel an Geld, (sicherem) Einkommen und Vermögen zieht neben finanziellen Schwierigkeiten (Überschuldung) fast zwangsläufig Unterversorgungsprobleme in fast allen Lebensbereichen der davon Betroffenen nach sich, etwa im Wohnen und Wohnumfeld, im Gesundheitsbereich, im Kultur- und Freizeitbereich sowie auch und gerade im Bildungsbereich.

11 Vgl. Gudrun Quenzel/Klaus Hurrelmann: Ursachen und Folgen von Bildungsarmut, in: dies. (Hg.): Handbuch Bildungsarmut, Wiesbaden 2019, S. 4.

12 Vgl. Anne Hackett/Josef Preißler/Wolfgang Ludwig-Mayerhofer: Am unteren Ende der Bildungsgesellschaft, in: Eva Barlösius/Wolfgang Ludwig-Mayerhofer (Hg.): Die Armut der Gesellschaft, Opladen 2001, S. 97 ff.

13 Vgl. dazu: Gudrun Quenzel/Klaus Hurrelmann (Hg.): Bildungsverlierer. Neue Ungleichheiten, Wiesbaden 2010.

Problematisch ist der Begriff „Bildungsarmut“ aber nicht bloß, weil er das Armutproblem auf eine mangelnde Schul- und/oder Ausbildung verkürzt, d.h. einen wichtigen, aber eben nicht ausschlaggebenden Lebensbereich verabsolutiert und suggeriert, dass die Armut in Bildungsdefiziten der einzelnen Person begründet liegt. Höherqualifizierte verdienen zwar in der Regel mehr und sind auch seltener arbeitslos als Geringqualifizierte. Zwischen dem Bildungsgrad und dem sozioökonomischen Status einer Person besteht jedoch kein unmittelbarer Zusammenhang: Man kann geistreich und doch bettelarm, aber ebenso gut ungebildet und steinreich sein. Bildung ist also weder ein Patentrezept gegen Armut noch eine Grundvoraussetzung zur Vermögensbildung in großem Stil. Dies gilt selbst für den lange Zeit reichsten Mann der Welt, Microsoft-Gründer Bill Gates, der sein Studium abbrach, um sich dem Aufbau seines Unternehmens zu widmen. Umgekehrt lässt sich das Vorurteil, die Armen seien ungebildet, empirisch widerlegen, denn 56 Prozent von ihnen weisen ein mittleres und weitere 17,1 Prozent sogar ein hohes Qualifikationsniveau auf: „Bei fast drei Viertel der Armen dürfte das Bildungsniveau nicht die Ursache für die prekäre Einkommenssituation darstellen.“¹⁴

Gesundheitliche Ungleichheit: Wer arm ist, muss früher sterben

Seit der Jahrtausendwende mehren sich Diskussionsbeiträge, die das Verhältnis von Gesundheit und sozialer Ungleichheit thematisieren.¹⁵ Andreas Mielck sprach damals von „gesundheitlicher Ungleichheit“, wenn ein Zusammenhang zwischen sozialer Ungleichheit und Gesundheitszustand bzw. Bildung, beruflichem Status und/oder Einkommen einerseits sowie Mortalität und Morbidität andererseits besteht.¹⁶ Aufgrund der übereinstimmenden Ergebnisse einer Vielzahl empirischer Untersuchungen zu diesem Problemkreis kann eigentlich kein Zweifel mehr daran bestehen, dass auch relative Armut, also die Unterversorgung mit Konsumgütern des täglichen Bedarfs, der Mangel an gesellschaftlichen Partizipationsmöglichkeiten und Erfahrungen sozialer Ausgrenzung in einem reichen Land wie der Bundesrepublik, höhere Morbiditäts- und Mortalitätsrisiken mit sich bringt.

14 Ulrich Schneider: Wer sind die Armen? – Von falschen Bildern und neuen Daten, in: Soziale Sicherheit 12/2018, S. 450.

15 Vgl. z.B. Uwe Helmert u.a. (Hg.): Müssen Arme früher sterben? – Soziale Ungleichheit und Gesundheit in Deutschland, Weinheim/München 2000.

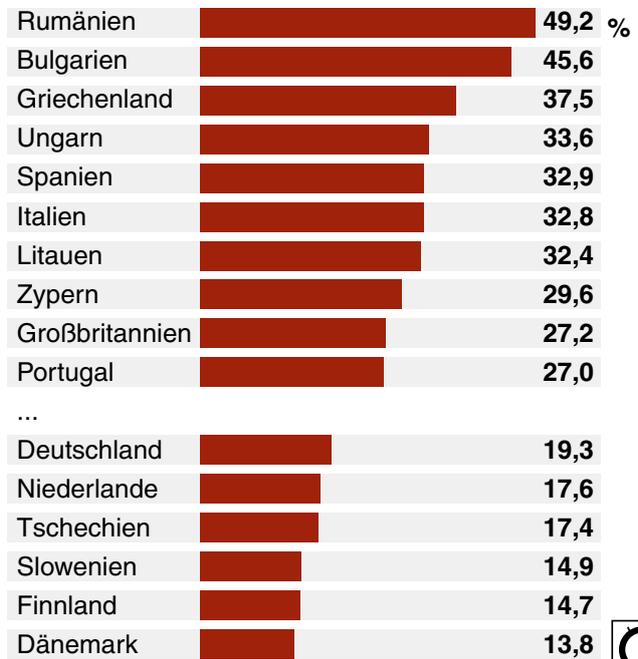
16 Siehe Andreas Mielck: Soziale Ungleichheit und Gesundheit. Empirische Ergebnisse, Erklärungsansätze, Interventionsmöglichkeiten, Bern 2000, S. 360.

Kinder in Armut

So viele Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren waren in der EU von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht



EU-Länder, in denen die meisten bzw. wenigsten Kinder und Jugendlichen im Jahr 2016 betroffen waren (Anteil in Prozent)



Quelle: Eurostat

© Globus 12167

Kinderarmut in Deutschland und in anderen europäischen Ländern
Abbildung: dpa-infografik GmbH

(Langzeit-)Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ausgrenzung – ein Gesundheitsrisiko

Seit der Studie über die Arbeitslosen von Marienthal weiß man, dass Langzeiterwerbslosigkeit zu Gesundheitsschäden führen kann. Marie Jahoda, Paul F. Lazarsfeld und Hans Zeisel konstatierten, dass die Verschlechterung der ökonomischen Lage von (Arbeiter-)Familien „eine im Mittel fast errechenbare Veränderung der Stimmung“ nach sich ziehe: „Diese Wirkung wird noch dadurch erhöht, dass ja im Zusammenhang damit auch die Gesundheit sich verschlechtert. Es scheint ein ganz unmittelbarer Zusammenhang zwischen Einkommen und Gesundheit zu bestehen.“¹⁷ Lang anhaltende Erwerbslosigkeit bleibt wegen fehlender Perspektiven nicht ohne Konsequenzen für das körperliche und psychische Wohlbefinden der

Betroffenen wie ihrer nächsten Familienangehörigen. Dies gilt umso mehr, als Leistungskürzungen im Wohlfahrtsstaat die Situation der Betroffenen seit den 1970er Jahren wieder verschlechtert hat.¹⁸

Ungefähr jeder vierte Arbeitslosengeld-II-Empfänger befindet sich zehn Jahre oder länger im Transferleistungsbezug, 40 Prozent in Westdeutschland und fast jeder zweite in Ostdeutschland über vier Jahre lang. Offenbar verschlechtert sich durch die extrem lange Bezugsdauer der Gesundheitszustand von Bezieher(inne)n der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Denn auch ursprünglich für Wohnungslose, von Obdachlosigkeit bedrohte Menschen oder Migrant(inn)en eingerichtete kostenfreie Ambulanzen wurden vermehrt von Hartz-IV-Empfängern, überwiegend von Männern, in Anspruch genommen. Bei dieser Gruppe

17 Marie Jahoda/Paul F. Lazarsfeld/Hans Zeisel: Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch über die Wirkungen langandauernder Arbeitslosigkeit, Mit einem Anhang zur Geschichte der Soziographie, Frankfurt am Main 1982, S. 97.

18 Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge: Krise und Zukunft des Sozialstaates, Wiesbaden 2018, S. 113 ff.

waren zunehmend psychische Erkrankungen, Suchterkrankungen, Herz-Kreislauf-Erkrankungen sowie Atemwegs-, Muskel- und Skeletterkrankungen zu behandeln.¹⁹

Zwischen (langzeit)erwerbslosen Transferleistungsbezieher(inne)n, sog. Erwerbsaufstocker(inne)n, die Hartz IV wegen eines zu niedrigen Lohns bzw. Gehalts in Anspruch nehmen müssen, und Erwerbstätigen, die kein Arbeitslosengeld II beziehen, bestehen im Hinblick auf den – von ihnen selbst eingeschätzten – Gesundheitszustand laut dem Panel „Arbeitsmarkt und soziale Sicherung“ (PASS) des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit (BA) erhebliche Unterschiede: „Aufstockern geht es gesundheitlich etwas besser als arbeitslosen Leistungsbeziehern, beiden geht es aber deutlich schlechter als Erwerbstätigen ohne Grundsicherungsbezug.“²⁰ Während vor allem die körperliche Verfassung der Hartz-IV-Betroffenen häufig stark eingeschränkt war, gaben diese den IAB-Wissenschaftler(inne)n relativ selten Auskunft über psychische Störungen – vermutlich nicht zuletzt wegen des anhaltenden Stigmatisierungseffekts solcher Erkrankungen.

Langzeiterwerbslose, die als „Drückeberger“, „Faulenzer“ und „Sozialschmarotzer“ diffamiert werden, reagieren darauf oft mit einem Rückzug ins Private und einer resignativen Grundhaltung. Ihnen fehlt es zumeist an sozialen Netzwerken, die sie auffangen könnten, ebenso wie an dem notwendigen Selbstbewusstsein, um sich einer feindlichen Umwelt gegenüber zu behaupten. Die soziale Isolation führt zusammen mit dem Mangel an finanziellen Ressourcen selbst dann leicht zu einer gespannten Familienatmosphäre, häufigen Konflikten und Stresszuständen, wenn nicht die Trennung bzw. Scheidung vom (Ehe-)Partner und/oder übermäßiger Alkoholkonsum hinzukommen.

Armut und Krankheit im Alter – eine brisante Wechselbeziehung

Der britische Wirtschaftshistoriker Richard Wilkinson und die britische Epidemiologin Kate Pickett haben anhand einer Fülle empirischer Daten belegt, dass die Mitglieder einer Gesellschaft umso gesünder sind, je gleicher deren materieller Reichtum unter ihnen verteilt ist:

19 Vgl. Gisela Klinkhammer: Armut und Gesundheit: Hilfe für die Schwächsten. Engagierte Ärztinnen und Ärzte sorgen für eine medizinische Basisversorgung für Wohnungslose in Hannover, in: Deutsches Ärzteblatt 23-24/2013, S. A 1142.

20 Johannes Eggs/Mark Trappmann/Stefanie Unger: ALG-II-Bezieher schätzen ihre Gesundheit schlechter ein, IAB-Kurzbericht 23/2014, S. 4.

„Ungleichverteilung führt zu geringerer Lebenserwartung, sie führt auch zu geringerem Geburtsgewicht und höherer Säuglingssterblichkeit.“²¹ Armut macht demnach häufig krank und beeinträchtigt die Lebenserwartung der davon Betroffenen oder Bedrohten. Ihre materiellen Belastungen ziehen häufiger psychosoziale und gesundheitliche Beeinträchtigungen nach sich. Finanziell nicht mithalten und sich vieles von dem nicht leisten zu können, was für andere Mitglieder einer Konsumgesellschaft als normal gilt, kann Stress und eine psychosoziale Belastung bedeuten.

Umgekehrt macht Krankheit auch Menschen arm, besonders im Alter. In einem höheren Lebensalter steigen die Kosten für ärztliche Behandlungen, Arznei-, Heil- und Hilfsmittel, Krankenhausaufenthalte sowie Pflegedienstleistungen in einem Gesundheitssystem, das im Zeichen des Neoliberalismus zunehmend ökonomisiert, privatisiert und kommerzialisiert wurde.²² Gerade viele Senior(inn)en sind dadurch finanziell überfordert. Die für den Erhalt bzw. die Wiederherstellung der Gesundheit notwendigen Aufwendungen steigen, während ihre Einkommen im Ruhestand eher sinken. Dadurch sind Ältere, die in der Regel höhere Krankheits- und Pflegekosten schultern müssen, stärker armutsgefährdet.

Seit die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zum 1. Januar 2003 eingeführt wurde, hat sich die Zahl der älteren Menschen, die auf sie angewiesen sind, trotz einer strengen Bedürftigkeitsprüfung mehr als verdoppelt. Ende 2018 waren es neben 515.000 dauerhaft voll Erwerbsgeminderten, die als Menschen mit schweren Behinderungen ein sehr hohes Armutsrisiko haben, bereits 559.000 Senior(inn)en, die Leistungen nach dem SGB XII erhielten. Es ist jedoch ein offenes Geheimnis, dass sich ältere Menschen damit schwertun, diese Transferleistung – früher hieß sie Fürsorge bzw. Sozialhilfe – zu beantragen, weil sie den bürokratischen Aufwand scheuen oder irrtümlich den (bis zu einem Jahreseinkommen in Höhe von 100.000 Euro ausgeschlossenen) Unterhaltsrückgriff auf ihre Kinder bzw. sogar auf ihre Enkel fürchten. Berücksichtigt man die hohe Dunkelziffer, gibt es über anderthalb Millionen Menschen, die im Alter auf oder unter dem Hartz-IV-Niveau (bundesdurchschnittlich: ca. 800 Euro pro Monat) leben. Die Einkünfte von 2,8 Millionen Senior(inn)en fielen im Jahr 2017 unter die „Armuts-

21 Richard Wilkinson/Kate Pickett: Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind, Berlin ³2010, S. 101.

22 Vgl. Hans-Ulrich Deppe: Zur sozialen Anatomie des Gesundheitssystems. Neoliberalismus und Gesundheitspolitik in Deutschland, Frankfurt am Main ³2005, S. 163 ff.

risikoschwelle“ der Europäischen Union (für Alleinstehende: 999 Euro pro Monat). Kein Wunder also, dass es im Dezember 2018 bereits nicht weniger als 1.093.119 Ruheständler(innen) gab, die einen Minijob hatten, darunter 195.513 Personen, die 75 Jahre oder älter waren. Auch unter den Pfandsammler(inne)n und den „Kund(inn)en“ von Lebensmitteltafeln nimmt die Zahl der Senior(inn)en offenbar zu.

Ältere sind weniger als jüngere Menschen in der Lage, Einschränkungen ihres Lebensstandards durch Ausweitung ihrer sozialen Netzwerke zu kompensieren. Aus der Genderperspektive betrachtet, verschärft sich das Problem, weil Frauen, die im Durchschnitt ein höheres Lebensalter als Männer erreichen und materiell zumeist schlechter abgesichert sind, häufiger von multiplen chronischen Krankheiten und psychischen Erkrankungen (Depression und Demenz) betroffen sind. „Außerdem leiden sie stärker unter Funktionseinschränkungen und haben mit höherem Alter einen stärker steigenden Bedarf an Unterstützung sowie Pflegebedarf.“²³

Wohnungleichheit: Migration, sozialräumliche Segregation und Spaltung der Großstädte

Der Erfurter Hochschullehrer Marcel Helbig und die WZB-Mitarbeiterin Stefanie Jähnen haben die Entwicklung der sozialen Segregation in deutschen Städten untersucht und dabei festgestellt, dass sich diese zuletzt deutlich verstärkt hat. „Ähnlich wie in den USA ist die soziale Spaltung der Städte bei Kindern bzw. Familien mit Kindern stärker ausgeprägt als bei der Gesamtbevölkerung.“²⁴ Besonders ungleich verteilen sich die in Haushalten mit SGB-II-Bezug aufwachsenden Kinder. Quartiere, in denen über 50 Prozent aller Kinder von Sozialgeld lebten, fanden Helbig und Jähnen in 36 der Städte, die sie für ihre Studie ausgewählt hatten. In einigen ostdeutschen Städten bewegt sich das Niveau der sozialen Segregation von SGB-II-Bezieher(inne)n laut Helbig und Jähnen mittlerweile auf der Höhe der Armutssegregation in amerikanischen Metropolregionen.²⁵

23 Antje Richter-Kornweitz: Gesundheitliche Ungleichheit im Alter – ein Armutszeugnis, in: Christoph Butterwegge/Gerd Bosbach/Matthias W. Birkwald (Hg.): Armut im Alter. Probleme und Perspektiven der sozialen Sicherung, Frankfurt am Main/New York 2012, S. 153.

24 Marcel Helbig/Stefanie Jähnen: Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? – Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten, Discussion Paper P 2018–001 Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (2018), S. 1.

25 Vgl. ebd., S. 58 und 113 f.



Foto: ullstein bild/Fotograf: Christian Mang

Zerfall der Metropolen in Elends- und Luxusquartiere: Wohnungsnot und Mietexplosion

Hendrik Lebuhn, Andrej Holm, Stephan Junker und Kevin Neitzel haben die Wohnverhältnisse in den 77 deutschen Großstädten untersucht und dabei vor allem die Situation verschiedener Einkommensgruppen berücksichtigt. Wie sich herausstellte, lebten Haushalte mit geringen Einkommen nicht bloß auf kleinerer Fläche pro Mitglied und in Wohnungen schlechterer Qualität, sondern hatten auch eine deutlich höhere Mietbelastung zu tragen: „Einkommensungleichheiten werden so in den Wohnverhältnissen nicht nur reproduziert, sondern sogar noch verstärkt.“²⁶ Die das Wohnen als einen zentralen Indikator der sozialen Lage und als einen Gradmesser der Ungleich-

26 Henrik Lebuhn u.a.: Wohnverhältnisse in Deutschland – eine Analyse der sozialen Lage in 77 Großstädten. Bericht aus dem Forschungsprojekt „Sozialer Wohnversorgungsbedarf“, Berlin/Düsseldorf, September 2017 (Hans-Böckler-Stiftung), S. 80.



heit begreifenden Verfasser der Studie sprachen von einer „gravierende(n) Polarisierung der Mietbelastungsquoten“, weil die zehn Prozent der Haushalte mit der günstigsten Mietkostenbelastung nur 13,6 Prozent ihres Haushaltsnettoeinkommens für die Bruttokaltmiete ausgaben, während es von den zehn Prozent mit den höchsten Mietbelastungen über 47,8 Prozent des Einkommens waren.²⁷ Die Mietkostenbelastung dieser Gruppe betrug das Dreieinhalbfache der Haushalte mit der günstigsten Mietbelastung. Ungefähr 1,3 Millionen Haushalte verfügten nach der Zahlung ihrer Miete über Resteinkommen unterhalb des Niveaus der Regelbedarfe sozialer Transferleistungen.

In der Nachkriegszeit galt der Soziale Wohnungsbau lange als Königsweg, um dem Modell der Sozialen Markt

wirtschaft entsprechend für Arme wie für Angehörige der Mittelschicht bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. „Das ganze deutsche Wohnmodell fußte auf der Idee, dass der Staat günstige Rahmenbedingungen für Bauherrn schafft und im Gegenzug über einen stabilen Mietmarkt für alle verfügt.“²⁸ Seit den 1980er Jahren zog sich der Staat allerdings schrittweise zurück. So wurde das Wohngemeinnützigkeitsgesetz zum 1. Januar 1990 abgeschafft. Damit hatte der Staat z.B. genossenschaftlichen Wohnungsbau-gesellschaften bestimmte Steuervorteile (Befreiungen von der Körperschaft-, Grunderwerbs-, Gewerbe- und Vermögensteuer sowie Ermäßigungen bei der Grundsteuer) gewährt, sie dafür jedoch zur Beschränkung auf eine Kostenmiete und zur Begrenzung von Gewinnausschüttungen verpflichtet. Vorher preisgebundene Wohnungsbestände gelangten daraufhin auf den Immobilienmarkt, wo es primär um hohe Renditen ging.

Die rot-grüne Koalition befreite Gewinne von Kapitalgesellschaften, die aus dem Verkauf von Tochterfirmen und Aktienpaketen anderer Kapitalgesellschaften resultierten, kurz nach der Jahrtausendwende von der Körperschaftsteuer – was als eines der größten Steuergeschenke an die Unternehmen überhaupt gilt. In diesem Zusammenhang wies die Münchner Fernsehjournalistin Uta Seidenspinner darauf hin, dass sich der 1999 durch die Fusion der Friedrich Krupp AG Hoesch-Krupp mit der Thyssen AG entstandene Stahlriese ThyssenKrupp dadurch steuerfrei aller seiner Werkwohnungen entledigen konnte.²⁹

Parallel dazu wurde das Mietrecht mehrfach liberalisiert und der in Deutschland für Vermieter traditionell relativ strenge Kündigungsschutz gelockert. Seit dem 1. Januar 2004 sind auch in Deutschland die in den USA kurz nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Hedgefonds, seit dem 1. Januar 2007 auch die sog. REITs (Real Estate Investment Trusts) gesetzlich zugelassen, welche in den USA bereits 1960 eingeführt wurden. Dabei handelt es sich um steuerbegünstigte Immobilien-Aktiengesellschaften, durch deren Geschäftsmodell sich der Privatisierungsdruck auf öffentliche Wohnungsbestände weiter erhöht. Erleichtert wurden fragwürdige Immobiliengeschäfte auch durch die Möglichkeit der *Share Deals*, bei denen pro forma gar keine Wohnungen, sondern Unternehmensanteile verkauft werden, sodass für die neuen Eigentümer keine Grunderwerbsteuer anfällt.

.....
27 Siehe ebd., S. 78.

.....
28 Uta Seidenspinner: *Wohnwahn: Warum Mieten immer teurer und Eigentum unbezahlbar wird*, München 2018, S. 96.

29 Vgl. ebd., S. 113.



Fotos: Süddeutsche Zeitung Foto/Fotografen: Klaus Brenninger und Florian Plejak

Großstädte wie Dresden haben teilweise ihren gesamten Wohnungsbestand – häufig zu Schleuderpreisen – an US-amerikanische Investmentgesellschaften, internationale Finanzinvestoren und börsennotierte Immobilienkonzerne verkauft. Zentrum der kommunalen Verkäufe war Berlin, wo insgesamt rund 164.000 Wohneinheiten verkauft und mit 90.000 Wohneinheiten die weitaus meisten kommunalen Wohnungen an private Investoren veräußert wurden.³⁰ Auf diese Weise beraubten sich die Städte selbst der Möglichkeit, eine zielgerichtete Stadtentwicklungspolitik zu machen und vor allem die Wohnungsversorgung einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen zu sichern. Dresden hat aus den negativen Erfahrungen mit der Privatisierung seines Wohnungsbestandes im September 2017 übrigens die Konsequenz gezogen, eine neue städtische Wohnungsgesellschaft zu gründen, die bauen und die entstehenden Wohnungen an Menschen vermieten soll, die aufgrund ihres niedrigen Einkommens einen Wohnberechtigungsschein besitzen. Letzteres gilt in deutschen Großstädten zum Teil für rund die Hälfte der Einwohner/innen, ohne dass auch nur annähernd gleich viele mietpreisgebundene Wohnungen zur Verfügung stünden.

Seit geraumer Zeit boomt die Immobilienbranche in Deutschland wie nie zuvor. Dagegen leidet der Soziale Wohnungsbau unter Schwindsucht: Mit der am 1. September 2006 in Kraft getretenen Föderalismusreform hat sich der Bund aus diesem Bereich zurückgezogen. Zwar hat er die den Ländern für eine Übergangszeit zugesagten

30 Vgl. Tobias Held: Verkäufe kommunaler Wohnungsbestände – Ausmaß und aktuelle Entwicklungen, in: Informationen zur Raumentwicklung 12/2011, S. 679.

Kompensationsmittel im Gefolge der „Flüchtlingskrise“ 2015/16 schrittweise mehr als verdoppelt, dadurch aber nicht verhindert, dass erheblich mehr Wohnungen aus der Belegbindung herausfielen, als neu hinzukamen.

Zuwanderung, ethnische Segregation und soziale Exklusion

Seit jeher massiert sich die sozioökonomische Ungleichheit in den urbanen Zentren, und zwar hauptsächlich in Form einer residenziellen Segregation, wie sie ethnische Gruppen aufweisen.³¹ In den benachteiligten Wohngebieten, die als „soziale Brennpunkte“ bezeichnet, mit einer überhöhten „Ausländerkriminalität“ assoziiert oder euphemistisch als „Stadtteile mit besonderem Entwicklungs-“ bzw. „Erneuerungsbedarf“ tituliert werden, leben meist auch viele Migrant(inn)en. Bisher ist es in Deutschland aber nur ansatzweise zur Ghetto- oder Slumbildung gekommen, weil Sozialtransfers, wohlfahrtsstaatliche Traditionen sowie integrationsfördernde Wohnungsbau- und Stadtentwicklungsprogramme eine massenhafte Verelendung ebenso verhindert haben wie größere Verwerfungen vor Ort.

Gleichwohl spitzten sich Ab- und Ausgrenzungsprozesse, von denen insbesondere Migrant(inn)en und ihre Nachkommen betroffen sind, immer mehr zu, was zu einer sozialräumlichen Spaltung der Großstädte geführt hat. Man spricht in diesem Zusammenhang auch von „ethnischer Segregation“, die sich seit geraumer Zeit ver-

31 Vgl. Jürgen Friedrichs: Ethnische Segregation im Kontext allgemeiner Segregationsprozesse in der Stadt, in: Annette Harth/Gitta Scheller/Wulf Tessin (Hg.): Stadt und soziale Ungleichheit, Opladen 2000, S. 174.

festigt.³² Eine mögliche Folge der Entwicklung ist die Zusammenballung sozial marginalisierter, diskriminierter und stigmatisierter Minderheiten am Rande der Metropolen, wie sie in den USA und Ländern der sog. Dritten bzw. Vierten Welt seit Langem stattfindet.

Zugewanderte haben ein deutlich höheres Armutsrisiko als Einheimische, zumindest dann, wenn ihr Aufenthaltsstatus unsicher ist. Zwar stellt der Migrationshintergrund ein zusätzliches Armutsrisiko dar, entscheidend dafür, ob jemand von Einkommensarmut betroffen ist, sind aber sein Aufenthaltsstatus und seine Aufenthaltsdauer.

32 Vgl. Carsten Keller: Armut in der Stadt. Zur Segregation benachteiligter Gruppen in Deutschland, Opladen/Wiesbaden 1999, S. 47 ff.; Peter Bremer: Ausgrenzungsprozesse und die Spaltung der Städte. Zur Lebenssituation von Migranten, Opladen 2000, S. 173 ff.

Die sozialräumliche Polarisierung in den Großstädten hat während der vergangenen Jahre zugenommen, wohingegen die ethnische Segregation wieder etwas zurückgegangen ist. Der im Februar 2019 verstorbene Kölner Stadtsoziologe Jürgen Friedrichs lieferte dafür eine überzeugende Erklärung: „Die armen deutschen Haushalte ziehen in Wohngebiete mit armen Bewohnern und einem hohen Anteil von Migranten, wodurch die Armut größer und die ethnische Segregation geringer wird.“³³ ▲

33 Jürgen Friedrichs: Armut und räumliche Polarisierung: Bremen und Köln, in: Peter A. Berger u.a. (Hg.): Urbane Ungleichheiten. Neue Entwicklungen zwischen Zentrum und Peripherie, Wiesbaden 2014, S. 62.

THEMENFORUM ANTISEMITISMUS

Kennen Sie schon unser neues Themenforum „Antisemitismus“? Die Plattform, die in Kooperation mit dem Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus eingerichtet wurde, bietet regelmäßig neue Artikel und Interviews zum Thema Antisemitismus. Bisher finden sich dort folgende Beiträge:

- „Wir brauchen den Schulterschluss – Wer meint, der Antisemitismus sei nur für die Juden eine Gefahr, verkennt seine zersetzende Wirkung“ von Jo-Achim Hamburger
- „Zur Auseinandersetzung mit Antisemitismus in der schulischen Bildung“ von Robert Sigel
- „Antisemitische Verschwörungstheorien“ von Juliane Wetzel
- „Ich bin mit einer Hand am Koffer und mit der anderen am Boxhandschuh“ – ein Interview mit Rapper, Veranstalter, YouTuber und Autor Ben Salomo

Das Themenforum lädt zum Austausch ein. Teilen Sie uns mit, ob oder wie Sie persönlich Antisemitismus wahrgenommen haben. Lassen Sie die anderen Leserinnen und Leser an Ihren Ideen und Vorschlägen, wie die Gesellschaft Antisemitismus entgegenwirken kann, teilhaben.

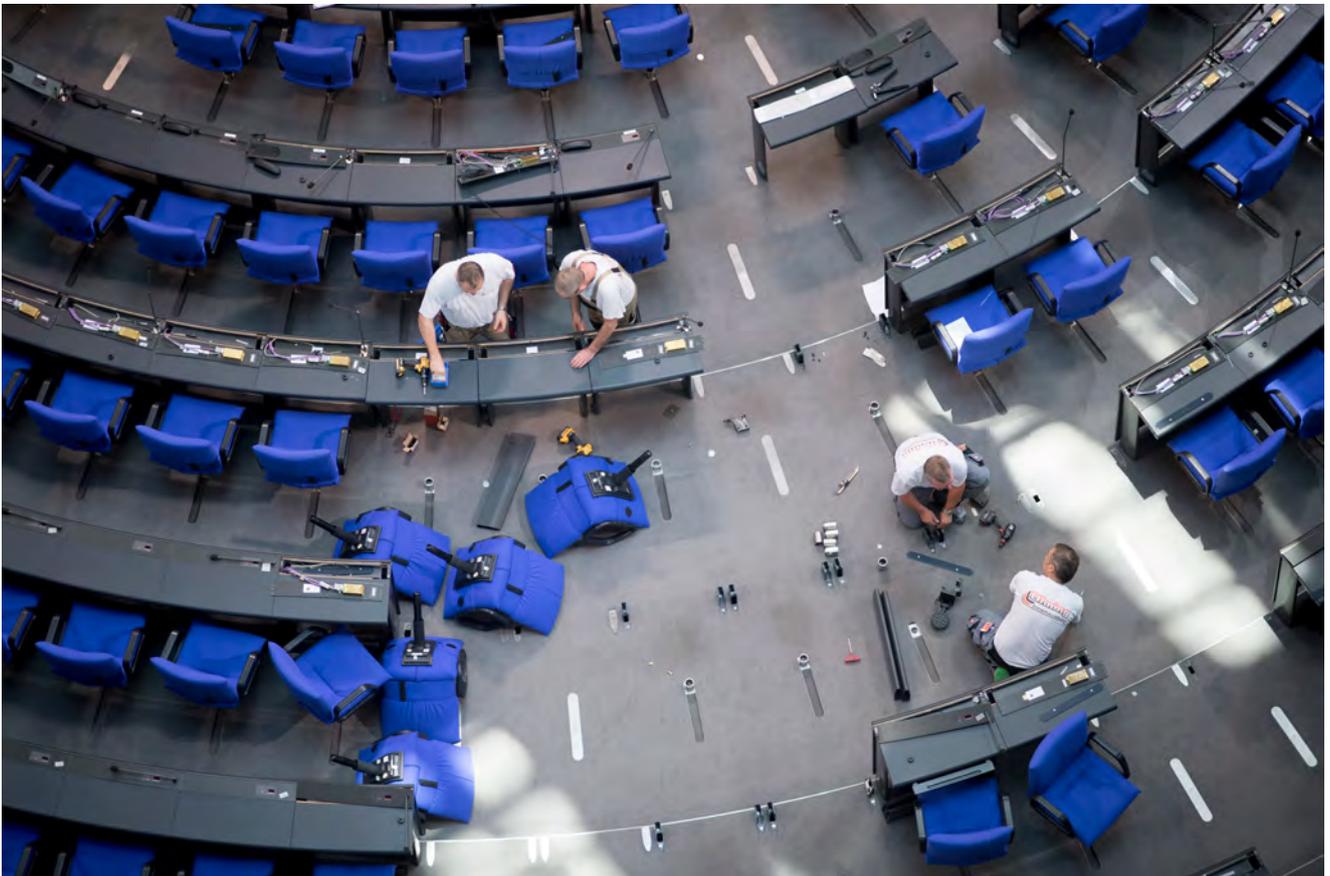
Besuchen Sie uns unter:
www.blz.bayern.de

Schreiben Sie uns an:
landeszentrale@blz.bayern.de



Gedanken zur Reform der Bundestagswahl

von Rupert Gröbl



Arbeiter beim Aufbau von zusätzlichen Stühlen für den Plenarsaal des Deutschen Bundestages, 2017
Foto: ullstein bild/Boness/IPON

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 25. Juli 2012 den Gesetzgeber aufgefordert, das Wahlrecht neu zu regeln. Dieser Forderung ist der Deutsche Bundestag im Jahr 2013 nachgekommen. Die dennoch nicht enden wollende Diskussion über eine Weiterentwicklung des Wahlrechts und die bisher gescheiterten Versuche des Bundestagspräsidenten Wolfgang Schäuble zu einer für nötig erachteten Reform zu kommen, zeigt zum einen die Schwierigkeit dieses Unterfangens, zeigt aber auch, dass es maßgeblich – und zwar bei allen Beteiligten – eine Frage des politischen Willens, man könnte auch sagen, des Taktierens ist, hier eine Lösung zu finden. Die folgenden Zeilen sollen dies näher beleuchten und die öffentliche Diskussion hierüber anfachen.¹

Bei der grundsätzlichen Frage, welches Wahlrecht denn in einem demokratischen Staat einzuführen sei, gibt es zunächst zwei Möglichkeiten: die Mehrheitswahl oder die Verhältniswahl.

Bei der Mehrheitswahl wird das Land in Wahlkreise unterteilt und in jedem Wahlkreis treten Kandidat(inn)en gegeneinander an. Wer die Mehrheit der Stimmen (entweder eine absolute, also mehr als 50 Prozent der abgegebenen Stimmen, oder eine relative Mehrheit, also mehr Stimmen als jeder einzelne andere Kandidat; beide Varianten sind denkbar) auf sich vereint, gewinnt einen Sitz im Parlament. Die Auszählung der Stimmen erfolgt ausschließlich auf Ebene des einzelnen Wahlkreises. Es gibt also so viele Mandate im Parlament, wie es Wahlkreise gibt.

Bei der reinen Verhältniswahl stellen die Parteien des Landes Listen mit Kandidat(inn)en auf. Es werden die Stimmen des ganzen Landes ausgezählt und nach einer bestimmten Formel (hier gibt es diverse Varianten) wird das Verhältnis zwischen dem Stimmenanteil jeder einzelnen Partei und den insgesamt abgegebenen Stimmen erstellt. Vereinfacht könnte man sagen, eine Partei, die x Prozent der Stimmen errungen hat, gewinnt x Prozent der im Parlament zu vergebenden Sitze. Es ziehen zunächst diejenigen Kandidaten ins Parlament ein, die oben auf ihrer Parteiliste stehen.

.....
 1 Auf den sog. Effekt des negativen Stimmgewichtes soll in diesem Artikel der Vereinfachung halber nicht eingegangen werden. Dies vor allem, weil er durch den vollen Ausgleich aller Überhangmandate durch sog. Ausgleichsmandate bereits beseitigt ist. Er ist jedoch nachzulesen u.a. bei <https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2012/bvg12-058.html> [Stand: 10.02.2019].



Debatte im britischen Parlament (Unterhaus)
 Foto: picture alliance/empics

Beide Wahlsysteme beinhalten in ihren Reinformen Vor- und Nachteile. Die Mehrheitswahl führt nicht selten zu einem Zweiparteiensystem, d.h. dass sich im Laufe der Zeit zwei (große) Parteien herauskristallisieren, die Chancen darauf haben, dass ihre Kandidat(inn)en in den einzelnen Wahlkreisen Mehrheiten auf sich vereinigen können. Ein Beispiel hierfür ist Großbritannien, wo Jahrzehnte lang – mit Ausnahme starker Regionalparteien wie z.B. der Scottish National Party – nur die Conservatives oder die Labour Party Sitze im Unterhaus errangen. Das Beispiel Großbritannien zeigt aber in jüngerer Zeit, dass auch andere, neu entstehende Parteien in diesem Wahlsystem Parlamentssitze erringen können, u.a. die Liberal Democrats. Ein solches Zweiparteiensystem führt in der Regel zu eindeutigen Mehrheitsverhältnissen und damit zu klaren Regierungsbildungen. Kleine Parteien haben kaum Chancen, dass ihre Bewerber(innen) in einem Wahlkreis

eine Mehrheit der Stimmen gewinnen, und ihre Chance, damit im Parlament vertreten zu sein, ist sehr gering. Die Stimmen aller in den Wahlkreisen unterlegenen Kandidat(inn)en – und damit ein unter Umständen nicht unerheblicher Teil der Wählerstimmen und des Wählerwillens – werden bei der Zusammensetzung des Parlaments nicht berücksichtigt. Es ist in diesem System auch möglich, dass eine Partei die Mehrheit der Sitze im Parlament auf sich vereint, obwohl sie landesweit nicht die Mehrheit aller abgegebenen Stimmen errungen hat. Andererseits kann durch die

Mehrheitswahl eine Persönlichkeitswahl gestärkt werden. Es müssen sich ja alle Kandidat(inn)en ihren Wähler(inne)n im jeweiligen Wahlkreis präsentieren. Zudem hat jede Bürgerin und jeder Bürger einen Ansprechpartner/eine Ansprechpartnerin im Parlament – ihren/seinen Wahlkreisabgeordneten –, an den man sich ggf. wenden kann.

Solche direkten Ansprechpartner (innen) gibt es in einem Parlament, das nach dem reinen Verhältniswahlrecht gewählt wurde, freilich nicht, denn hier gibt es ja keine Wahlkreise und infolgedessen auch keine Wahlkreisabgeordneten. Andererseits gehen bei diesem System auch zunächst keine Wählerstimmen verloren. Das Wahlergebnis in Form der Sitzverteilung entspricht 1:1 dem Wählerwillen, der hier also ungebrochen widerspiegelt wird. Die Verhältniswahl birgt aber die Gefahr einer sog. Parteienzersplitterung. Hiermit ist nicht eine Zersplitterung der einzelnen Parteien gemeint, sondern dass viele (unter Umständen sehr kleine) (Splitter-)Parteien in das Parlament einziehen. Je mehr Parteien im Parlament vertreten sind, desto schwieriger ist es für eine Partei, eine absolute Mehrheit zu erringen und desto schwieriger ist auch eine deshalb nötige Koalitionsbildung.

Mit der in der Bundesrepublik eingeführten personalisierten Verhältniswahl ist es gelungen, das Beste aus beiden Welten, aus Mehrheitswahl und Verhältniswahl, zu vereinen: die Vorteile beider Systeme zu integrieren und gleichzeitig die Nachteile zu eliminieren. Ein Geniestreich also? Diese Frage gilt es in der Folge zu beantworten.



Abbildung: picture alliance/blickwinkel/McPHOTO/Fotograf: C. Ohde

Nebenbei sei angemerkt, dass die häufiger anzutreffende Behauptung, das bundesrepublikanische Wahlsystem sei eine Mischwahl, absolut unzutreffend ist. Eine Mischung der beiden Systeme ist schlichtweg nicht möglich.

Jede Wählerin und jeder Wähler verfügt bei der Wahl zum Deutschen Bundestag über zwei Stimmen. Mit der Erststimme wird ein(e) sog. Wahlkreisabgeordnete(r) gewählt. Hierfür ist die Bundesrepublik in 299 Wahlkreise untergliedert. Wer in einem Wahlkreis die relative Mehrheit der abgegebenen Stimmen erringt, gewinnt ein sog. Direktmandat und zieht auf jeden Fall in den Bundestag ein. Bei der Erststimme kommt also das Prinzip der Mehrheitswahl zum Tragen.

Dennoch handelt es sich bei der Bundestagswahl um eine Verhältniswahl (und eben nicht um eine Mischwahl). Denn wie viele Sitze eine Partei insgesamt gewinnt, wird über die Zweitstimme, die für die Landesliste einer Partei – es handelt sich hierbei um sog. geschlossene Listen, d.h. die Wähler(innen) haben auf die Kandidatenreihenfolge auf den Listen keinerlei Einfluss – abgegeben wird, bestimmt. Nach dem „Sainte-Laguë/Schepers“-Verfahren²

.....
 2 Bei diesem Verfahren, das nach dem französischen Mathematiker André Sainte-Laguë und dem Bundestagsverwaltungsmitarbeiter Hans Schepers benannt ist, wird in einem ersten Schritt die Gesamtzahl aller gültigen Stimmen durch die Gesamtzahl der zu vergebenden Sitze geteilt und so ein sog. Zuteilungsdivisor errechnet. Sodann wird für jede Partei die Zahl ihrer Stimmen durch diesen Zuteilungsdivisor geteilt und so berechnet, wie viele Sitze einer Partei zustehen.

werden den Landeslisten der Parteien, entsprechend ihres Stimmenanteils, jeweils eine auszurechnende Anzahl von Sitzen zugewiesen.

Bei der Begrifflichkeit – Erststimme und Zweitstimme – handelt es sich um eine (unabsichtliche) Irreführung der Wähler. Die entscheidende Stimme sollte, wenn man schon bei dieser Terminologie bleiben möchte – nicht als ‚Zweitstimme‘ bezeichnet werden. Denn so könnte beim Wähler der Eindruck entstehen, dass es sich hierbei nur um die zweitwichtigere Stimme handelt. Genau das Gegenteil ist ja der Fall. Diesen Umstand machen sich Parteien auch immer wieder mit sog. Zweitstimmenkampagnen zunutze, indem sie die Wahlberechtigten auffordern, mit der Erststimme „ihren“ Kandidaten zu wählen, die Zweitstimme aber ihnen zu geben – ganz nach dem Motto „es ist ja „nur die Zweitstimme“.

Mit diesen beiden Stimmen ist also Folgendes sichergestellt: Über die Erststimme soll die Persönlichkeitswahl gestärkt werden, und jede Bürgerin und jeder Bürger hat in seinem/ihrer Wahlkreisabgeordneten einen Ansprechpartner/eine Ansprechpartnerin. Da es sich aber insgesamt um eine Verhältniswahl handelt, gehen (zunächst einmal) auch keine Wählerstimmen verloren und es wird der Wählerwille direkt wiedergegeben. Wie wird jedoch nun die o.g. Parteienzersplitterung verhindert? Zu diesem Zweck wurde die Fünfprozent- bzw. Drei-Direktmandate-Klausel eingeführt. Bei der Sitzverteilung werden nur Parteien berücksichtigt, die alternativ entweder fünf Prozent aller Zweitstimmen oder bundesweit mindestens drei Direktmandate errungen haben. Der Nachteil dabei ist jedoch, dass so doch wieder Wählerstimmen nicht berücksichtigt werden, nämlich all diejenigen, die auf Parteien fielen, die keines dieser beiden Kriterien erfüllen.

In einem nächsten Schritt wird dann festgelegt, welche Personen bzw. Kandidat(inn)en auf den Sitzen im Parlament Platz nehmen dürfen, wer also Bundestagsabgeordnete(r) wird. Das kann am besten mit einem Rechenbeispiel erklärt werden: Einer Partei X stehen aufgrund ihres Zweitstimmenanteils 100 Mandate zu; sie hat in 50 Wahlkreisen das sog. Direktmandat errungen. Zuerst werden diese 50 Direktmandate „bedient“; die noch verbleibenden 50 (von in unserem Beispiel 100) Sitze gehen an die ersten 50 Personen auf den Landeslisten (Wie diese auf die einzelnen Landeslisten verteilt werden, soll hier ausgespart bleiben).

Was passiert jedoch, wenn eine Partei aufgrund ihres Zweitstimmenanteils 50 Mandate errungen, sie aber in 60 Wahlkreisen die Direktmandate gewonnen hat? In diesem Fall, weil man ja die in den Wahlkreisen gewähl-

ten Kandidat(inne)n auf jeden Fall berücksichtigen muss, entstehen sog. „Überhangmandate“. In unserem Beispiel erhält die betroffene Partei 60 Sitze und die Gesamtzahl der Abgeordneten im Bundestag erhöht sich entsprechend. Von der Landesliste dieser Partei können dann keine Kandidat(inn)en berücksichtigt werden.

Es sind nun genau diese Überhangmandate, die ein mehrfaches Problem darstellen. Zum einen wird dadurch einer der in unserem Grundgesetz (Art. 38)³ genannten Wahlrechtsgrundsätze, nämlich das Prinzip der gleichen Wahl, unterlaufen. Dies besagt, dass nicht nur alle Wähler(innen) gleich viele Stimmen haben, sondern, dass auch jede Stimme gleich viel zählt. Im Falle von Überhangmandaten ist aber genau das nicht mehr gegeben. Eine Partei, die Überhangmandate gewinnt, benötigt zum Erringen eines einzelnen Parlamentssitzes weniger (Zweit-)Stimmen als eine Partei ohne Überhangmandate. Um dieses Manko auszugleichen, hat man – wie z.B. bei der Wahl zum Bayerischen Landtag – sog. „Ausgleichsmandate“ eingeführt. Diese sollen das geschilderte Problem ausgleichen, indem sie auch den Parteien zugesprochen werden, die eben keine Überhangmandate gewonnen haben. Nicht nur, dass durch die Ausgleichsmandate eine Gleichheit der Wahl nicht ganz hergestellt wird, es erhöht zusätzlich die Gesamtzahl der Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Dies hat zusammen mit den Überhangmandaten für den aktuellen, 2017 gewählten, Bundestag zur Folge, dass dort nicht wie ursprünglich vorgesehen 598, sondern 709 Abgeordnete sitzen!

Abschließend sollen theoretisch denkbare Reformlösungen dargestellt werden, ohne dass diesen eine Priorität zugewiesen werden soll.

Man könnte die personalisierte Verhältniswahl ganz abschaffen und entweder eine reine Mehrheitswahl oder eine reine Verhältniswahl einführen. Abgesehen davon, dass man damit die einen oder anderen der oben dargestellten Nachteile in Kauf nehmen würde, gäbe es wohl für beide Lösungen keine Mehrheiten im Bundestag. Die kleinen Parteien müssen die reine Mehrheitswahl ablehnen, denn sie hätten so kaum Chancen auf Sitze im Bundestag. Die reine Verhältniswahl kommt für diejenigen Parteien nicht in Frage, die traditionsgemäß viele Direktmandate gewinnen.

.....
 3 Hier heißt es: „Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. [...]“.

Welche Bundestagsparteien profitierten?

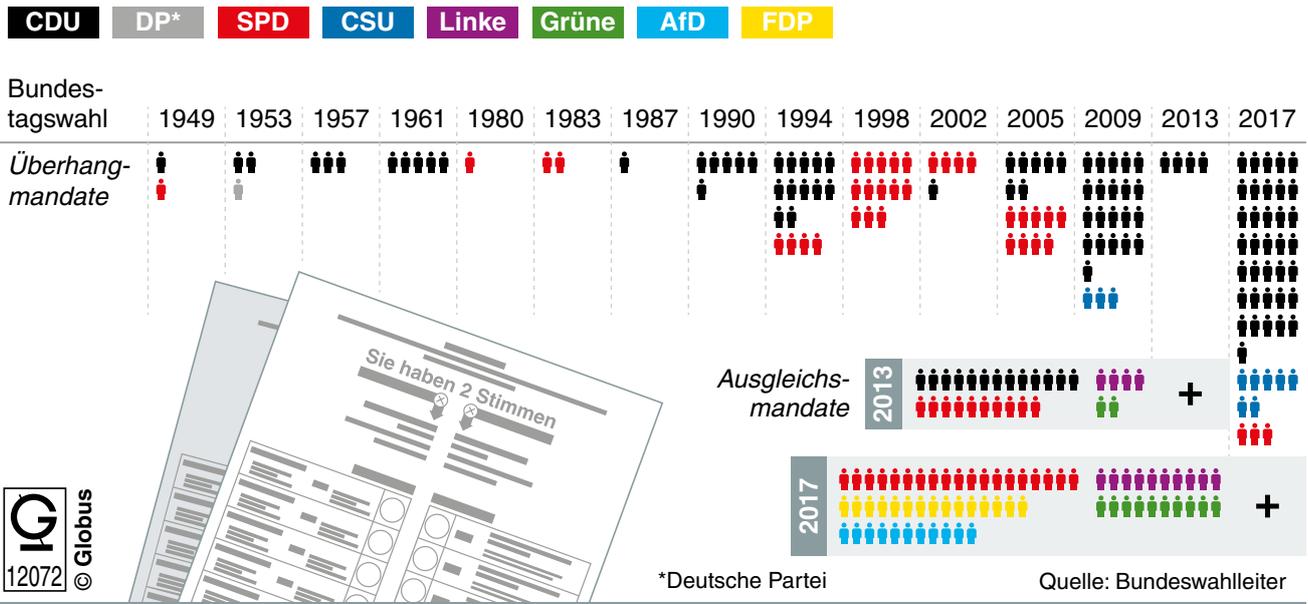


Überhangmandate

Sie entstehen, wenn eine Partei durch ihre gewonnenen Direktmandate (Erststimme) mehr Sitze im Deutschen Bundestag erhält, als ihr nach dem Zweitstimmenergebnis zusteht.

Ausgleichsmandate

Seit 2013 erhalten alle Parteien im Bundestag so viele Ausgleichsmandate, bis das ursprüngliche Kräfteverhältnis (Zweitstimmenergebnis) wieder hergestellt ist.



Grafik: picture-alliance/ dpa-infografik

Man kann es bei der personalisierten Verhältniswahl belassen, muss sich dann aber im Klaren sein, dass diesem das Phänomen der Überhangmandate (und damit wohl auch der Ausgleichsmandate) systemimmanent, d.h. letztendlich unveränderbar innewohnt. Nebenbei bemerkt darf man auch hinterfragen, ob über die Erststimme wirklich eine Persönlichkeitswahl befördert wird. Dies vor allem deshalb, weil die Kandidat(inn)en primär nicht deshalb gewählt werden, weil man sie als Personen für geeignet hält, sondern weil sie der vom einzelnen Wähler präferierten Partei angehören. Eine Beschränkung der Ausgleichsmandate auf max. 15 pro Partei – so wie zuletzt vom Bundestagspräsidenten vorgeschlagen⁴ – würde wiederum das Problem verstärken, dass nicht alle Stimmen gleich viel zählen.

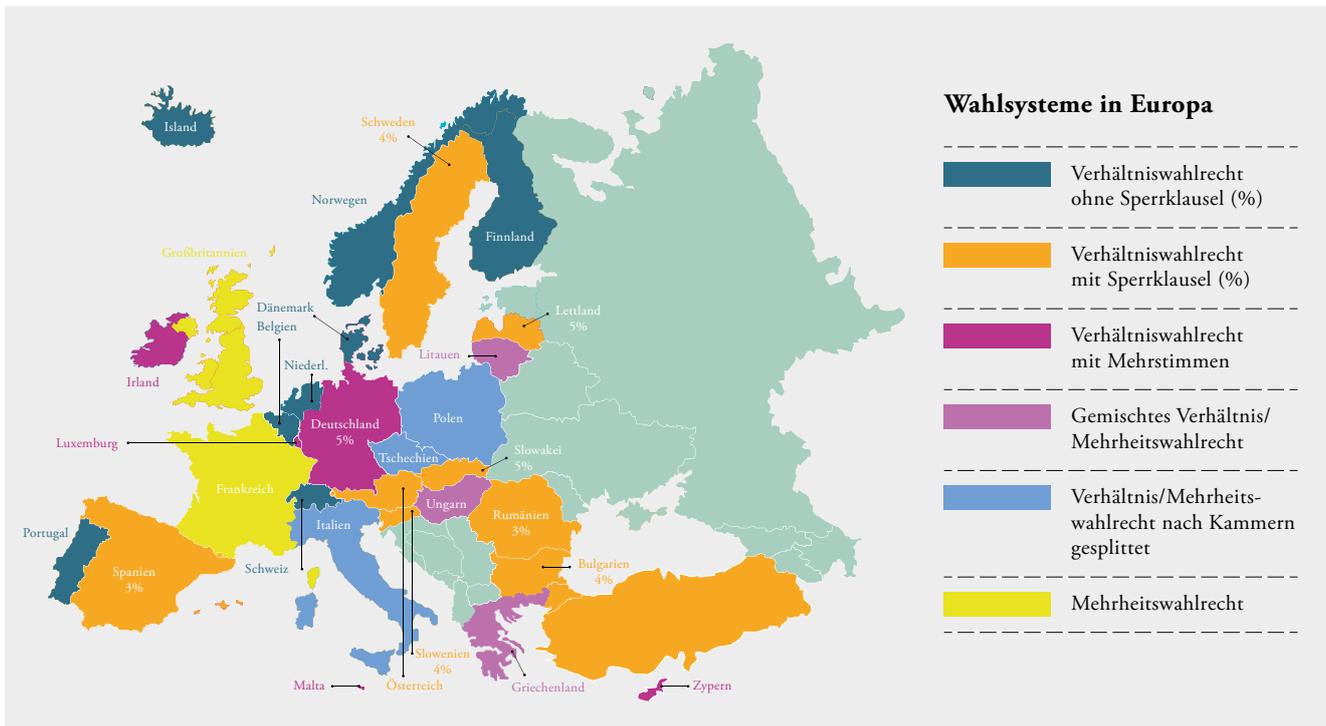
Man könnte die unvorhersehbar wachsende Anzahl von Abgeordneten im Deutschen Bundestag akzeptieren

– diese Lösung wurde aber durch das o.g. Urteil des Bundesverfassungsgerichtes jedoch bereits ausgeschlossen.

Oder man kann die Anzahl der Wahlkreise und damit die Gesamtzahl der zu vergebenden Sitze verkleinern, und so die Problematik eines „übergroßen“ Bundestages vermeiden. Auch hier werden diejenigen Parteien, die viele Direktmandate gewinnen, Einspruch erheben. Zudem würden auf diese Weise zum Teil sehr große Wahlkreise entstehen. Der/die Inhaber/in des Direktmandates wäre kaum noch in der Lage, in seinem/ihrem Wahlkreis seiner/ihrer Aufgabe als Ansprechpartner/in gerecht zu werden.

Es könnte auch ein sog. „Grabenwahlrecht“ eingeführt werden. Hier würden die Ergebnisse der Erststimmen nicht mit denen der Zweitstimmen verrechnet, sondern strikt voneinander getrennt werden; es würde sich dann also um zwei voneinander getrennte Wahlen handeln. Die Hälfte der Abgeordnetensitze würde mit der Erststimme (Mehrheitswahl in Wahlkreisen) und unabhängig davon die andere Hälfte über die Zweitstimme (Verhältniswahl mit Parteilisten) besetzt werden. Hier würden also nicht mehr ausschließlich die Zweitstimmen über die Zusam-

⁴ Vgl. dazu z.B. www.sueddeutsche.de/politik/bundestag-wahlrecht-reform-gescheitert-ueberhangmandate-1.4395493 [Stand: 14.2.2020].



Grafik: Agentur Mumbeck nach der Standard.at, 2007

mensetzung des Bundestages entscheiden. Diese Lösung hätte allerdings eine Stärkung der großen auf Kosten der kleinen Parteien zur Folge und brächte für die Wahl in den Wahlkreisen die oben geschilderten Nachteile der Mehrheitswahl mit sich.

Ein anderer Weg wird bei der Wahl zum Bayerischen Landtag mit der sog. verbesserten Verhältniswahl eingeschlagen: Hier wird zur Berechnung der den Parteien zustehenden Sitze nicht wie im Bundestag ausschließlich die Zweitstimme, sondern die Summe einer für jede Partei abgegebenen Erst- und Zweitstimmen, die sog. Gesamtstimmen, herangezogen. So gehen auch die bei der Erststimme in den Stimmkreisen für die unterlegenen Kandidat(inn)en abgegebenen Stimmen nicht verloren.

Vor kurzem wurde ein „Einstimmensystem“ vorgeschlagen,⁵ bei dem der Wähler diese eine Stimme gleichzeitig an den Wahlkreiskandidaten einer Partei (Es gäbe nach wie vor 299 Wahlkreise) und an deren Landesliste vergeben würde. Zunächst würde bundesweit berechnet werden, wie viele der insgesamt 598 Sitze jeder Partei zustehen. Jeweils die Hälfte dieser Mandate würde dann auf die Wahlkreiskandidat(inn)en und die andere Hälfte an die Kandidat(inn)en der Landeslisten vergeben werden.

In Abänderung zum gegenwärtigen System würde nicht mehr jeder Wahlkreiskandidat/ jede Wahlkreiskandidatin, der/die seinen/ihren Wahlkreis mit relativer Mehrheit gewonnen hat, automatisch auch das sog. Direktmandat gewinnen. Stattdessen würde man eine Rangfolge der nach ihrer Stimmenzahl „Wahlkreisbesten“ erstellen. Aus dieser Rangfolge würden sodann in absteigender Reihenfolge die Direktmandate besetzt werden. Damit würde man zwar die feste Größe von 598 Bundestagssitzen halten, es könnte aber nicht sichergestellt werden, dass jeder Wahlkreis einen „eigenen“ Abgeordneten, und damit Bürger(innen) nicht mehr „ihren“ Ansprechpartner, hat/haben – ein Aspekt, der bisher stets als großer Vorteil betrachtet wurde. Von einer personalisierten Verhältniswahl könnten man dann nur noch eingeschränkt sprechen.

Dass es bei den von den Parteien vorgeschlagenen „Lösungen“ nicht primär um die Sache geht, dürfte nun klargeworden sein. Vielleicht muss man aber auch Verständnis dafür haben, dass sich die jeweiligen Parteien durch eine Änderung des Wahlrechts nicht ihr eigenes Grab schaufeln wollen, sondern auf diesem Weg versuchen möchten, sich bestmöglich in (Wahl-)Position zu bringen.

Zu welcher Lösung man auch immer finden wird, es gilt, die eine oder andere Kröte zu schlucken. 🐸

⁵ Christoph Schönberger/Sophie Schönberger: Die Lebenslüge des deutschen Wahlsystems, in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 09.05.2019, S. 6.



MIKROKOSMOS AMATEURFUSSBALL

Eine Veranstaltungsreihe der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit

von Johannes Uschalt



Der Fußball ist in Bezug auf die Zahl der aktiv oder passiv teilnehmenden Akteure die mit Abstand populärste Amateursportart in Deutschland. Heute sind unter dem Dach des DFB über sieben Millionen Mitglieder organisiert. Sie verteilen sich auf rund 25.000 Fußballvereine. Allein in Bayern sind über 4600 dieser Vereine registriert, sie nehmen mit rund 28.000 Mannschaften am verbandlich organisierten Spielbetrieb teil. Laut Schätzungen des Bayerischen Fußball-Verbands (BFV) sind jedes Wochenende – berücksichtigt man Spieler, Trainer, Schiedsrichter, Zuschauer, Vereinsmitarbeiter, etc. – über eine Million Menschen auf bayerischen Amateurfußballplätzen unterwegs.

Die Menschen, die sich im Amateurfußball auf Spielfeldern, in Kabinen oder Vereinsgaststätten begegnen, unterscheiden sich häufig stark hinsichtlich ihres kulturellen, sozialen oder ökonomischen Hintergrunds – keine andere Sportart versammelt eine solche Vielfalt unter ihrem Dach. Und so ist die folgende fiktive Szene im Amateurfußball etwas ganz Alltägliches: Während eines Spiels erteilt z.B. ein 20-jähriger Azubi einem deutlich älteren Akademiker auf dem Platz einen „Rüffel“ für ein schlechtes Abspiel – gemäß seinem Status als unzweifelhaft fußballerisch überlegener Spieler ist das in dieser sozialen Umgebung auch legitim. So schafft sich der Amateurfußball einen eigenen Mikrokosmos, in dem zum Teil ganz eigene Normen gelten und in dessen Rahmen zudem Vorurteile abgebaut werden können. Das macht den Amateurfußball zu einem überaus interessanten gesellschaftlichen Feld, mit dem sich das Projekt „Mikrokosmos Amateurfußball“ – unter Leitung von Tim Frohwein – befasst. Auf Veranstaltungen, in ganz Bayern und auf einer eigenen Website mit Blogbeiträgen (www.mikrokosmos-amateurfussball.de)

beleuchtet das Projekt die gesellschaftliche Bedeutung des Amateurfußballs – auch unter zeithistorischen Aspekten:

Am 07. November 2019 stand – anlässlich des 30. Jahrestages des Mauerfalls – in Hof der Amateurfußball in der Zeit der sog. „Wende“ im Zentrum der Betrachtung.

So berichteten etwa Helmut Anders (Bad Lobenstein) und Helmut Welte (Lichtenberg) vom ersten Freundschaftsspiel nach dem Fall der Mauer zwischen einer Mannschaft aus der DDR und der Bundesrepublik am 2. Dezember 1989: „Wir sind einfach aus der DDR nach Lichtenberg gefahren, haben uns auf den Marktplatz gestellt und dort gefragt: Wo können wir hier gegen Lichtenberg Fußball spielen?“, so Helmut Anders, der es als große Sehnsucht beschrieb, gegen und mit einer Westmannschaft zu kicken.

Hardy Gründe, Redakteur des Magazins „Zeitspiel“, zeigte in einem Vortrag auf, wie sich problematische Mechanismen der Wiedervereinigung auch im Amateurfußball widerspiegeln: Ganze Ost-Mannschaften wurden von westlichen Amateurklubs aufgekauft und Talente gezielt abgezogen, worunter die Amateurfußball-Kultur im Osten in der Nachwendzeit zu leiden hatte. Am Ende betonte er aber, dass inzwischen durch intensive Aufbauarbeit wieder etliche Ostvereine im Amateurbereich mit vorbildlicher Arbeit punkten können.

Jens Mitzscherling war als Teilnehmer der Veranstaltung zu Gast und bereicherte die Diskussion mit eigenen Erfahrungen und Anekdoten – so entstand auch die Idee für das Interview, das deutlich zeigt, wie fundamental der Umbruch in Folge der Wiedervereinigung auf allen gesellschaftlichen Feldern war.

In der nächsten Veranstaltung der Reihe am 23.04.2020 in der Stadtbücherei Augsburg wird sich dann alles um das Thema „Diskriminierung im Amateurfußball“ drehen. ▀

„Von Profifußball samt Spielerberater hatten wir ja überhaupt keine Ahnung.“

Ein Interview mit dem ehemaligen Fußballprofi und
DDR-Oberliga-Spieler Jens Mitzscherling



Foto: privat

Jens Mitzscherling (geboren in der DDR am 2. August 1966) spielte bereits mit 19 Jahren für die BSG Sachsenring Zwickau in der Oberliga, der höchsten Spielklasse der DDR. Im Sommer 1989 wechselte der damals 23-Jährige zum FC Karl-Marx-Stadt (ab Sommer 1990 Chemnitzer FC), wo er unter Trainer Hans Meyer unter anderem auch im UEFA-Cup spielte. Nachdem der Chemnitzer FC 1991 den Aufstieg in die Bundesliga verpasste, wechselte Jens Mitzscherling zunächst zum Halleschen FC und dann zum FC Bayern Hof, in eine Stadt, in der er noch heute lebt und arbeitet



Die Betriebsfußballmannschaft des VEB Stahl- und Walzwerks Riesa, ehemalige DDR in den 1950er Jahren
Foto: ullstein bild/United Archives/Fotograf: Siegfried Pilz

LZ: Herr Mitzscherling, auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung reden wir noch viel über Unterschiede in Ost und West; gemeinsam wollen wir heute einen Blick auf den Fußball werfen; beginnen wir chronologisch: Rückblickend betrachtet, welche „Qualitäten“ würden Sie dem Profifußball in der DDR attestieren – sowohl in positiver Hinsicht als auch in negativer Hinsicht?

Jens Mitzscherling: Das Aushängeschild für die DDR – ein wirtschaftlich ja schwaches Land – war der Sport:

Olympiamedaillen, Wettbewerbe, Länderspiele zwischen Ost und West. Da lagen die Prioritäten in der Außendarstellung. Um die Sportler auf diesen Wettkampf mit dem Westen vorzubereiten, hat man schon sehr zeitig mit der Sichtung möglicher Talente begonnen: Das ging in der 1. und 2. Klasse schon los, da wurden beispielsweise besonders große Kinder gleich mal zu den Schwimmern gesteckt. In sogenannten Trainingszentren (auf Kreisbene) hat man dann schon Kinder von hauptamtlichen

Trainern trainieren lassen, das wurde alles bezahlt, das ist heute undenkbar. 1976, mit neun Jahre, wurde ich von einem kleinen Fußballverein in Zwickau gesichtet. Ich kam dann in ein Trainingszentrum, wo ich vier- bis fünfmal die Woche trainiert habe. Dann wurde ich direkt weiterempfohlen auf Bezirksebene nach Karl-Marx-Stadt, da war ich in der Bezirksauswahl. Mit 14 Jahren, 1980, wurde ich dann „delegiert“: auf die Kinder- und Jugendsportschule nach Chemnitz. Dort war alles professionell auf den Sport ausgerichtet – im Internat hattest du eine Rundumversorgung. Samstagabend bin ich dann nach dem Fußballspiel nach Hause gefahren und Sonntagabend ging es zurück ins Internat. Als ein Jahr später mein Vater starb, bin ich aber zurück und habe aktiv in der Betriebssportgemeinschaft BSG Zwickau-Sachsenring gespielt.

LZ: Haben Sie in dieser Zeit jemals Druck verspürt von Seiten des DDR-Sportsystems, gerade als Kind oder Jugendlicher?

Jens Mitzscherling: Damals gab es für mich nur das Fußballspielen – Druck gab es wohl im Unterbewusstsein: Wenn du nicht gut warst, deine Leistung nicht gebracht hast, dann wurdest du nicht delegiert. Ein Leistungsdruck war da und dafür hast du deine Kindheit hergegeben. Aber ich persönlich habe sie für den Fußball hergegeben, nicht für die DDR. Als Junge stand das absolut im Hintergrund, für welche Gesellschaft du das machst.

LZ: Wie war den der Profifußball in der DDR organisiert? Ähnlich reich geworden wie im Westen ist man wohl nicht, oder?

Jens Mitzscherling: Mit 17 Jahren, in der Saison 1983/84, habe ich mein erstes Oberligaspiel für Zwickau gemacht. Eigentlich wollte meine Familie, dass ich studiere; aber das hat mich nicht interessiert, der Weg war vom Fußball vorgezeichnet. Auch weil du wusstest, dass der Staat sich auch „nach dem Fußball“ um dich kümmert. Der Staat hat ehemalige Sportler untergebracht, auch ohne entsprechende Ausbildung.

Beispielsweise haben alle Spieler meiner Mannschaft in der BSG Zwickau genau den gleichen Beruf erlernt: Werkzeugmacher. Es war einfach vorgegeben, das hat keiner hinterfragt – und genauso habe ich das auch gemacht.

Meine ganze Mannschaft ist geschlossen in die Berufsschule oder das Werk gegangen; wir haben von 8.00 bis 12.00 gearbeitet und dann sind wir direkt auf den Fußballplatz. Da wurdest du schon freigestellt, das war ein Privileg.

Aber als ich mich einmal – eher im Scherz – in der Berufsschule geweigert hatte, eine Nelke für die Demon-

stration zum 1. Mai für eine Ost-Mark zu kaufen, waren meine Privilegien ganz schnell weg: Da musste ich die nächsten Wochen auch bis 16.00 Uhr in der Schule bleiben – die Mai-Nelke habe ich teuer bezahlt.

Was das Finanzielle angeht: Für Ostverhältnisse hat man sehr gut verdient, beispielsweise sind schon in meiner Ausbildung Prämien bezahlt worden, da hattest du auf einmal Prämien von bis zu 1000 Ost-Mark im Monat und als Lehrling hast du nur 100 Mark verdient. Auch wenn du dir davon eigentlich nicht groß was kaufen konntest.

LZ: Ab wann und wie haben sich denn Änderungen im Zuge des Jahres 1989 bemerkbar gemacht? Im gleichen Jahr wechselten Sie ja auch zum FC Karl-Marx-Stadt.

Jens Mitzscherling: Ja, Hans Meyer war damals Trainer bei Karl-Marx-Stadt, der hat einen mit seiner Art gleich vereinnahmt, weshalb ich mich von all den Angeboten, die ich hatte, für diesen Verein entschied. Aber v.a. international Fußball spielen zu können, hat den Ausschlag dafür gegeben, dass ich nach Karl-Marx-Stadt ging. Was die politische Situation angeht: Natürlich hat man Umwälzungen mitbekommen, aber wir waren zum einen – das muss man ehrlich sagen – privilegiert und zum anderen auf den Sport fokussiert, d.h. beteiligt an Demonstrationen waren wir Fußballspieler eigentlich nicht.



WM-Qualifikationsspiel am 15. November 1989, Österreich gegen DDR
Foto: picture alliance / Pressefoto Rudei

LZ: Sie haben ja mit dem FC Karl-Marx-Stadt dann auch Auslandserfahrungen gemacht – wie war das für Sie, auf einmal im Westen zu sein?

Jens Mitzscherling: Bereits mit Zwickau war ich schon im Westen, da hatten wir ein Spiel in Saarbrücken gegen Bo-

russia Neunkirchen – das war der Geburtsort Honeckers, da bekamen wir 25 DM (West) Tagegeld, daran kann ich mich noch erinnern. Das hat Otto Normalverbraucher nie erreicht, das ging nur durch den Sport.

Was die Auslandsreisen mit Karl-Marx-Stadt angeht: Das ging schon im Sommer 1989 im Vorfeld der Saison los, da hatten wir ein Trainingslager in Finnland. Hier kann ich mich an eine Anekdote erinnern, die trotzdem gut zeigt, wie es damals zugeht.

Im Vorfeld der Reise kam es zu einer Besprechung mit der Mannschaft, da waren dann zwei Männer anwesend – aus Berlin von der Staatsicherheit. Die hielten uns einen Vortrag, wie wir uns im Ausland zu verhalten haben. Unter anderem verboten sie uns, Alkohol ins „kapitalistische Ausland“ mitzunehmen.

Es gab aber Spieler, wie Rico Steinmann, der war bereits vorher im Westen und der hat uns erzählt, dass man gerade in Finnland Alkohol teuer verkaufen kann – wir wollten ja auch unser Tagegeld aufbessern. In der DDR gab es ein sogenanntes Deputat: Für 1,50 Mark kamen wir deshalb an eine Flasche Deputat-Schnaps. Weil wir aber Angst vor der Staatsicherheit hatten, haben wir den Schnaps versteckt in den Taschen – gemeinsam hat die Mannschaft vier Flaschen ins „kapitalistische Ausland“ geschmuggelt. Als wir dann in Berlin am Flughafen standen, kamen dann die beiden Herren von der Staatssicherheit mit zwei Taschen an: Einer kleinen Tasche, da war die Zahnbürste drin, und einer großen Tasche – da waren zehn Flaschen Schnaps drin. Das war typisch DDR-Führung: Wasser predigen und Wein trinken.

Während der Saison 1989/90 haben wir natürlich, spätestens ab Sommer, viel von den Unruhen gemerkt, aber wir waren weiterhin auf den Fußball konzentriert. Aber dann kam die Grenzöffnung und das hat das Land so durchgewirbelt, dass es unglaublich war.

LZ: Welche Veränderungen haben Sie dann nach dem Fall der Mauer in der Mannschaft wahrgenommen?

Jens Mitzscherling: Zeitlich nahezu parallel zur Grenzöffnung haben wir im Europa-Pokal, in der 3. Runde, gegen Juventus Turin gespielt [Anm. der Redaktion: 22.11.89, Hinspiel in Turin] – und zum ersten Mal durften unsere Frauen uns zu einem solchen Spiel begleiten.

Zur damaligen Zeit gab es keine „Legionäre“, in deiner Mannschaft waren Spieler, die du kanntest, da war keiner dabei, der weiter als 30 bis 40 km vom Stadion entfernt wohnte. Karl-Marx-Stadt war in der Vorsaison Vizemeister, eine unglaublich erfolgreiche Saison. Und nun kamen auf einmal die ersten Legionäre, zum Beispiel ein afrikani-

scher/nigerianischer Spieler, Ojokojo Torunarigha (dessen Sohn spielt heute bei Hertha BSC). Harald Krämer kam zu uns, ein Bundesligaprofi von Eintracht Frankfurt.

Hinzu kam die Umstellung zum Vertragsspieler: Diese Vertragsverhandlungen damals haben keine fünf Minuten gedauert. Vor mir war ein anderer Spieler drin, der kam heraus und sagte: „Jens, du musst rein zu den Vertragsverhandlungen, zur Unterschrift“. Da lag der Vertrag, auf dem stand 3500 DM plus Prämien, du kamst auf einmal ungefähr auf 6000 DM monatlich, da dachtest du: „Das ist ja Wahnsinn“. Dann saß dort Hans Meyer, der hat gesagt: „Unterschreib hier schnell, der nächste wartet schon.“ Und das hat man dann gemacht.

Vor allen Dingen war man froh, weil man wieder eine Sicherheit hatte. Von Profifußball samt Spielerberater usw. hatten wir ja überhaupt keine Ahnung. Irgendwann kam Günther Netzer nach Chemnitz und hat – da kann ich mich noch erinnern – einen Vortrag gehalten über Fußballvermarktung. Der kam 1989/90 mit dem Ferrari und stand bei uns vor der Kabine – das war für uns, als würde heute der Papst mit dem Hubschrauber draußen in deinem Garten landen. Das waren alles Dinge, da standst du mit offenem Mund da und dachtest: Was passiert jetzt hier eigentlich mit dir.

LZ: Und wie würden Sie die Zeit nach der Wiedervereinigung beschreiben, sowohl für den Sport als auch für Sie persönlich – eine Zeit des Umbruchs?

Jens Mitzscherling: Die große Frage in der „ungewissen Zeit“ war – wie geht es mit der DDR-Oberliga weiter? Kommt hier auch eine Zusammenführung – das war die Ungewissheit im Fußball. In der letzten Saison DDR-Oberliga, 1990/91, wurde festgelegt, dass die ersten beiden Mannschaften in die 1. Bundesliga aufsteigen, Platz drei bis sechs steigen auf in die 2. Bundesliga.

Aber dann gab es in der letzten Saison bereits einen großen Wandel innerhalb der Oberliga, beispielsweise ging Rico Steinmann, einer der besten Spieler der Mannschaft, zum 1. FC Köln, so wurden wir nur Fünfter und stiegen in die 2. Bundesliga auf.

Ich selbst kam nach einer Verletzung 1989 bei Chemnitz nicht mehr so zum Zug und bin zunächst 1992 zum Halleschen FC gewechselt. Nach dem Abstieg mit Halle habe ich noch ein Jahr in der Regionalliga gespielt, 1993 aber habe ich ein Angebot aus Hof bekommen. Und ich hatte schon länger überlegt: Was machst du jetzt? Ich hatte ja nur Werkzeugmacher gelernt, weil ich mich auf das Sportsystem in der DDR verlassen hatte, besaß ich keinen wirklichen Schulabschluss.

In Chemnitz hatte ich zu studieren begonnen, an einer Außenstelle der Deutschen Hochschule für Körperkultur und Sport. Diese Hochschule war in Leipzig, nach der Grenzöffnung wurde aber die Außenstelle aufgelöst. Da wollte ich eigentlich meinen Diplomsportlehrer machen, das wurde aber alles mit der Wendezeit über den Haufen geworfen.

LZ: Es gibt ja etliche ehemalige DDR-Bürger, für die im Rückblick die „Wende“ als große Enttäuschung erscheint, andere wiederum sehen diese Zeit als eine „Befreiung“ an – wie würden Sie das für sich wahrnehmen?

Jens Mitzscherling: Für mich waren das Tatsachen, die du nicht ändern konntest; mir ist bewusst, dass du als Sportler in der DDR nichts auszusetzen hattest. Du wusstest, du treibst deinen Sport und dein Leben ist bis zur Rente vorgezeichnet – du bist abgesichert, du fällst in einen warmen Schoß. Das Thema war dann aber durch und ich habe erkannt, dass ich beruflich etwas machen muss, dass ich die Umstellung schaffen muss. So kam der Kontakt zu Bayern und Hof zustande: Hier wurde mir ein schlüssiges Angebot macht, inklusive einer Umschulung zum Bürokaufmann. Heute arbeite ich in einem Autohaus und bin im Rückblick heilfroh, dass das alles so gekommen ist, wie es gekommen ist.

Der Otto-Normalverbraucher hingegen hatte ja in der DDR in Betrieben gearbeitet, die nach der Wende größtenteils abgewickelt wurden, d.h. die hatten ganz andere Probleme als ich, schlagartig. Nach der Währungsumstellung ist das Land für viele (gefühl) zusammengebrochen. Die hatten wirklich Probleme.

Das hast du auch im Stadion gemerkt: Da ist teilweise die Stimmung gekippt, wir sind als privilegierte Sportler teilweise angefeindet worden.



Jens Mitzscherling, 2020
Foto: privat

LZ: Erzählt der Fußball die gleiche „deutsche Geschichte“ wie die Politik oder die Wirtschaft?

Jens Mitzscherling: Nein, das kann man nicht miteinander vergleichen. Der Sport hatte in der DDR eine absolute Sonderstellung; so haben wir Sportler beispielsweise einfach gesagt, wir brauchen ein Auto und hatten ein halbes Jahr später ein Auto vor der Tür; ein normaler Bürger hat darauf teilweise 15 Jahre gewartet.

Aber um die DDR beurteilen zu können oder zu verstehen, muss man aus meiner Sicht darin groß geworden sein und dann hast du das System ja auch nur aus deiner Perspektive erlebt. Natürlich hat man damals vieles vermutet, geahnt und teilweise auch gewusst, aber du bist natürlich bis ins Kleinste kontrolliert worden, auch als Profisportler. In meine Stasi-Akte habe ich aber nie geguckt. 🍷

Interview: Johannes Uschalt

Wer war es?

Ein historisch-biographisches Rätsel

von Rainer F. Schmidt



Er sah aus wie ein „Mustergermane“: hochgewachsen, gertenschlank und athletisch (nach eigenem Bekunden war er vor dem Ersten Weltkrieg sogar Mitglied der kanadischen Eishockey-Nationalmannschaft gewesen); ein ebenmäßiges, markantes und klassisch geformtes Profil, das sich irgendwo zwischen Cary Grant und George Clooney einreihen lässt; blitzende, strahlend blaue Augen, die je nach Gegenüber verführerisch funkeln oder einen eiskaltstechenden Ausdruck annehmen konnten; und ein weltmännisches, selbstgefällig-arrogantes Auftreten, das durch die akzentfreie Einflechtung englischer wie französischer Phrasen sein degradierendes Gepräge bekam.

Diese Attribute wussten vor allem die Frauen zu schätzen, die ihn umschwärmten. Es kam daher nicht von ungefähr, wenn eine von ihnen zum Motor seines steilen Aufstiegs und zum Treibsatz seines menschenverachtenden, verzehrenden Ehrgeizes wurde.

Bevor er sie kennenlernte, hatte sich der am 30. April 1893 im rheinländischen Wesel als Sohn eines Premierleutnants Geborene schlecht und recht durchs Leben geschlagen. Seine Jugend hatte er in Wilhelmshöhe bei Kassel, in Metz, Grenoble und Arosa zugebracht und war dann, da er weder einen Schulabschluss noch ein Studium aufweisen konnte, als Glücksritter in die neue Welt aufgebrochen. Dort hatte er, bis ihn der Weltkrieg zurückholte, in Ottawa und New York vier Jahre lang kümmerlich sein Dasein gefristet: zuerst als Bankangestellter, dann als Eisenbahnarbeiter, als Kaufmannsgehilfe und kleiner Tagesreporter und schließlich als Vertreter für den Import deutscher Spirituosen.

Anna Elisabeth, genannt Annelies, eine reiche Konzernbin, die er im Sommer 1920 schnell erobert und noch schneller zum Traualtar geführt hatte, war sein Glückstreff. Sie verschaffte ihm Reichtum, eine prunkvolle Villa mit Park in Berlin-Dahlem und beste Verbindungen in die High Society. Vor allem aber wies sie ihm den Weg



Abbildung: picture alliance/imageBROKER/Fotograf: Manfred Bail

zu Hitler, dessen Partei er als Monarchist und Mitglied der Deutschen Volkspartei verachtet hatte. Es sollte ein mephistophelischer Pakt werden, der ihn 16 Jahre später den Kopf kostete.

Dabei begann alles so trivial, ja lächerlich. Annelies spürte, dass die Entwicklung in Deutschland seit der Wirtschaftskrise auf Hitler zulief. Und ihr Gatte sollte im Windschatten der NSDAP auf Karrierekurs segeln. Dafür hatte sie sich im Herbst 1930 einen Plan zurechtgelegt, wie man sich Hitler noch rasch andienen konnte. Abend für Abend schickte sie ihren Gatten ins Berliner Hotel Kaiserhof, wo Hitler logierte. Dort musste er, in bester britischer Garderobe, die London Times unter den Arm geklemmt und geschäftig die Kellner herumkommandierend, Position am Ausgang des Fahrstuhls in der Hotelhalle beziehen. Eine ganze Woche lang führte er dieses Stückchen auf, bevor sich Hitler endlich nach diesem augenscheinlich wichtigen und weltmännischen Zeitgenossen erkundigte und ihn sich vorstellen ließ.

Diese Aktion stempelte ihn zum „Septemberling“, wie Goebbels jene neuen Parteigenossen taufte, die noch schnell auf den fahrenden Zug in die Reichskanzlei auf-

sprangen. Ihm fehlte der Stallgeruch des alten Kämpfers. Zeitlebens blieb er der eitle Parvenü und hohle Machtprotz, der bedenkenloser und brutaler, gewissenloser und gemeiner als alle anderen funktionierte. Gleichwohl war der Aufsteiger einer der Türöffner zur Macht. Er war der Gegentypus zum kleinbürgerlich-sozialistisch angehauchten Habitus der meisten NS-Führer. Er trat als Großbürger in Szene und schlug die Brücke zur konservativen Führungsschicht. Als Mitglied des einflussreichen Berliner Herrenklubs fungierte er als Verbindungsmann zu Franz von Papen und arrangierte in seiner Villa die entscheidende Unterredung, die zur Geburtsstunde des „Dritten Reiches“ wurde und ihn bald in den Rang eines „Führerbevollmächtigten“ katapultierte.

Seitdem kletterte er auf der Karriereleiter stetig weiter nach oben, obschon ihm alle Qualitäten und Qualifikationen für seine Ämter fehlten. Sowohl die Zeitgenossen als auch die Historiker haben über ihn ein vernichtendes Urteil gefällt. Das mag der Grund sein, weshalb sich bislang kein Schauspieler fand, der ihn darstellen mochte.

„Jeder der führenden Männer des Nationalsozialismus hat wenigstens eine lobenswerte Seite, nur er nicht“, so merkte Goebbels bissig an. „Seinen Namen hat er gekauft, sein Geld hat er geheiratet, und sein Amt hat er sich erschwindelt.“ Ähnlich negative Stimmen finden sich

zuhauf: leeres Renommiergehabe, gespreizter Wichtigtuert, würdeloser Schatten des „Führers“, emotionsloser Charakter mit der Mentalität eines subalternen Buchhalters.

1945, als dann alles vorbei war, fiel dieser auf sich selbst reduzierte Hochstapler buchstäblich in sich zusammen. Ohne die Aura von Amt und Macht, stürzte die Fassade, die er stets prahlerisch vor sich hergetragen hatte, wie ein Kartenhaus ein. Was blieb, war eine jämmerliche Figur, die keine Verteidigungslinie fand, um ihr Tun zu rechtfertigen und ihre Untaten zu bemänteln. Während sich seine Spießgesellen auf den Zwang von Befehl und Gehorsam beriefen, trutzige Unbelehrbarkeit zur Schau trugen, sich auf Nichtwissen oder fehlendes Erinnerungsvermögen herausredeten, hatte er nichts, auf das er sich zurückziehen konnte. Er blieb die Kreatur, die Vertreterexistenz, die er zeitlebens war: jetzt ohne seine Lady Macbeth, die ihn angestiftet hatte, und ohne seinen „Führer“, dessen williges Werkzeug er gewesen war.

„Wissen Sie“, so beschied er den Gefängnispsychologen nach der Vorführung erschütternder Bilder aus den Vernichtungslagern, „wenn Hitler jetzt zu mir in diese Zelle käme und sagen würde: ‚Tu dies!‘ Ich würde es sogar nach allem, was ich jetzt weiß, machen.“

Wer war es? ●



Schicken Sie uns Ihre Lösung per Email an landeszentrale@blz.bayern.de. Einsendeschluss ist der 15. Mai 2020. Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir ein Exemplar unserer Publikation von Ari Folman und David Polonsky: Das Tagebuch der Anne Frank. Graphic Diary, München 2020.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Der Gewinner/die Gewinnerin wird in der nächsten Ausgabe von „Einsichten&Perspektiven“ bekannt gegeben.

Die Auflösung sowie die literarischen Hinweise zu diesem Rätsel finden Sie ebenfalls in der nächsten Ausgabe.

Viel Erfolg und Freude bei der historischen Spurensuche.



Die richtige Lösung des Rätsels aus Heft 4/2019 lautete:

Georges Clemenceau.

Wir danken allen Teilnehmenden für die Einsendung ihrer Lösung und gratulieren dem Gewinner,

Herrn Dr. Otto Helwig aus Amerang.

Literarische Quellen und Hinweise zu Georges Clemenceau:

Quellen:

Franz Hessel (Hg.): Clemenceau spricht. Unterhaltungen mit seinem Sekretär Jean Martet, Berlin 1930.

Bernhard Schwertfeger (Hg.): Der „Tiger“. Die Kriegssreden Georges Clémenceaus, Berlin 1921.

Literatur:

Gregor Dallas: At the Heart of a Tiger. Clemenceau and His World 1841-1929, Basingstoke 1992.

Léon Daudet: Clemenceau. Ein kämpferisches Leben, Berlin 1939.

Elizabeth Greenhalgh: Marshal Ferdinand Foch versus Georges Clemenceau in 1919, in: War in History, Bd. 24/4 (2017), S. 458-497.

Edgar Holt: The Tiger. The Life of Georges Clemenceau 1841–1929, London 1976.

Henry Mayers Hyndman: Clemenceau. The Man and his Time, New York 1919 (Digitalisat in: Internet Archive).

David S Newhall: Clemenceau: A Life at War, Lewiston 1991.

David Robin Watson: Georges Clemenceau. A political biography, London 1974.

Frischer Lesestoff – ausgewählte Bücher zur politischen Bildung

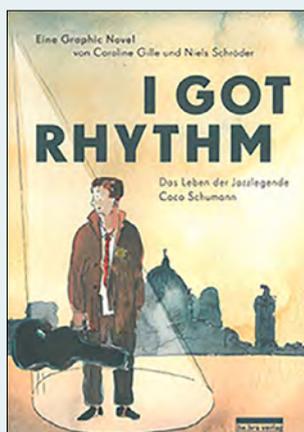
Hier finden Sie eine Auswahl aus unseren Reihen Graphic Novels, Vermittlung, Landeskunde und Themenhefte. Die Reihen Geschichte/Zeitgeschichte sowie Politik und Gesellschaft stellen wir Ihnen im nächsten Heft vor.

Alle Publikationen finden Sie unter:
www.blz.bayern.de/publikationen.

Diese und viele weitere interessante Veröffentlichungen können in unserem Bestellportal erworben werden:
www.bestellen.bayern.de.

Bei Fragen oder Anregungen zu unseren Publikationen wenden Sie sich gerne an uns:
landeszentrale@blz.bayern.de

GRAPHIC NOVELS



Caroline Gille/Niels Schröder:

I GOT RHYTHM. Das Leben der Jazz- legende Coco Schumann

Erscheinungsjahr: 2014
Bestellnummer: 05811024
160 Seiten. 4 €

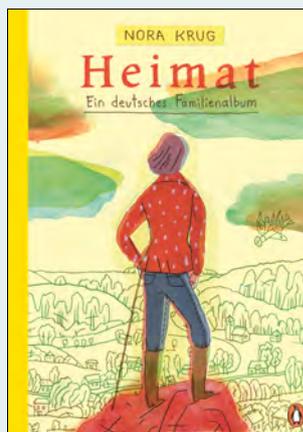
„Ich bin Musiker. Ein Musiker, der im KZ gesessen hat, und kein KZler, der Musik macht.“ Coco Schumann, Jahrgang 1924, zählt zu den wichtigsten deutschen Jazz- und Swinggitarristen. Diese Graphic Novel erzählt ein bewegtes Künstlerleben und zugleich die Geschichte eines jüdischen Berliners, der Theresienstadt und Auschwitz überlebt hat – nicht zuletzt dank der Musik.



Nicolas Dehais:
Memoria 1914-1918

Erscheinungsjahr: 2017
Bestellnummer: 05811018
40 S. 2 €

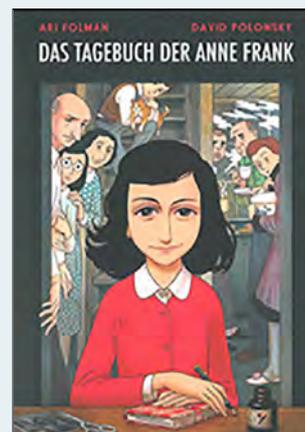
Memoria 1914-18 ist ein Comic bzw. eine graphic novel über den Ersten Weltkrieg. Der junge Autor Nicolas Dehais, der aus einer deutsch-französischen Familie stammt, verarbeitet in Memoria 1914-18 die aus heutiger Sicht bizarr erscheinende Situation, dass sich seine beiden Urgroßväter als Feinde in den Schützengräben direkt gegenüber gelegen haben könnten.



Nora Krug:
**Heimat - ein deutsches
Familienalbum**

Erscheinungsjahr: 2018
Bestellnummer: 05811053
288 Seiten. 4 €

In einem Tagebuch in Graphic-Novel-Form erzählt Nora Krug, Autorin und Illustratorin (Jahrgang 1977), von ihrer Suche nach der Geschichte ihrer Familie im Zweiten Weltkrieg. Als eine in den USA lebende Deutsche ist sie von der Frage des Heimatgefühls, aber auch der Schuld infolge der NS-Vergangenheit Deutschlands geprägt - und untersucht durch die Aufarbeitung ihrer eigenen Familiengeschichte das Verbundenheitsgefühl zu ihrer deutschen Herkunft.



Ari Folman/David Polonsky (Illustrationen und Bearbeitung):

Das Tagebuch der Anne Frank. Graphic Diary

Erscheinungsjahr: 2020
Bestellnummer: 05811076
160 Seiten. 4 €

Das weltweit bekannte und gelesene Tagebuch der Anne Frank liegt jetzt in einer völlig neuen Fassung als Graphic Novel vor: eine einzigartige Kombination aus dem Originaltext und lebendigen, fiktiven Dialogen, eindrucklich und einfühlsam illustriert von Ari Folman und David Polonsky. Anne Frank starb vor 75 Jahren im Konzentrationslager Bergen-Belsen.



Diversität/ Geschlechteridentität

Bestellnummer: 05811059
Schuber. 6 €

Igbtiq.elementar beinhaltet zwölf methodische Zugänge, die Vorschläge für einen offenen Umgang mit Diversität bzgl. sexueller Orientierung und Geschlechteridentität in der Schule anbieten. Dabei werden persönliche Fragestellungen über den Umgang mit LGBTIQ und Vielfalt in der Schule, am Arbeitsplatz und im Freundeskreis genauso angesprochen wie die gesellschaftspolitischen Dimensionen rund um LGBTIQ (z. B. Menschenrechte, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit etc.).



Internet/Medien/ Hatespeech

Bestellnummer: 05811052
Schuber. 6 €

Der Materialschuber debatteimnetz.elementar beinhaltet zwölf methodische Vorschläge für eine demokratische Informations- und Diskussionskultur im Internet. Dabei wird nicht nur gezeigt, wie man Fake-News erkennen oder seiner eigenen Filterblase entkommen kann.

Reihe	Autor/Titel	Erscheinungsjahr	Bestellnummer
Reihe .elementar (Materialschuber)			
	europa.elementar	2015	05810980
	welterbe.elementar	2017	05811016
	fußball.elementar	2018	05811032
	theater-politik.elementar	2018	05811049
	debatteimnetz.elementar	2018	05811052
	lgbtiq.elementar	2019	05811059
Europa			
	„Wir sind Europa!“ . Ein Wissens- und Wertespiel	2019	05811060
	Einfach verstehen! Die Europa-Wahlen	2019	05811064
Didaktik			
	Ulrich Baumgärtner: Wegweiser Geschichtsdidaktik. Historisches Lernen in der Schule	2015	05810991
	Elke Gryglewski/Verena Haug/Gottfried Kößler/ Thomas Lutz/Christa Schikorra: Gedenkstättenpädagogik. Kontext, Theorie und Praxis der Bildungsarbeit zu NS-Verbrechen	2017	05810992

Reihe	Autor/Titel	Erscheinungsjahr	Bestellnummer
	Migration/Integration		
	Hanna Schott/Volker Konrad: Angekommen. Vier Kinder erzählen von ihrem ersten Jahr in Deutschland.	2016	05810998
	Ordner „Mein Leben in Bayern“ (2. Auflage)	2017	05810996
	Plakatsatz „Migration in Bayern nach 1945“	2018	05811036
	Arbeitsbuch „Mein Leben in Bayern“	2018	03100081
	Handreichungen		
	Handreichung zur Publikation „Für Tommy zum dritten Geburtstag in Theresienstadt“ (für den Einsatz in der Schule)	2018	05811039
	Handreichung zur Publikation „Für Tommy zum dritten Geburtstag in Theresienstadt“ (Erwachsenenbildung)	2018	05811047
	Handreichung „Klassen-Kämpfe-Schülerproteste 1968-1972“ (Materialien einer Ausstellung)	2018	05811048
	Verschiedenes		
	Klassensprecherwahl-Set	2018	05811046
	Die Kommunalwahlen in Bayern am 15. März 2020	2020	05811071
	Einfach verstehen! Die Kommunalwahlen in Bayern am 15.03.2020 - einfache Sprache	2020	05811072

VERMITTLUNG

Reihe	Autor/Titel	Erscheinungsjahr	Bestellnummer
	Bayern		
	Alfons Wenzel: Bayerische Verfassungsurkunden	2000	05300432
	Karl-Ulrich Gelberg: Die Protokolle des Vorbereitenden Verfassungsausschusses in Bayern 1946	2004	05300530
	Michael Brenner/Renate Höpflinger (Hg.): Die Juden in der Oberpfalz	2008	05300567

Reihe	Autor/Titel	Erscheinungsjahr	Bestellnummer
Landeskunde	Bayern		
	Michael Brenner/Daniela F. Eisenstein (Hg.): Die Juden in Franken	2012	05810935
	Michael Brenner/Sabine Ullmann (Hg.): Die Juden in Schwaben	2013	05810948
	Harald Bergbauer (Koord.): Parteien und Landtagswahlen in Bayern	2018	05811041
	Bayern-Deutschlandkarte politisch	2020	05811012

THEMENHEFTE EINSICHTEN&PERSPEKTIVEN

Reihe	Autor/Titel	Erscheinungsjahr	Bestellnummer
Themenhefte Einsichten&Perspektiven	Reichsgründung	2005	05810501
	Bayern und die Pfalz	2006	05810602
	Große Koalition	2007	05810701
	Bayern und China	2007	05810702
	Holocaust Education	2008	05810801
	Die sicherheitspolitischen Beziehungen zwischen Asien und Europa	2008	05810802
	Zeitzeugen	2010	05810902
	50 Jahre Berliner Mauer und die Teilung Deutschlands	2011	05810921
	Die Weiße Rose	2013	05810947
	Bürgerbeteiligung	2013	05810957
	Japan und Bayern	2014	05810965
	Leben in der Utopie oder: Als Deutschland noch geteilt war	2014	05810972
	„Mein Kampf“ in der historisch-politischen Bildung	2016	05811008
Bayerns Weg zur Demokratie: Streiflichter zu 200 Jahren Geschichte	2018	online	

Fortsetzung
folgt im
nächsten
Heft.

„Zeit für Politik“ mit neuen Themen

Bereits in der letzten Ausgabe haben wir Ihnen „Zeit für Politik“ vorgestellt – ein neues Format zu aktuellen politischen Themen, die für junge Menschen relevant sind. Impulse, Informationen und unterrichtsgerechte Materialien unterstützen die Lehrkräfte dabei, diese Themen mit ihren Schülern und Schülerinnen zu diskutieren. So erschienen beispielsweise zu Beginn des Jahres Einheiten zur Organspende und zum Thema Werbung und Wahlen im Netz.

Die Videoreihe „ganz konkret“ ergänzt das neue Format, in der Moderatorinnen bzw. Moderatoren einmal im Monat durch verschiedene Themen führen. So befasst sich zum Beispiel die Folge „Leben in Filterblasen“ mit folgenden Kernfragen: Was sind Filterblasen? Welchen Einfluss haben Algorithmen auf unser Leben? Wie können wir es verhindern, in Filterblasen zu geraten?

In der Folge „Politik vor Ort“ geht es anlässlich der bayernweit am 15.3. stattfindenden Kommunalwahl darum, welche Aufgaben und Organe eine Gemeinde hat, wofür Gemeinderat, Bürgermeister und Verwaltung zuständig sind, wie politische Entscheidungsprozesse in der Kommune ablaufen und welche Möglichkeiten Jugendliche haben, ihre Anliegen einbringen zu können.

Neben digitalen und politischen Themen befasst sich die Reihe auch mit gesellschaftlichen Frage. So zum Beispiel die Folge zum Thema E-Sport. Die bundesdeutschen Regierungsparteien haben im Koalitionsvertrag von 2018 das Vorhaben verankert, Gaming als Sport anzuerkennen. Dagegen wehren sich einige Sportverbände, beispielsweise der Deutsche Olympische Sportbund. Da der Begriff Sport sich historisch gewandelt hat und v.a. umgangssprachlich genutzt wird, gibt es keine präzise, eindeutige und rechtlich bindende Definition. Die Unterrichtseinheit richtet den Blick auf folgende Fragestellungen: Was macht Sport aus? Muss Sport zwingend körperlich anstrengend sein? Wie steht es um das Thema Gewalt im Sport/im Gaming? Kann Gaming als gemeinnützig gelten? Wenn ja, was wären die Folgen?

**Das Format „Zeit für Politik“ finden Sie hier:
<https://www.blz.bayern.de/zeit-fuer-politik.html>**



Moderatorin Joanna und die ganz-konkret-Folge „Leben in Filterblasen“
Alle Abbildungen: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit



Moderator Maxi und die ganz-konkret-Folge „Politik vor Ort“



Moderatorin Joanna und die ganz-konkret-Folge „E-Sports – Ist Gaming Sport?“

Bolivien – Land im Umbruch

von Max Steiner und Johannes Weyrich



Bolivianer und Bolivianerinnen stehen während einer Demonstration im November 2019 vor einer Wand mit der Aufschrift „Nein zur Diktatur“ („*Dictadura no*“).
Foto: picture alliance/REUTERS/FotografIn: Luisa Gonzalez

Das Augenmerk internationaler Berichterstattung richtet sich in letzter Zeit verstärkt auch auf die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen südamerikanischer Länder wie Chile, Venezuela und Kolumbien. Zu diesen zählt auch Bolivien, wo am 20. Oktober 2019 Präsidentschaftswahlen abgehalten wurden. Der Wahlsieg des langjährigen Präsidenten Evo Morales durch einen inzwischen bewiesenen Wahlbetrug bewegte große Teile der Bevölkerung zu landesweiten Protesten. Vor seiner Absetzung und der Bestätigung der Übergangspräsidentin Jeanine Áñez im November 2019, die das Amt für die Organisation der Neuwahlen im Mai 2020 übernommen hat, wurde der Protest zu großen Teilen auch von politisierten und sich von Morales und seiner Partei nach offensichtlicher Wahlfälschung hintergangen fühlenden jungen Bolivianern getragen. Gewalt überschattete die Proteste, welche die tief verwurzelten Konflikte in der bolivianischen Gesellschaft – Konflikte, die vor allem in der Geschichte sowie in der Spaltung der diversen Bevölkerungsgruppen ihren Ursprung haben – deutlich machten. Im Folgenden finden sich ein Porträt über Bolivien und seine Menschen sowie eine Analyse der Geschehnisse nach der Wahl im Herbst 2019 und die daraus resultierenden politischen und gesellschaftlichen Veränderungen.



La Paz, Regierungssitz Boliviens, im Herbst 2019
Foto: Zora Recktenwald

Karte: Peter Palm, Berlin



Bolivianerinnen am Titicaca-See
Foto: Zora Recktenwald

Geographisches

Der „Plurinationaler Staat Bolivien“ (*Estado Plurinacional de Bolivia*) ist beinahe dreimal so groß wie die Bundesrepublik Deutschland und liegt in der Mitte Südamerikas. Mit einer Fläche von über 10.000 km² breitet sich der weltweit größte Salzsee, der *Salar de Uyuni*, im Süden Boliviens aus, östlich durchläuft der höchstgelegene schiffbare See, der Titicaca-See, die peruanisch-bolivianische Grenze. Drei Geozonen dominieren das Land: *La región andina* (Region Andina), *los valles sub-andinos* (Subandina-Tal) sowie *los llanos orientales o Amazonía* (bolivianisches Tiefland mit der Chaco-Region). Erstere nimmt den westlichen Teil Boliviens ein und bildet zwischen den beiden Andenketten West und Ost die Altiplano-Hochebene, zweite besteht größtenteils aus Trockentälern und den *los yungas* (Übergangstäler zwischen Hoch- und Tiefebene) und letztere ist mit einem Zweidrittelanteil der Landesfläche die größte Zone. Die humide und heiße Subandina ist eine wichtige Region für den landwirtschaftlichen Anbau der Kokapflanze, das Tiefland birgt hingegen die größten Erdöl- und Erdgasvorkommen Boliviens und diente in den 1960er Jahren u.a. als Rückzugsort für die von Ernesto Che Guevara, dem Idol vieler Studentenproteste in den 1960er Jahren, geführten Guerillatruppen,¹ welche sich zum Ziel gesetzt hatte, den Sozialismus auch mit Gewalt vom geographisch günstig gelegenen Bolivien aus zuerst im gesamten südamerikanischen Kontinent und anschließend im Rest der Welt zu verbreiten. Bis heute ist für viele Historiker nicht verständlich, weshalb Gue-

1 Vgl. <http://www.bolivia-turismo.com/geografia-bolivia.htm> [Stand: 22.11.2019].



Sajama, der höchste Berg Boliviens und mit 6542 Meter einer der höchsten Vulkane der Welt. Er liegt an der Grenze zu Chile.
Foto: Meret Jöhnk

vara neben der guten Lage Boliviens das Land für einen neuen Umsturzversuch auserkoren hatte, da Bolivien die Leibeigenschaft bereits abgelegt hatte und vor der Mission Guevaras feststand, dass sich die Kommunikation mit den autochthonen Bauern – auf deren Unterstützung Che Guevara hoffte – durch Sprachbarrieren schwierig gestalten würde.² Daher wird unter Historikern spekuliert, dass Fidel Castro seinen engen Verbündeten Guevara mit dem Einsatz in Bolivien loswerden wollte, um seine eigene Macht zu verstärken.³

Politisches System und internationale Beziehungen

Neun *Departamentos* (Bundesländer) und über 330 *Municipios* (Gemeinden) verwalten Bolivien. In der auf der Altiplano-Hochebene gelegenen Stadt La Paz hat das durch ein Präsidialsystem regierte Land seinen Regierungssitz mit der „Plurinationalen Legislativen Versammlung“,

2 Vgl. <https://www.sueddeutsche.de/reise/bolivien-auf-den-spuren-des-ewigen-guerilleros> [Stand: 27.12.2019].
3 Ebd.



Salar de Uyuni, der größte Salzsee der Welt
Foto: picture alliance/Westend61/Fotograf: Stefan Schütz

einem Zweikammerparlament, bestehend aus dem *Senado Nacional* (Senat) mit 36 Mitgliedern und der *Cámara de Diputados* (Abgeordnetenhaus) mit 130 Mitgliedern, in welcher dauerhaft sieben Plätze für Vertreter indigener Völker reserviert sind. Die sieben Plätze entsprechen fünf Prozent der Sitze im Abgeordnetenhaus und sollen die indigene Minderheit in sieben *Departamentos* ausgleichen. Für die Departamentos Potosí und Chuquisaca ist der Ausgleich nicht nötig, denn in diesen stellen die Indigenen die Mehrheit. Nicht nur auf Bundesebene, sondern auch auf Landes- und Gemeindeebene gilt dieses Verteilungsprinzip.

Das Parlament erhielt seinen Namen durch die unter Evo Morales' Regierung verabschiedete neue Verfassung von 2009. Die linksgerichtete MAS (*Movimiento al Socialismo*) von Morales, die *Comunidad Ciudadana* von Carlos Mesa und die konservative PDC (*Partido Demócrata Cristiano*)⁴ beherrschten im Wahlkampf 2019 das Parteienspektrum.



Der langjährige bolivianische Präsident Juan Evo Morales Ayma bei einem Staatsbesuch in Berlin, 2015

Morales (*1959) wuchs in armen Verhältnissen in einer Aymara-Gemeinschaft im *Departamento Oruro* auf. Nach Beendigung seiner Schulausbildung und des Militärdienstes engagierte er sich in der Union der Koka-Bauern, zu deren Sprecher er in den 1980er Jahren wurde. 1997 zog er das erste Mal als Abgeordneter ins Parlament. 2006 wurde er dann zum ersten indigenen Präsidenten Boliviens, wiedergewählt wurde er 2009 und 2014.
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Fotograf: José Giribas

.....
4 Vgl. <https://www.rosalux.de/publikation/id/41161/bolivien-nach-den-wahlen-ein-gespaltenes-land/> [Stand: 03.12.2019].



Die Präsidenten Sixto Duran (Ecuador), Ernesto Samper (Kolumbien), Alberto Fujimori (Peru) und Gonzalo Sanchez (Bolivien) posieren am 9. März 1996 in den Fenstern einer alten Zitadelle aus der Zeit vor den Inkas in Chan Chan in Peru, wo sie sich mit Vertretern der Mochica-Kultur trafen. Die Präsidenten nahmen am Gipfeltreffen der fünf Mitgliedsländer der Andengruppe teil. Dort haben sie eine „Andengemeinschaft“ CAN nach dem Vorbild der Europäischen Union ins Leben gerufen.

Foto: picture alliance/dpa - Fotoreport/Fotograf: epa AFP

Evo Morales war seit dem 22. Januar 2006 bis zu seinem Rücktritt im November 2019 Präsident Boliviens – das erste Staatsoberhaupt Boliviens indigener Herkunft aus der Volksgruppe der Aymara. Zu Beginn seiner Präsidentschaft beeindruckte Morales mit den ambitionierten Plänen, einen plurinationalen Staat zu schaffen, welcher v.a. Indigene in ihren Rechten, die ländlichen Regionen und die staatliche Führungsrolle in wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung stärken sollte.⁵

Unter seiner Führung pflegte Bolivien ein enges Verhältnis zu Venezuela, Kuba und Ecuador. Die vier Länder verbindet ein gemeinsamer Antiamerikanismus, der historisch aus der US-amerikanischen Politik gegen Kommunismus und der damit begründeten Interventionen in die Politik der südamerikanischen Länder sowie aus der Unterstützung der USA für rechte Militärdiktaturen in der Region resultiert. Antikapitalistische Paradigmata haben das Bündnis zwischen v.a. Bolivien, Venezuela und Kuba ebenfalls gestärkt. In der Vergangenheit haben sich die Staatsschefs dieser Länder immer wieder öffentlich vom Kapitalismus distanziert. Evo Morales sagte z.B. während

des alternativen Klimagipfels 2010 in Bolivien in einer Rede: „Entweder stirbt der Kapitalismus oder es stirbt die Mutter Erde“.⁶

Vor diesem Hintergrund hielt das Bündnis zu Venezuela – trotz der dort immer wieder aufblühenden Aufstände⁷ der unter Armut leidenden Bevölkerung, welche sich gegen den vom Militär gestützten und an der Macht festhaltenden Präsidenten Nicolás Maduro bis heute auflehnt. Alle drei Staaten waren bis Herbst 2019 in der sozialistisch-marxistischen *Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América* (ALBA-Bund), deren Zweck in der Förderung der ländlichen Bildung und der länderübergreifenden medizinischen Infrastruktur liegt, mit Ecuador sowie Nicaragua vereint – im November 2019 beendete Boliviens Interimsregierung unter Übergangspräsidentin Jeanine Áñez allerdings die Mitgliedschaft Boliviens in dieser Vereinigung.⁸

5 Vgl. <https://www.liportal.de/bolivien/geschichte-staat/> [Stand: 22.11.2019].

6 Vgl. <https://nuso.org/articulo/was-steckt-hinter-den-modellen-von-venezuela-bolivien-und-ecuador/> [Stand: 27.12.2019].

7 Vgl. <https://www.liportal.de/bolivien/geschichte-staat/> [Stand: 08.12.2019].

8 Vgl. <https://www.dw.com/es/bolivia-rompe-relaciones-con-venezuela-y-se-retira-de-la-alianza-bolivariana-alba/a-51271927> [Stand: 22.11.2019].

Außerdem ist Bolivien Teil der *Comunidad Andina de Naciones* (Andengemeinschaft), einem Zusammenschluss der Länder Ecuador, Kolumbien und Peru mit dem Ziel eines starken gemeinsamen Marktes.

Die Beziehung zwischen den USA und Bolivien ist u.a. wegen der Ausweisung des US-Botschafters aus Bolivien im Jahr 2008 mit der Begründung, dieser habe politisch das sich gegen die Verfassungspläne Evo Morales' aufbäumende, oppositionelle *Departamento Santa Cruz* bei Protesten und Besetzungen von Regierungsgebäuden unterstützt, bis heute angespannt.⁹ Brasilien ist als größter Abnehmer bolivianischer Erdgasexporte und als Partner in der gemeinsamen Bekämpfung der Drogenkriminalität ein wichtiger Verbündeter, auch wenn sich die Beziehungen seit dem Amtsantritt Jair Bolsonaro in Brasilien abgekühlt haben.¹⁰

Enge Zusammenarbeit besteht hingegen mit der Europäischen Union, z.B. im *EU Joint Programming* für Entwicklungszusammenarbeit. Das Programm kombiniert eine Analyse der Situation eines Landes und eine auf dessen jeweiligen nationalen Entwicklungsplan ausgerichtete, individuelle Strategie, welche bei der Entwicklung helfen soll.

Wirtschaftsentwicklung und -politik unter Morales

Südamerikaweit erlebte Boliviens Volkswirtschaft in den 2000ern das größte Wirtschaftswachstum – durchschnittlich von über fünf Prozent in den Jahren 2004 bis 2014. Zugrunde lag diesem Wachstum zum einen die Abkehr vom rein exportorientierten Wirtschaftsmodell,¹¹ zum anderen die positive Entwicklung der Rohstoffpreise (so z.B. Erdöl) am Weltmarkt. Heute strebt Bolivien ein Wirtschaftsmodell an, in welchem Rohstoffe nicht nur exportiert, sondern im Land für die eigene Industrieproduktion genutzt werden. Dieses Vorgehen bringt den erzeugten Produkten größeren Mehrwert – ausländische Käufer zahlen so einen höheren Preis. Die Einnahmen durch den Güter- und Rohstoffexport ermöglichen eine effektivere Sozialpolitik durch Umverteilung des Kapitals auf größere Teile der bolivianischen Bevölkerung – finanziert werden dadurch beispielsweise Renten oder Geldbeträge für Kinder und schwangere Frauen.

So erhalten Grundschüler staatlicher Schulen eine jährliche Zahlung von 200 Bolivianos, umgerechnet knapp 30

Euro. Dieser Betrag wird nur ausgezahlt, wenn die Schuldirektion am Ende des Schuljahres die vorausgesetzte Anwesenheit von 90 Prozent pro Schuljahr für das einzelne Kind bestätigt. Da das Geld persönlich vom Militär in den Schulen übergeben wird, ist die Popularität der Armee in den letzten Jahren gestiegen. Ziel dieses Programms *Bono Juancito Pinto* (Bonus-Programm; Juancito Pinto ist der Name eines im bolivianischen Schulunterricht heroisch verehrten Jungen, der als Trommler im Salpeterkrieg 1883 von den Chilenen erschossen wurde) ist es, den Analphabetismus zu verringern sowie den Schulbesuch zu belohnen, den noch immer viele Kinder aus der Notwendigkeit heraus, für ihre Familie zusätzlich Geld zu verdienen, vernachlässigen oder abbrechen.

Der Schwerpunkt von Morales' Wirtschaftspolitik lag auf Verstaatlichung, z.B. in den Wirtschaftszweigen Energie, Rohstoffe und Mobilfunk, um z.B. den Abbau von Öl oder den Ausbau des Mobilfunknetzes schneller fördern und umsetzen zu können.

Derzeit hofft Bolivien neben dem Export von Erdöl und Erdgas, Mineralien, Metallen und Landwirtschaftsprodukten wie Soja auf eine zukunftsgerichtete industrielle Produktion der großen Lithiumvorkommen im *Salgar de Uyuni*. In diesem Bereich bestehen Joint Ventures mit dem Ausland, allen voran mit Deutschland, dessen Industrie auf Lithium für die Produktion v.a. von Elektrobletten angewiesen ist.

Des Weiteren stützt sich Bolivien als weltweit drittgrößter Produzent auf die Kokainindustrie, welche durch die *Cocaleros* (Kokabauern) getragen wird. Unter Bolivianern genießt die Kokapflanze die Bedeutung eines u.a. konzentrationssteigernden Heilmittels. Staatliche Förderung begünstigte unter Morales größere legale Anbauflächen.¹² International wird Boliviens politischer Umgang mit der Kokapflanze kritisiert, da durch den Anbau und Verkauf weniger die Kokabauern als viel mehr länderübergreifend agierende Drogenkartelle profitieren, welche seit Jahren riesige Gewinne durch die illegale Herstellung und den Verkauf von Kokain einstreichen, dessen Wirkstoff durch Ausfiltern in einem chemischen Prozess gewonnen wird.¹³

Einen größeren Anteil an der bolivianischen Wirtschaft hat auch der nicht in staatlicher Statistik registrierte informelle Sektor z.B. durch Kinderarbeit. Obwohl diese mit bestimmten Regelungen staatlich legalisiert wurde, was

9 Vgl. <https://www.liportal.de/bolivien/geschichte-staat/> [Stand: 22.11.2019].

10 Vgl. https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/bolivien-node/-/213494#content_0 [Stand: 22.11.2019].

11 Vgl. <http://www.bolivia.de/bolivien/wirtschaft-und-handel/> [Stand: 01.12.2019].

12 Vgl. <https://jungle.world/artikel/2017/49/zwei-seiten-eines-blattes> [Stand: 29.11.2019].

13 Vgl. <https://www.sueddeutsche.de/politik/koka-anbau-in-bolivien-kraut-der-goetter-gift-der-gringos-1.1445239-2> [Stand: 29.11.2019].



Kokamarkt in Sacaba in Bolivien
Foto: picture alliance/dpa/Fotograf: Georg Ismar



Mit Kokasäcken vollgeladenes Auto
Foto: picture alliance/dpa/Fotograf: Georg Ismar

einen Kompromiss zwischen der kulturell geprägten indigenen Denkweise über Kinderarbeit sowie international agierenden NGOs, wie u.a. Unicef, darstellt, nehmen viele Kinder dennoch illegale Arbeit an. Im Ausland auf Unverständnis und Kritik stoßend wird Kinderarbeit hingegen bei vielen autochthonen Stämmen als wichtiger Weg zur Stammesintegration und zur Selbstentfaltung wahrgenommen. Aus diesem Grund ist die Basis des Gesetzes über Kinderarbeit, die auf Freiwilligkeit und deren Schutz beruht, hervorzuheben. Viele bolivianische Familien sind immer noch auf die Arbeit ihrer Kinder zur Erwirtschaftung eines Zusatzeinkommens angewiesen, weswegen viele Kinder und Jugendliche positiv zur gesetzlich geregelten Kinderarbeit eingestellt sind.

Ab dem Alter von vierzehn Jahren können Jugendliche in Bolivien mit elterlicher Genehmigung zu gleichen Konditionen wie Erwachsene Geld verdienen. Ab zehn Jahren ist es Kindern erlaubt, selbstständig auf eigene Kosten einfache und ungefährliche Arbeit zu verrichten, z.B. als Autoputzer oder Süßigkeitenverkäuferin. Mit Erlaubnis der Eltern oder dem indigenen Stamm ist ein Arbeitsplatz als Angestellte oder Angestellter schon mit zwölf Jahren möglich, lebensgefährliche Tätigkeiten wie Minenarbeit sind auch in diesem Alter verboten.

Rund 110.000 Kinder unter vierzehn Jahren¹⁴ arbeiten trotz des Gesetzes unter schlimmsten Bedingungen, z.B. in den Minen bei Potosí oder auf den Zuckerrohrplantagen im Tiefland.



Kinderarbeit in Bolivien: Ein Kind putzt den Bus.
Foto: Patrick Coles

Nationale und bilaterale Entwicklungsarbeit

Die Legalisierung der Kinderarbeit zeigt u.a., dass Bolivien trotz seines wirtschaftlichen Aufschwungs in den letzten Jahren mit großen entwicklungspolitischen Rückständen zu kämpfen hat. Es ist immer noch eines der ärmsten Länder Südamerikas.

Mit einer andauernden Abhängigkeit von der Rohstoffpreisentwicklung am Weltmarkt, einer wachsenden Ungleichheit zwischen Stadt und Land sowie einem ineffizienten Verteilungs- und Speichermanagement von Ressourcen wie Wasser (über zwei Millionen Menschen fehlt in Bolivien beispielsweise Zugang zu sauberem Trinkwasser¹⁵) steht das Land vor großen Herausforderungen.

14 Vgl. https://www.unicef.org/bolivia/spanish/proteccion_17111.htm [Stand: 13.01.2020].

15 Vgl. <https://www.kfw-entwicklungsbank.de/Internationale-Finanzierung/KfW-Entwicklungsbank/Weltweite-Pr%C3%A4senz/Lateinamerika-und-Karibik/Bolivien/> [Stand: 01.12.2019].

Mit hoher Wahrscheinlichkeit werden die Auswirkungen des Klimawandels Bolivien in der Zukunft stark treffen, v.a. Temperatur- und Niederschlagsmengenänderungen gefährden nach dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) die Ernährungssicherheit.¹⁶

Deutschland ist für den Andenstaat seit langem einer der engsten bilateralen Partner. Hauptfelder der Zusammenarbeit sind die Entwicklung erneuerbarer Energien zum Klimaschutz und zur Armutsbekämpfung.

Zu knapp 70 Prozent erzeugt Bolivien seine Energie aus fossilen Energieträgern.¹⁷ Ein Anteil von drei Prozent fällt auf erneuerbare Energien wie Wind, Sonne, Geothermie und Biomasse.¹⁸ Inzwischen hat Bolivien das Ziel, v.a. die Andenhochebene als Standort für Photovoltaik-Anlagen zu nutzen – bei dieser Aufgabe beraten Experten aus Deutschland das bolivianische Energieministerium sowie Stromversorgungsbetriebe, z.B. bei Bau und Betrieb von Solarparks.

Wichtig ist außerdem die gemeinsame Arbeit an sanitärer Versorgungsinfrastruktur, so im Bereich Trink- und Abwasser, welche von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit als Auftragnehmer des BMZ durchgeführt wird.¹⁹ Die auf Wunsch Boliviens angekündigte Entwicklungszusammenarbeit mit der *United States Agency for International Development* (eine Behörde der Vereinigten Staaten für internationale Entwicklung) demonstriert auch in diesem Bereich die angeschlagene Länderbeziehung zu den USA.

Bolivien formulierte seine entwicklungsstrategischen Ziele in der *Agenda Patriótica 2025* („Patriotische Agenda 2025“). Vor der Präsidentschaftswahl 2019 kündigte Evo Morales an: „[...] Wer auch immer als Wahlsieger hervorgehen wird, hat diese Agenda auszuführen und zu erfüllen, da diese für das Volk Boliviens beschlossen wurde.“²⁰ Entwicklungserfolge hat Bolivien in der Bekämpfung von Armut und Analphabetismus vorzuweisen. Seit der Jahrtausendwende reduzierte sich die Armut in der bolivianischen Gesellschaft auf 39 Prozent.²¹ Mehr als 820.000

erwachsene Bolivianer (über achzehn Jahren) erlernten seit 2006 durch das Alphabetisierungsprogramm des Staates Schreiben und Lesen.²² Das *Bono Juancito Pinto* Programm ließ den Einschulungsgrad auf über 95 Prozent ansteigen.²³

Geschichtliche Entwicklung bis zur Präsidentschaft Morales

Bolivien ist bis heute in seiner Politik, Entwicklung und Gesellschaft von der knapp dreihundertjährigen spanischen Fremdherrschaft geprägt. Eingegliedert war das heutige Land vor der Eroberung durch die Spanier in das Inka-Reich von Pasto, das seinen Namen von einer kolumbianischen Stadt ableitet. Das Pasto-Reich breitete sich zwischen den heutigen Staaten Kolumbien und Zentralchile aus und erlangte durch eine weitreichende Infrastruktur aus Pflastersteinwegen neben einer auf die klimatischen Gegebenheiten angepassten Landwirtschaft große Fortschrittlichkeit. Allerdings war es innerlich nicht gefestigt, es kam immer wieder zu Machtkämpfen, Unruhen und Aufständen.²⁴ Dies machte es dem spanischen Konquistador Francisco Pizarro möglich, 1535 das gesamte Reich mit relativ wenig Aufwand zu erobern und der spanischen Herrschaft zu unterwerfen. Die großen Vorkommen an Gold und Silber verlockten zur Ausbeutung – Zentrum des Silberabbaus war der bei Potosí gelegene Berg *Cerro Rico* („Reicher Berg“). Exportiert wurde das Silber z.B. nach Europa, um den steigenden Bedarf an diesem Rohstoff durch die industrielle Revolution sowie die hohen Finanzausgaben der spanischen Krone zu decken. Immer wieder versuchten die unterdrückten Indigenen durch Aufstände ihre Freiheit zu erlangen. Erst 1825, als letztes Land Südamerikas, konnte u.a. durch den Freiheitskämpfer und späteren Namensgeber des Landes, Simón Bolívar, mit der Gründung der Republik Bolivien endgültige Unabhängigkeit von Spanien erlangt werden.

Die Hanse Hamburg erkannte die neue Republik Bolivien zuerst an.²⁵ Eine daraufhin entstandene gute Partnerschaft förderte die Einwanderung von Deutschen, unter diesen v.a. Kaufleute, Industrielle sowie Missionare. So leben z.B. noch heute viele Mennoniten in ihren eigenen Dörfern und Gemeinden in Bolivien, welche als Angehörige einer evangelischen Freikirche in Europa verfolgt und vertrieben wurden.

16 Vgl. https://www.bmz.de/de/laender_regionen/lateinamerika/bolivien/index.jsp#section-31224771 [Stand: 01.12.2019].

17 Vgl. <https://www.giz.de/de/weltweit/389.html> [Stand: 27.12.2019].

18 Vgl. https://www.bmz.de/de/laender_regionen/lateinamerika/bolivien/index.jsp [Stand: 27.12.2019].

19 Vgl. <https://www.giz.de/de/weltweit/389.html> [Stand: 01.12.2019].

20 Vgl. <https://www.paginasiete.bo/nacional/2019/8/10/morales-quien-gane-las-elecciones-debe-aplicar-agenda-patriotica-2025-227101.html> [Stand: 01.12.2019].

21 Vgl. https://www.bmz.de/de/laender_regionen/lateinamerika/bolivien/index.jsp#section-31224771 [Stand: 01.12.2019].

22 Vgl. <http://www.bolivia.de/bolivien/bildung/> [Stand: 01.12.2019].

23 Vgl. <https://amerika21.de/meldung/2011/11/41528/bonuszahlung-schueler-bolivien> [Stand: 13.01.2020].

24 Vgl. <https://www.liportal.de/bolivien/geschichte-staat/> [Stand: 01.12.2019].

25 Vgl. <http://www.bolivia.de/bolivien/bilaterale-beziehungen/> [Stand: 28.12.2019].



Der südamerikanische Unabhängigkeitskämpfer Simón Bolívar („*El Libertador*“, 1783-1830) war Militärführer und zeitweise Präsident der hispanisch-amerikanischen Republik. Er verhalf neben Bolivien auch Ländern wie z.B. Venezuela und Peru zur Unabhängigkeit von Spanien.
Abbildung: ullstein bild/Heritage Images/Index

Die deutsche Immigration spiegelte sich in der Errichtung deutscher Institutionen wie dem *Club Alemán* (Deutscher Club) oder dem *Centro Cultural Alemán* (Deutsche Kulturgemeinschaft) wider. Damals unter anderem Namen hatte letztere den Zweck, in Not geratenen deutschen Immigranten zu helfen – heute ist die Kulturgemeinschaft ein anerkannter gemeinnütziger Verein, dessen Funktion z.B. in der Förderung deutscher Schulen mit dem Auftrag eines Kulturaustausches liegt. Die drei *Colegios Alemán* haben in Bolivien einen hervorragenden Ruf, in Santa Cruz kann man beim Abitur zugleich auch den *International Bachelor* ablegen, welcher weltweiten Zugang zu Universitäten ermöglicht.

Ende des 19. Jahrhunderts erlebte die wegen vieler Putschversuche destabilisierte Republik Bolivien eine Zäsur mit dem Abtritt ihres Meereszugangs an Chile im Salpeterkrieg. Der Rohstoff Salpeter wurde zu dieser Zeit als Düngermittelzusatz sowie für die Sprengstoffherstellung benötigt. Der von 1879 bis 1884 andauernde Krieg Chiles gegen ein Bündnis aus Bolivien und Peru um große



Die Journalistin Beate Klarsfeld demonstriert mit einer ehemaligen KZ-Insassin für die Auslieferung des in Bolivien lebenden Nazi-Verbrechers Klaus Barbie. Auf dem Plakat (links) steht übersetzt: „Im Namen der Millionen Opfer des Nationalsozialismus, welche die Auslieferung von Klaus Barbie Altmann fordern“. Auf dem rechten Plakat: „Bolivianer helf mir...ich bitte einzig, dass über Barbie Altmann gerichtet wird, den Mörder meines Mannes und meiner drei Kinder“.
Abbildung: ullstein bild/AP

Salpeterorkommen in der Atacama-Region an der Pazifikküste trug durch die bolivianische Anerkennung der im Krieg vollzogenen Grenzverschiebung zwischen Bolivien und Chile zu einem Gebietsverlust von über 120.000 km² für Bolivien bei. Die im Jahr 2013 vor dem Internationalen Gerichtshof eingereichte Klage Boliviens mit dem Ziel, für Chile obligatorische bilaterale Verhandlungen über die Abtretung des eroberten, ehemals bolivianischen Küstendepartamentos mit Zugang zum Pazifik durchzusetzen, scheiterte. Bis heute erinnert der *Día del Mar* („Tag des Meeres“) an den Verlust.

Mitte des 20. Jahrhundert, ab 1938, gewährte die Republik Bolivien durch eine großzügige Einreiseregulung über 6000 jüdischen Flüchtlingen²⁶ Schutz vor dem Nazi-Regime.

Nach 1945 war aber auch der Weg für eine Immigration geflüchteter Nazis frei gemacht – so beispielsweise für Klaus Barbie, Gestapochef von Lyon und SS-Mitglied, welcher u.a. wegen seiner grausamen Verhörtechniken bekannt war. Zur Flucht verhalf ihm die amerikanische *Central Intelligence Agency* (CIA), die am Wissen ehemaliger hoher NS-Funktionäre für die Spionage gegen die Sowjetunion interessiert war.

26 Vgl. <https://www.ila-web.de/ausgaben/358/zufuchtsland-bolivien> [Stand: 08.12.2019].

Der damaligen rechten Militärregierung Boliviens kam die Immigration deutscher NS-Verbrecher gelegen. Erfahrene Unterstützer wurden für den Kampf gegen Partisanen und für die Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft gebraucht. Unter dem Schutz Boliviens und der CIA begann Klaus Barbie eine zweite Karriere als Militärberater, Waffen- und Drogenhändler. Im Kampf gegen Che Guevaras *Guerilleros* (Partisanen) nahm Barbie eine wichtige strategische Funktion ein. Mit seiner Hilfe wurden 1967 die Partisanen besiegt und Guevara in einem bolivianischen Dorf im Departamento Santa Cruz ermordet.

Statistiken über nach Bolivien geflohene Nazis sind bisher nicht veröffentlicht. Daniel Stahl erklärt zur Thematik der Zuwanderung seit 1945: „[...] Gründe, warum Menschen nach dem Krieg nach Südamerika emigrierten, konnten ganz unterschiedlich sein. Alle Versuche, konkrete Zahlen zu ermitteln, sind bisher gescheitert.“²⁷



Graffiti in Sacaba, Bolivien: Evo Morales, ehemaliger bolivianischer Präsident, Hugo Chavez, ehemaliger venezolanischer Präsident, und Ernesto Che Guevara

Foto: picture alliance/AP Photo/Fotograf: Juan Karita

1952 fand die Republik Bolivien ihr Ende – bewaffnete Teile der Bevölkerung stürzten eine Militärregierung, welche wegen der Nicht-Anerkennung der eigentlich durch Wahlen neu legitimierten Regierungspartei *Movimiento Nacionalista Revolucionario* (MNR; „Nationalrevolutionäre Bewegung“) von der alten herrschenden Elite – damals eine reine bolivianische Oligarchie aus Großgrundbesitzern, deren Familienclans und Minenbesitzern – eingesetzt worden war. Das allgemeine Wahl- und Bürgerrecht für die autochthonen Völker konnte nach dieser sog. Nationalen Revolution unter dem neuen Präsidenten Víctor Paz Estenssoro durchgesetzt werden. Nicht mög-

27 Vgl. http://www.ard.de/home/wissen/Fluchthilfe_fuer_Nazi_Verbrecher/760784/index.html [Stand: 08.12.2019].

lich war es, ein seit Jahrzehnten etabliertes Problem in der Beziehung zwischen dem bolivianischen Staat und seiner Bevölkerung abzulegen: „Die bolivianische Gesellschaft identifiziert sich nicht mit ihrer Regierung und die Regierung versteht sich nicht als programmatisches Werkzeug der Gesellschaft. Solange beide Seiten sich als Gegner sehen, wird es daher immer wieder zum Zusammenprall kommen.“²⁸

Ende desselben Jahrhunderts erlebte die Demokratie durch mehrere Militärdiktaturen Rückschläge – erst zu Beginn der 1980er Jahre kehrten demokratische und stabilisierende Verhältnisse zurück, die jedoch nur ungleichmäßig Wachstum erbrachten und unter hoher Arbeitslosigkeit nach dem Zusammenbruch des Zinnmarktes 1986 litten. In diesem Zeitraum mussten nach dem Preisverfall des Mineralstoffs Zinn viele Minen im Andenhochland aufgegeben und geschlossen werden, was neben neuer Arbeitslosigkeit im Wachstum des informellen Sektors resultierte.

Um die Jahrtausendwende erlebte Bolivien landesweite Ausschreitungen, welche sich gegen den Präsidenten und früheren Diktator einer Militärjunta Hugo Banzer Suárez, gegen die Anti-Drogenpolitik sowie gegen die vielen sozialen Missstände richteten. 2002 wurde Gonzalo Sánchez de Lozada nach dem Rücktritt Banzers Präsident, doch auch unter ihm konnte keine Beendigung der Unruhen herbeigeführt werden – de Lozadas Präsidentschaft endete mit seiner Flucht ins Ausland, gemäß der bolivianischen Verfassung übernahm der damalige Vizepräsident Carlos Diego de Mesa das Amt. Ein Neuaufbruch gelang erst mit der anschließenden Neuwahl von Evo Morales. Dass Morales als erster Indigener zu dieser Zeit das Präsidentenamt eroberte, begründet Prof. Edwin Flores A. von der Universität *Autónomo Gabriel Rene Moreno* in Santa Cruz de la Sierra folgendermaßen: „Ohne Zweifel kam aber auch einmal in einem Land historisch geprägter alter Ethnien der Zeitpunkt, dass die indigen-originäre Bevölkerung nach ihren Rechten ruft und ebenso Anteil an demokratischen Wahlen einverlangt. So ist es zu erklären, wie 2005 [...] einer der ihren [...] gewählt wurde.“²⁹

Gesellschaft und Kultur

Die Bevölkerung Boliviens besteht aus einer großen Vielzahl von ethnisch unterschiedlich geprägten Gruppen, was bisweilen zu Konflikten führt. Über 50 Prozent der

28 Vgl. <https://nuso.org/articulo/bolivien-und-das-pendel-der-geschichte/> [Stand: 08.12.2019].

29 Interview von den Autoren zur politischen Lage im Januar 2020.



Frauen der Aymara bei einer religiösen Zeremonie im Juni 2019
Foto: picture alliance/REUTERS/Fotograf: David Mercado

Bevölkerung ist indigener Herkunft, ein Großteil davon lebt auf dem Land.³⁰ Armut und schlechte Perspektiven führen häufig zu Landflucht und zur Bildung von Marginalsiedlungen in den Städten. Heute leben deshalb schätzungsweise 70 Prozent der Bevölkerung Boliviens in einer Stadt.³¹ 36 verschiedene indigene Nationalitäten und Völker sind Teil der elf Millionen Einwohner.

Die beiden größten autochthonen Bevölkerungsgruppen sind die Quechua und Aymara. Die Quechua leben neben Bolivien auch in anderen Ländern der Region, z.B. in Peru und Chile, weshalb ihre gleichnamige Sprache Quechua zwischen neun und vierzehn Millionen Sprecher hat. Aufgrund der weitreichenden Verbreitung der Quechua existieren viele ethnische Unterschiede, so in der Sprache, welche nach Region variiert und teilweise unter bestimmten Ethnien keine Kommunikation möglich macht.³² Trotz ihrer Vielfalt beziehen die diversen Quechua ihre Identität übergreifend aus der wichtigen Rolle der Landwirtschaft mit dem Anbau von Früchten und der Viehzucht von z.B. Lamas oder Alpacas sowie aus einem gemeinsamen traditionellen Handwerk, für welches die Weberei mit aus der Viehhaltung gewonnener Wolle oder auch Baumwolle typisch ist. Bewirtschaftet werden Land und Boden von der *Ayllu* (Dorfgemeinde) und erfahren daher eine solidarische Nutzung.

In der Kolonialzeit sind die ursprünglichen Religionen dem Katholizismus gewichen. Dennoch haben Gebete und Opfergaben an Naturgottheiten noch immer einen kulturellen Stellenwert. „*Pachamama*“ oder „*Mallku*“ nen-

nen die Quechua in ihrer Sprache die alten Götter, die Worte bedeuten „Mutter Erde“ und „Berggeister“. Sie stellen den Glauben an den Planeten Erde, der das Überleben durch reiche Ernten schenkt und an die Geister, die in Form der höchsten Berge die Kraft der Natur repräsentieren, dar.³³

Heute sind viele Quechua für die Jobsuche in die großen Städte Boliviens abgewandert. Dadurch haben traditionelle Arbeitsweisen in der Landwirtschaft und im Handwerk an Wichtigkeit verloren, anstatt für die eigene Gemeinde anzubauen und herzustellen, werden Erzeugnisse häufiger verkauft.

Die Aymara-Kultur hat viele Ähnlichkeiten mit der der Quechua. Zu diesen zählt neben der Religion auch die gemeinsame Nutzung des zu bewirtschaftenden Landes. Die Aktivitäten tragen dabei immer eine relevante Symbolik für die Aymara, denn für sie ist unabdingbar, dass jede Wechselwirkung mit der Natur mit Achtsamkeit geschehen muss.³⁴

Tanz und Gesang sind rituelle Elemente der Mischreligionen der Aymara – traditionell singen und tanzen die Frauen, musizieren ist hingegen Aufgabe der Männer. Der Glaube der Aymara war v.a. in der Vergangenheit auf die Umwelt konzentriert, da die Natur die Identität und den Platz jedes einzelnen Menschen definiert und deshalb die Verantwortung eines jeden ihr gegenüber festlegt.³⁵ Kennzeichnend ist auch das Verständnis der Zeit für das Volk der Aymara. Sie soll sowohl linear als auch zyklisch verlaufen – dabei ist die Geschichte des Volkes mit der spanischen Kolonialzeit als Mittelpunkt linear, die Jahreszeiten, welche die Ernten und die religiösen Zeremonien bestimmen, wiederholen sich hingegen in einem Zyklus. Wie die Quechua ist die Mehrheit der Aymara heute katholisch, nur wenige leben den alten Götterglauben aus.

Quechua, Aymara sowie andere indigene Sprachen genießen seit der Verfassungsänderung 2009 offiziell Anerkennung. Evo Morales verhalf den Indigenen zu mehr Autonomie, zu weitreichenderer Selbstbestimmung und zur besseren Förderung ihrer Institutionen. Die *Confederación de Pueblos Indígenas de Bolivia* ist eine für 34 autochthone Völker repräsentative Organisation, deren Aufgabe darin besteht, die Rechte dieser Völker zu schüt-

30 Vgl. <https://www.liportal.de/bolivien/gesellschaft/> [Stand: 17.01.2020].

31 Ebd.

32 Vgl. <https://deacademic.com/dic.nsf/dewiki/1146610> [Stand: 04.01.2020].

33 Vgl. <http://chileprecolombino.cl/en/pueblos-origenarios/quechua/culto-y-funebria/> [Stand: 04.01.2020].

34 Vgl. <http://chileprecolombino.cl/en/pueblos-origenarios/aymara/economia/> [Stand: 04.01.2020].

35 Vgl. <http://chileprecolombino.cl/en/pueblos-origenarios/aymara/culto-y-funebria/> [Stand: 04.01.2020].

zen, sie in der Öffentlichkeit und vor privaten Instanzen zu vertreten und ihren Einfluss auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu stärken.

Der wachsende indigene Einfluss zeigt sich z.B. an der Entwicklung der Stadt El Alto: Früher war diese ein durch indigene Minderheiten gegründeter Vorort von La Paz, heute ist sie wegen des enormen Zuzugs von der Landbevölkerung fast eine Millionenstadt.

Tjerk Brühwiller spricht in der Neuen Zürcher Zeitung vom Wachstum „[...] eine[r] junge[n] Generation von indigenen Bolivianern [...], die Teil einer neuen ökonomischen Elite ist.“³⁶ Gemeint ist damit die junge Aymara-Mittelklasse in der Stadt – Katharina Nickoleit bezeichnet diese als Aymara-Bourgeoisie³⁷ –, welche heute viele Uni-Abschlüsse verzeichnen kann und sich z.B. in der Architektur und dadurch im Tourismus El Altos engagiert – bekannt ist der Apartmentkomplex „WHIPALA“ des Aymara-Künstlers Mamani Mamani, welcher mit seinem künstlerischen Wirken die autochthone Kultur fördert und bewahrt.

Neben größerer Toleranz für die indigene Bevölkerungsschicht Boliviens öffnete sich die Gesellschaft auch für ein gerechteres Geschlechterverhältnis. Dazu tragen bis heute NGOs und städtische Frauenschutzstellen, die z.B. über prekäre Lebensverhältnisse und den Status der Frau in der Familie informieren, sowie eine starke Frauenbewegung bei, welche auch während der politischen und gesellschaftlichen Unruhen nach den letzten Präsidentschaftswahlen zu friedlichen und sinnvollen Dialogen aufrief. Diese Stärkung erbrachte der Parlamentswahl 2014 einen parlamentarischen Frauenanteil von 53 Prozent.³⁸

Allerdings genießen Frauen längst nicht volle Gleichberechtigung – was sich z.B. in geringeren Bildungschancen, einer hohen Mord- und Missbrauchsrate und der Stellung in der Familie abbildet.

Ohne Ausbildung sind viele Frauen abhängig von ihren Männern und verzichten bei Gewalttaten ihrer Ehemänner aus Angst vor Armut und gesellschaftlicher Ausgrenzung auf eine Anzeige oder auf die Hilfen von Frauenhäusern. 447 Morde gewalttätiger Ehemänner an ihrer bolivianischen Frau sind zwischen den Jahren 2013 und 2018 belegt.³⁹ Katharina Nickoleit betont, dass es sich

dabei nur um offizielle Zahlen handelt. Die Dunkelziffer ist noch weitaus höher,⁴⁰ Haushalt oder Erziehung liegen immer noch in der Verantwortung der Frauen, dabei treffen sie mittlerweile aber wichtige Entscheidungen, z.B. in den Bereichen Vermögen und Kindeserziehung eigenständig.

Boliviens Gesellschaft ist neben dem indigenen Einfluss u.a. bestimmt durch die mit 78 Prozent⁴¹ weitverbreitete römisch-katholische Kirche. Dirk Hoffmann meint, dass die Kirche „als Vermittler und Moderator bei gesellschaftlichen Konflikten [...]“⁴² agiere. Der Aufruf des Erzbischofs von Cochabamba zu friedlichen Protesten und zu einem Dialog zwischen Vertretern von MAS und Aufständlern unter gleichzeitiger Kritik an der Gewalt der Sicherheitskräfte bestätigte dies während der Unruhen um die Präsidentschaftswahl 2019.

Beeinflusst sowohl durch die spanische Fremdherrschaft als auch durch die indigene Hochkultur sind die heutigen Traditionen und Bräuche Boliviens. Einen Höhepunkt stellt der *Carnaval de Oruro* dar, welcher von der UNESCO zum Weltkulturerbe erklärt wurde und der mit dem Karnevalstanz Diablada, einem Tanz, der den Kampf zwischen Gut und Böse symbolisiert, zelebriert wird. Kennzeichnend für den Karnevalsumzug ist die bunte, farbenfrohe Kleidung.



Luftballonverkäufer am „Tag der Toten“ auf einem Friedhof in La Paz im November 2019

Foto: picture alliance/REUTERS/Fotograf: Kai Pfaffenbach

36 Vgl. <https://www.nzz.ch/international/amerika/in-bolivien-hat-sich-ein-gefuehl-des-wohlstands-ausgebreitet-1.18399230> [Stand: 02.12.2019].

37 Katharina Nickoleit: *Bolivien: Ein Länderporträt*, Berlin 2019, S.19.

38 Vgl. <https://www.liportal.de/bolivien/gesellschaft/#c2101> [Stand: 02.12.2019].

39 Nickoleit (wie Anm. 37), S. 23.

40 Ebd.

41 Vgl. <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/bolivien-node> [Stand: 22.10.2019].

42 Vgl. <https://www.liportal.de/bolivien/gesellschaft/#c2101> [Stand: 02.12.2019].



Weihnachtliche Szene in Santa Cruz de la Sierra, Dezember 2019
Foto: Johannes Weyrich



Eindrucksvolles Kostüm beim Carnaval de Oruro
Foto: ullstein bild/imageBROKER/Harald von Radebrecht

Feste wie Weihnachten haben im stark katholischen Bolivien ebenfalls einen hohen Stellenwert. Dazu gehören der Advent, viele Weihnachtslieder und Tanz. Gefeiert wird das Weihnachtsfest auf dem Land in den Dörfern traditioneller und intensiver als in den Städten.

Zupf- und Blasinstrumente wie das *Charango* oder das *Quena* sowie diverse Flöten verleihen all diesen folkloristischen Tänzen einen flotten Rhythmus.

Die aktuelle politische Situation in Bolivien⁴³

Wie kam es zu dem überraschenden Rücktritt von Evo Morales, mit 14 Jahren immerhin der dienstälteste Regierungschef in ganz Südamerika?

Vielleicht lag es gerade an der langen Regierungszeit. Mit Blick auf diese 14 Jahre kann man nämlich zunächst durchaus einige positive Entwicklungen in Bolivien auflisten, so z.B.

- die Einführung einer modernen Verfassung mit Anerkennung der multiplen Ethnien im „Plurinationalen Staat Bolivien“,
- eine engagierte Gesetzesbasis für Frauen- und Kinderrechte sowie Religionsfreiheit (bis 2008 war die Katholische Kirche die einzig anerkannte Staatsreligion),
- deutlich mehr indigene Frauen in der Politik und Regierungsverantwortung auf allen Stufen,

- ein signifikanter Anstieg beim Bau von Schulen und kleiner Krankenhäuser in den Landgemeinden und
- damit verbunden ein markanter Rückgang der Kindersterblichkeit, des Analphabetentums und eine wesentlich höhere Rate der Einschulungen,
- eine verbesserte Straßeninfrastruktur mit regelmäßigen Bus- und Transportverbindungen in gesteigerter Mobilität für Personen und vor allem für landwirtschaftliche Erzeugnisse der Kleinbauern sowie



Straßenszene in Santa Cruz de la Sierra im November 2019
Foto: Johannes Weyrich

43 Analyse von Prof. Max Steiner, Santa Cruz, Bolivien, zu den überraschenden politischen Veränderungen nach dem Rücktritt von Evo Morales im Herbst 2019.

- eine deutliche Verringerung der Zahl von Bolivianern, die in absoluter Armut leben (um fast zwei Millionen).

Die neue Verfassung ist jedoch auch der erste und wohl wichtigste Stolperstein für die erhoffte Verlängerung des Präsidentenamtes für Evo Morales:

Sie sieht nur zwei Amtsperioden für den Präsidenten vor. Morales war aber schon vor der Einführung der neuen Verfassung Präsident von Bolivien gewesen – plante also eine vierte Amtszeit.

2016 war er mit einem Referendum, seine Präsidentschaft um eine weitere Amtszeit bis 2025 zu verlängern, gescheitert.

Deshalb nutzte er die Zweidrittelmehrheit seiner Partei MAS im Parlament, um auf allen Stufen, also auch für *Gobernadores* (Ministerpräsidenten eines Bundeslandes) sowie für Bürgermeister, jegliche Amtszeitbeschränkungen abzuschaffen. Richter des obersten Verfassungsgerichtes bestätigten diese Entscheidung, so dass er auf diese Weise im letzten Herbst berechtigt wurde, sich nochmals zur Wahl zu stellen.

Die MAS kam sogar auf die Idee, ein Dekret zu erlassen, dass Morales auf Lebzeiten immer wieder gewählt werden könnte. Das brachte bei vielen Bürgern, vor allem im süd-östlich gelegenen Tiefland im *Departamento* Santa Cruz, die Stimmung zum Kippen.

Ohne Zweifel sind noch weitere Gründe anzuführen, warum sich die Menschen von Morales entfremdeten: Immer wieder wurden Korruptionsfälle, teilweise in Millionenhöhe, von Regierungsvertretern bekannt. So war z.B. von der alten Regierung angekündigt worden, dass die bolivianische Flughafen-Verwaltung SABSA verstaatlicht werden sollte, es stellte sich im Nachhinein aber heraus, dass dies gar nicht juristisch vollzogen worden war, sondern mit jährlichen Verlusten in Millionenhöhe viel zu viele Angestellte beschäftigt wurden, die allesamt Parteimitglieder waren.⁴⁴

Außer der Verstaatlichung der ergiebigen Gasquellen und weltgrößten Lithium-Reserven brachten alle weiteren vom Staat gegründeten Unternehmen keinen nachhaltigen Erfolg, so dass viele vermuteten, dass die so von der Regierung geschaffenen Arbeitsplätze nur zum „Stimmenkauf“ gedient hätten.

Bis zum Wahltermin am 20. Oktober 2019 blieb die politische Lage in Bolivien dennoch stabil – die Opposition hatte sich zersplittert und obwohl die Prognosen für Morales nicht mehr die absolute Mehrheit von 50 Prozent voraussagten, betrug der Abstand zu Carlos Mesa, dem ehemaligen, bürgerlichen Präsidenten des Landes während der Krise um die Jahrtausendwende, mehr als zehn Prozent, was gemäß der Verfassung einen Sieg in der ersten Runde zu garantieren schien.

Die Wahlbehörde teilte am 20. Oktober 2019 gegen 22.00 Uhr erste Zwischenresultate mit – eine Schnellzählung von rund 80 Prozent aller abgegebenen Stimmen –, mit dem Stand von 41 Prozent für Morales und 38 Prozent für Mesa, so dass der Vorsprung weniger als zehn Prozent betrug und es einen zweiten Wahlgang hätte geben müssen.

Das muss so ein Schock für die Regierungspartei gewesen sein, dass sie mehr als 24 Stunden einfach nichts mehr von sich hören ließ. Hinterher verlautbarte man, dass es technische Probleme gegeben hätte und dass die Stimmen vom Land noch nicht ausgezählt worden wären, wo dann Morales bis zu 90 Prozent Mehrheiten hätte und das Blatt noch drehen könnte.

Das letzte bisschen Vertrauen der Bevölkerung war gebrochen und im Tiefland riefen Bürgerversammlungen zu Protesten auf. Da erste Wahlfälschungen erkannt wurden – am Schluss stimmten beispielsweise über 18.000 Verstorbene für Morales und man fand doppelt bereitgestellte Wahlzettel⁴⁵ etc. – lief das Fass über und es kam zu friedlichen Massendemonstrationen, insbesondere in der größten Stadt Boliviens, in Santa Cruz de la Sierra mit seinen zwei Millionen Einwohnern. Prof. Edwin Flores erklärt dazu: „Wegen meiner Kontakte als Volkswirtschaftler zu anderen Universitäten in Europa weiß ich, dass man sich dort eigentlich gar nicht bewusst ist, wie jung das Pflänzchen „Demokratie“ für uns hier in den Anden ist. Erst ab 1985 kennen die Bolivianer wieder selbstgewählte Präsidenten und Parlamente – also wollen wir um deren Erhalt kämpfen.“⁴⁶

Einige Tage später erklärte die Wahlbehörde Morales mit einem offiziellen Endresultat von 46,9 Prozent zum Wahlsieger, der mit einer Differenz von knapp über zehn Prozent zum Herausforderer Mesa, der 36,3 Prozent der Stimmen erhalten hätte, im ersten Wahlgang gewählt worden wäre.

44 Vgl. <https://www.paginasiete.bo/economia/2020/1/7/revelan-que-sabsa-no-fue-nacionalizada-que-el-2019-tuvo-un-deficit-de-bs-18-millones-242684.htm> [Stand: 16.01.2020].

45 Vgl. <http://www.oas.org/es/sap/deco/informe-bolivia> [Stand: 28.1.2020].

46 Interview der Autoren zur aktuellen politischen Lage in Bolivien im Januar 2020.



Graffiti in Sucre, das gegen den Wahlbetrug (*fraude*) durch Morales protestiert
Foto: Meret Jöhnk

Daraufhin kam es zu landesweiten, zunächst friedlichen Protesten, die große Teile des Landes lahmlegten: Firmen, Fabriken, Schulen und Krankenhäuser wurden geschlossen.

Nikolas Kaselow, der als pädagogischer Berater beim Deutschen Roten Kreuz in der Volunta gGmbH zuständig für Freiwilligendienste in Lateinamerika ist, erklärte, dass die in den verschiedenen Städten und Dörfern stationierten deutschen Freiwilligen „[...] tagelang nicht in ihren Einsatzstellen arbeiten konnten.“⁴⁷

So entstand eine Bewegung, die in der Presse den Titel „*la Revolución de la Pitita*“ bekam – um den Protest zu symbolisieren, spannten die einfachen Bürger, vor allem im Tiefland, weit über 1000 Wäscheleinen über die Straßen und setzten mit diesen Sperren ein über drei Wochen anhaltendes Zeichen, dass die Hoffnung auf Demokratie erhalten bleibe. Der zivile Ungehorsam einer breiten Bevölkerungsschicht und kein Staatsstreich brachte Evo Morales zu seinem Mitte November schriftlich eingereichten Rücktritt und dem Abflug zuerst nach Mexiko, von wo aus er umgehend über Whatsapp den bewaffneten Widerstand gegen die Übergangsregierung mitorganisierte.

Der Tag seiner Abdankung verlief in den meisten Teilen des Landes friedlich, so schildern zwei deutsche Freiwillige, die Sozialprojekte in Bolivien unterstützen, aus Sucre, wie

.....
47 Ebd.



Friedliche Demonstration für die Demokratie in La Paz am 31.10.2019
Foto: picture alliance/REUTERS/Fotograf: Kai Paffenbach

sich eine riesige, jublende Menschenmenge auf dem *Plaza* (Hauptplatz) bildete – unterstützt von Blaskapellen wurde gesungen und getanzt. Die eintreffende Polizei begrüßten die Menschen mit: „Polizei, mein Freund, das Volk steht hinter dir.“⁴⁸ Denn während den Protesten war die Polizei weitgehend nicht gegen die Blockaden vorgegangen.⁴⁹

Es kam dann zu Auseinandersetzungen zwischen mobilisierten Anhängern der militanten Fraktion der MAS (*ala radical*) und Polizei und Militär. Insgesamt gab es dabei nach Schüssen, Sprengstoff-Würfen und Schlägereien insgesamt rund 30 Tote – auf beiden Seiten. Im Januar 2020 wurde eine internationale Kommission gebildet, welche die Vorfälle untersuchen und die Identität der Opfer bestimmen soll, da die Regierung allen Hinterbliebenen Entschädigungen zugesprochen hat. Pikant ist, dass die Polizei mehrere ausländische „Agenten“ (FARC-Untergroundkämpfer) aus Venezuela verhaften konnte. Dies ist der Grund, warum die neue Regierung gegen Morales einen internationalen

.....
48 Ebd.

49 Die Stiftung *Hostelling International Bolivia* verbindet als Schwesterorganisation des Deutschen Jugendherbergwerks einen Aufbau von Jugend-Gästehäusern mit verschiedenen Sozialprojekten wie z.B. die „Ein Dollar Brille“ zugunsten abgelegener Bergregionen sowie bedürftiger Kinder und Menschen aller Altersstufen. Verstärkt wird die Stiftung durch Zusammenarbeit mit dem Roten Kreuz Hessen, das jährlich ca. 70 Freiwillige nach Bolivien entsendet, die bis zu einem Jahr in diesem Andenstaat tätig sind – aktuell im Programm #weltwärts (www.hostellingbolivia.de/www.volunta.de).



Polizisten stehen im November 2019 an einer während heftiger Proteste zerstörten Straße in La Paz.
Foto: picture alliance/dpa/Fotograf: Gaston Brito

Haftbefehl erlassen hat und die Klage am Internationalen Gerichtshof in Den Haag angenommen wurde.

Deshalb setzte sich Morales nach nicht einmal einem weiteren Monat zu seinem engen politischen Freund Alberto Fernandez, seit kurzem argentinischer Staatspräsident, nach Buenos Aires ab, wo er Flüchtlingsstatus erhielt.

Die neue bolivianische Präsidentin Jeanine Áñez hat mit der Aussage, als Übergangsregierung Neuwahlen organisieren zu wollen, Klarheit geschaffen und damit Ruhe und Ordnung im Land gesichert. Auch erreicht ihre Beliebtheit in Umfragen bereits über 40 Prozent, vielleicht auch gerade wegen aller Fälschungen und Korruptionsbeispiele sowie der Misswirtschaft ihres Vorgängers und seiner Anhänger, die sie aufdeckte – und auch wegen der großen finanziellen Verluste, die unter Morales zu verzeichnen waren.

So hat Bolivien beispielsweise seit Weihnachten wieder eine funktionsfähige Wahlbehörde, welche die vorher mehrfach gefälschten Daten der Bevölkerung zu bereinigen beginnt und die kommende Wahl des neuen Staatspräsidenten, des Vizepräsidenten und des neuen Parlaments für den 3. Mai 2020 angesetzt hat.

Im April 2020 werden dann alle *Governadores*- (Bundesland) und Bürgermeisterwahlen abgehalten, sodass eine Gesamterneuerung aller Institutionen stattfinden kann.

Eine Besonderheit ist, dass Bolivien zwar eine neue, technokratisch besetzte, stark reduzierte Regierung hat, aber die bisherigen Parlamentarier immer noch die Gesetzgebung ausüben. Das setzt Kompromissbereitschaft in beiden großen politischen Lagern voraus, denn im Parlament besitzt die MAS noch immer eine deutliche Mehrheit.

Von Evo zu Eva

Die wohl wichtigste Figur ist dabei die neu gewählte Senatspräsidentin, die 33-jährige Eva Copa aus El Alto – zurzeit sollen also zwei Frauen einer nächsten Generation Bolivien aus der Krise führen, und das in einer sonst so zu Recht kritisierten „Macho“-Gesellschaft. Copa ist MAS-Mitglied, aber nicht militant und zu Kompromissen im Interesse des Landes bereit. Sie hat Wesentliches zu den fast einstimmig angenommenen neuen Gesetzen für die Neuwahlen sowie für die Neubesetzung der staatlichen Autoritäten, wie z.B. der neuen Militär- und Polizeispitzen, beigetragen, auch wenn Morales-Anhänger versuchen, sie abzusetzen.

Es ist davon auszugehen, dass bei den kommenden Wahlen, die nach wie vor gut organisierte MAS – als Basis aller sozialen Bewegungen indigener Prägung – eine ganz entscheidende politische Kraft bleiben wird, vor allem dann, wenn die Opposition zersplittert bleibt. So ist



Eva Copa, bolivianische Senatspräsidentin im November 2019
Foto: picture alliance/REUTERS/Fotograf: David Mercado



Jeanine Áñez, bolivianische Interimspräsidentin im Januar 2020
Foto: picture alliance/REUTERS/Fotograf: David Mercado

Andrónico Rodríguez, als junger Gewerkschaftsführer der Coca-Bauern aus dem Chapare, in einer ersten Wahlumfrage bereits sehr beliebt (23 Prozent).⁵⁰ Auf dem Kongress der MAS am 11. Januar 2020 wurde von den Delegierten bestimmt, dass der ehemalige, langjährige Außenminister David Choquehuanca als Präsidentschaftskandidat mit Rodríguez als Vizepräsident Anfang Mai zur Wahl antreten sollen.

Die wichtigsten Gegner sind dabei der bürgerliche Carlos Mesa (16 Prozent), ehemaliger Präsident (2005) aus La Paz sowie die beiden zivilgesellschaftlichen Anführer der Demonstrationen Luis Camacho aus Santa Cruz und Marco Pumari aus Quechua-Potosí, die sich auf eine gemeinsame Kandidatur einigen konnten und mit steigenden Umfragewerten bald 20 Prozent erreichen sollten.

Nach einem politisch ruhigen Jahreswechsel wurde vom amtierenden, alten Parlament beschlossen, dass sowohl die Interimspräsidentin, ihre Regierung als auch die Legislative bis zur Wahl in ihren Ämtern bleiben können,⁵¹ was zunächst Stabilität für die politische Lage in Bolivien bringt und noch im Juni dieses Jahres dem Andenstaat wieder eine demokratisch gewählte, unbestrittene Präsidentschaft und ein funktionstüchtiges Parlament ermöglichen soll.

Aus seinem Asyl hat Morales dagegen interveniert, weshalb die MAS beschloss, beim Bundesverfassungsgericht Klage einzureichen, und forderte am 22. Januar 2020 das

50 Vgl. http://www.la-razon.com/nacional/encuesta-electoral-Anez-obtiene-preferencia_0_3287071308.html [Stand: 12.01.2020].

51 Vgl. http://www.la-razon.com/nacional/anez-tcp-bolivia-judicial_0_3287671228.html [Stand: 12.01.2020].

Ende der aktuellen Amtszeit, zugunsten einer weiteren Interimslösung die neutrale Bundesgerichtspräsidentin María Díaz als Staatspräsidentin einzusetzen.⁵²

Ohne Zweifel kommt damit der Unmut der MAS zur Geltung, welche nach den vielen Verhaftungen von Parteimitgliedern wie ehemaligen Ministern, Chefbeamten oder Mitarbeitern bei den Wahlbehörden durch das Bekanntwerden von Korruptionsfällen oder dem Wahlbetrug besorgt ist und die strenge Hand von Jeanine Áñez fürchtet.

Überraschenderweise gab Áñez im Januar 2020 ihre Kandidatur für die Demokraten in der Allianz JUNTOS bei den anstehenden Neuwahlen am 3. Mai 2020 bekannt. Das ist ihr konstitutionelles Recht, auch wenn viele aus unterschiedlichen Gründen, v.a. wegen der Auseinandersetzungen im Herbst 2019, dagegen protestieren. Der Wahlausgang bei nun so zersplitterten Parteien wird sehr spannend, lässt aber auch Schwierigkeiten bei der Bildung zukünftiger Koalitionen vermuten. ■

52 Vgl. <https://www.paginasiete.bo/nacional/2020/1/10/13-dias-del-22-de-enero-el-ala-dura-del-mas-rechaza-ampliar-mandatos-243040.html> [Stand: 12.01.2020].

Das Kriegsende in Bayern 1945

von Daniel Rittenauer



Amerikanische Soldaten entfernen nach ihrem Einmarsch nach München am 30. April 1945 das Ortsschild der „Hauptstadt der Bewegung“.
Foto: Scherl/Süddeutsche Zeitung Photo

Mit dem Überfall auf Polen am 1. September 1939 hatte das nationalsozialistische Deutschland den Zweiten Weltkrieg vom Zaun gebrochen. Über 60 Millionen Menschen verloren in diesem weltweit ausgetragenen, sechs Jahre währenden Konflikt ihr Leben, der endgültig nach der Kapitulation des Japanischen Kaiserreichs am 2. September 1945 beendet wurde. In Europa fanden die Kampfhandlungen durch die bedingungslose Kapitulation des Deutschen Reichs am 8. Mai 1945 ein Ende.

Zwar konnte NS-Deutschland in der ersten Hälfte des Zweiten Weltkriegs weite Teile Europas zunächst seiner Herrschaft unterwerfen, spätestens nach der verlorenen Schlacht um Stalingrad 1943 aber geriet die Wehrmacht im Osten mehr und mehr in die Defensive. Die Luftflotten der Alliierten verwüsteten an der sogenannten „Heimatfront“ deutsche Städte und bereiteten sich, nachdem sie im September 1943 in Süditalien gelandet waren, auf eine groß angelegte Invasion in Westeuropa vor. Diese erfolgte am 6. Juni 1944 in der französischen Normandie. Drei Monate später erreichten die Alliierten (Amerikaner, Briten, Franzosen) bei Trier von Westen die Grenzen des Deutschen Reichs, die Rote Armee (Sowjetunion) erreichte sie am 10. Oktober 1944 von Osten.¹

Die Kriegsniederlage des Deutschen Reichs war damit Ende 1944 nur noch eine Frage der Zeit. An eine Kapitulation wollte der „Führer“ des nationalsozialistischen Deutschland, Adolf Hitler, trotz der militärisch hoffnungslos gewordenen Lage aber nicht denken: Das unvermeidliche Ende sollte möglichst lange herausgezögert werden, jede Stellung war zu halten, jede Stadt und jedes Dorf sollte „bis zum letzten Atemzug“ verteidigt werden. Der sogenannte „Flaggenbefehl“ des „Reichsführers SS“ vom 13. April 1945 stellte die Kapitulation vor dem Feind durch das Hissen von Weißen Flaggen unter Todesstrafe. Die deutsche Bevölkerung sollte mit seinem „Führer“ untergehen. Dieser hielt am Ende seiner Herrschaft das deutsche Volk nicht mehr für wert, am Leben erhalten zu werden, da es sich gegenüber dem „Ostvolk“ als das min-

derwertigere erwiesen und Hitlers verqueren Rassenideologie zufolge unterzugehen habe.²

Militärische Ausgangslage

Die Alliierten hatten am 13. März 1945 die bis nach Kriegsende zu Bayern gehörige Pfalz (heute Teil des Bundeslandes Rheinland-Pfalz) erreicht. Keine zwei Wochen später überschritten sie bei Aschaffenburg den Main und waren somit im rechtsrheinischen Bayern angelangt. Durch den Luftkrieg der vergangenen Jahre waren besonders bayerische Großstädte wie München, Nürnberg oder Augsburg stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Im letzten Kriegsjahr warfen die alliierten Luftflotten³ ihre tödliche Bombenfracht dann auch auf Mittel- und Kleinstädte ab, die bis dahin vom Luftkrieg noch verhältnismäßig verschont geblieben waren: Städte wie Würzburg, Schwandorf oder Donauwörth, die bis dahin kaum vom Luftkrieg betroffen waren, wurden bei Bombenangriffen im März und April 1945 zu über 70 Prozent zerstört, tausende Menschen verloren ihr Leben.

Die Besetzung Bayerns erfolgte hauptsächlich durch US-amerikanische Streitkräfte, genauer durch die 3. Armee unter General George S. Patton und die 7. Armee unter General Alexander M. Patch. Im Allgäu operierte ferner die nach der Befreiung Frankreichs aus Einheiten der Nordafrika-Armee und Angehörigen der französischen Résistance neugebildete 1. französische Armee. Die sowjetische Rote Armee, die im Südosten über Ungarn und Wien zur Enns vorstieß, spielte auf dem bayerischen Kriegsschauplatz keine Rolle.

1 Siehe allgemein zum Kriegsverlauf: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.): Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 10: Der Zusammenbruch des Deutschen Reiches 1945, München 2008 sowie Rolf-Dieter Müller: Der Zweite Weltkrieg 1939-1945 (Gebhardt. Handbuch der deutschen Geschichte 21), Stuttgart 2004.

2 Ian Kershaw: Hitler, Bd. 2: 1936-1945, München 2000, S. 1013.

3 Felix Bellaire: Luftkrieg (Zweiter Weltkrieg), in: Historisches Lexikon Bayerns, vgl. [www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Luftkrieg_\(Zweiter_Weltkrieg\)](http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Luftkrieg_(Zweiter_Weltkrieg)) [Stand 03.02.2020].

Die Verteidigung des rechtsrheinischen Bayern wurde im Wesentlichen durch die stark dezimierte 1. und die 19. deutsche Armee getragen, ferner von nicht zu diesem Zweck vorgesehenen Bodeneinheiten der Luftwaffe, sogenannten „Volkssturmbataillonen“ und vom XIII. Armeekorps der Waffen-SS.⁴ Neben diesen regulären Truppen fanden sich auf deutscher Seite noch Einheiten des durch „Führererlass“ Hitlers vom 25. September 1944 aufgestellten „Volkssturms“ (Männer bis 60 Jahren) und Angehörige der Hitlerjugend (Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren), die den Gegner mit notdürftiger Bewaffnung oder durch die Errichtung von Panzersperren aufhalten sollten. Ihre militärische Bedeutung war gleich Null, ihre Verwendung bei direkten Kampfeinsätzen kam einem Himmelfahrtskommando gleich. Angst verbreiteten bei Kriegsende auch sogenannte „Werwölfe“ – deutsche Partisanen, die die alliierten Besatzer und Kollaborateure in der deutschen Bevölkerung aus dem Untergrund heraus attackieren sollten. Zwar erreichten diese paramilitärischen Einheiten nie organisierte Strukturen, für die Alliierten und die kriegsmüde heimische Bevölkerung stellten sie dennoch ein Scheckgespenst dar, zumal es in Bayern immer wieder zu „Werwolf-Morden“ kam. Vereinzelt fanden sich in Bayern schließlich auch ausländische Truppen, die auf deutscher Seite kämpften, so etwa französische SS-Männer, Einheiten der ungarischen Armee oder der sogenannten *Wlassow*-Armee (benannt nach ihrem Kommandeur Andrej Wlassow), russische Soldaten, die gegen die Rote Armee kämpften.

Insgesamt bot das Deutsche Reich im letzten Kriegsjahr nochmals rund zehn Millionen Mann auf. Allerdings mangelte es diesen genauso wie den deutschen Panzerarmeen und den Resten der Luftwaffe massiv an Nachschub von Munition und Treibstoff. Die Alliierten waren hingegen nicht nur ausgezeichnet ausgestattet, sondern konnten darüber hinaus ihren Bodentruppen auch schnell und reichlich Nachschub zukommen lassen. Maßgebliche Unterstützung erhielten die Bodentruppen durch die eigenen Luftstreitkräfte, die im letzten Kriegsjahr praktisch uneingeschränkt im deutschen Luftraum operieren konnten. Alliierte Tiefflieger störten die Verkehrsinfrastruktur und Nachschublinien, was die Versorgungslage der deutschen Truppen zusätzlich verschärfte. Bomber und Artillerie schossen im Vorfeld von Bodenoffensiven deutsche Städte sturmreif.



Truppen der US-Armee im zerstörten Nürnberg, April 1945
Foto: SZ Photo/Süddeutsche Zeitung Photo

Nürnberg, die „Stadt der Reichsparteitage“, München, die „Hauptstadt der Bewegung“, oder Hitlers Berghof auf dem Obersalzberg im Berchtesgadener Land stellten für die Alliierten prestigeträchtige Eroberungsziele in Bayern dar. Die amerikanischen Expeditionstreitkräfte wandten sich bei ihrem Vormarsch nicht Richtung Berlin (die deutsche Hauptstadt sollte der Roten Armee überlassen werden), sondern stießen nach Süddeutschland vor. Grund dafür war die Sorge über eine mögliche „Alpenfestung“. Zwar sollte sich die Existenz einer solchen letztlich als nichtig herausstellen, doch befürchteten die Amerikaner, dass sich die verbliebenen deutschen Truppen in Gebirgs-lagen zurückziehen und verschanzen könnten, wo sie nur in verlustreichen Kämpfen niederzuringen wären. Ein solches Szenario sollte durch einen schnellen Vormarsch nach Süden auf jeden Fall verhindert werden. Während die Alliierten in ihrer Kriegsführung klare Ziele verfolgten, die letztlich in der vollständigen Besetzung bzw. der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands münden sollten, war das militärische Agieren auf deutscher Seite zunehmend von Verzweiflung und Planlosigkeit gezeichnet. Um Auflösungserscheinungen in der Armee zu verhindern, ging die Wehrmachtsführung mit ausgesprochener Härte gegen Deserteure vor, Standgerichte bestrafte

.....
4 Klaus-Jürgen Bremm: Die Waffen-SS. Hitlers überschätzte Prätorianer, Darmstadt 2018.

Aufruf des Volkssturms!

Der Volkssturm des Gaues Franken mit Ausnahme der Kreise Schwabach, Hilpoltstein, Eichstätt und Weißenburg, wird hiermit

zur Ausbildung und zum Arbeitseinsatz

aufgerufen. Mit diesem Aufruf ist jeder Mann vom 16. bis 60. Lebensjahr Angehöriger der Wehrmacht und steht unter dem Wehrgesetz. Er ist damit auch den Kontrollen der Wehrmachtstreifen, der Polizeistreifen und der Streifen der Waffen-SS unterstellt.

Das Nichtbefolgen dieses Aufrufes gilt als Entziehen von der Wehrpflicht. Es wird nach den Militärgesetzen bestraft. Ausführungsbestimmungen siehe Seite 2.



Reichsverteidigungskommissar des Gaues Franken

Aufruf des Gauleiters Karl Holz zur Bildung eines „Volkssturms“ im Gau Franken
Foto: SZ Photo/Süddeutsche Zeitung Photo

LESEN UND ERWÄGEN DANN : HANDELN!

1. Du bist nicht Soldat. Dennoch ist die Partei entschlossen, Dich auf dem Schlachtfeld Deutschland aufzuopfern, um den entschiedenen Krieg noch etwas zu verlängern.

In Deinem eigenen Interesse, FOLGE DARUM DIESER WARNUNG: MEIDE DIE GEGEND ALLER FABRIKEN, DURCHGANGSSTRASSEN UND BAHNLINIEN. BRINGE DEINE FAMILIE RECHTZEITIG IN SICHERHEIT.

2. Die Partei verlangt, dass Du weiterarbeitest bis zum allerletzten Moment. Dann aber sollst Du in die noch ärgere Gefahr der Volkssturm-Einsätze.

In Deinem eigenen Interesse, FOLGE DARUM DIESER ANWEISUNG : ENTZIEHE DICH DEM VOLKSSTURM! HILF ANDEREN, DASSELBE ZU TUN. VERLASSE DEINEN ARBEITSORT RECHTZEITIG.

3. Die Männer an den Fronten sollen mit nackten Händen gegen die gepanzerte Übermacht der Feinde kämpfen. Sie sind tapfer. Aber sie werden sinnlos geopfert.

In Deinem eigenen Interesse, FOLGE DARUM DIESEM RAT : ÜBERZEUGE DIE SOLDATEN VON DER NUTZLOSIGKEIT IHRES OPFERS. JETZT GILT ES, SICH FÜR DEN WIEDERAUFBAU ZU ERHALTEN.

Alliiertes Flugblatt aus dem Jahr 1945, das zivile Arbeitskräfte und Angehörige des Volkssturmes zur Aufgabe und Flucht auffordert
Foto: SZ Photo/Süddeutsche Zeitung Photo

Fahnenflüchtlinge mit dem Tod.⁵ Eine effektive Strategie, den Vormarsch der Alliierten aufzuhalten, gab es hingegen nicht. Gerüchte über ein bevorstehendes Zerwürfnis der Westalliierten und der Sowjets oder über bisher zurückgehaltene Wunderwaffen erwiesen sich als reines Wunschdenken. Zuletzt verfolgte das Oberkommando der Wehrmacht als einziges Ziel das Hinauszögern der unvermeidlichen Kriegsniederlage, angeblich um möglichst vielen deutschen Truppen den Rückzug vor der Roten Armee in die Besatzungszonen der Westalliierten zu ermöglichen.⁶ Sich angesichts der bevorstehenden Niederlage von Hitler und seinem verbrecherischen Regime loszusagen, kam der deutschen Generalität aber bis zuletzt nicht in den Sinn.

Die Kampfhandlungen in Franken (März/April 1945)

Am 25. März 1945 rückten amerikanische Panzerspitzen bis Aschaffenburg vor. Ein Belagerungsring wurde um die Stadt gezogen, die am 3. April nach massivem Artil-

5 Vgl. John Zimmermann: Im Untergang die Pflicht erfüllt. Die Wehrmacht am Ende des Zweiten Weltkrieges, in: Michael Jonas/Ulrich Lappenküper/Oliver von Wrochem (Hg.): Dynamiken der Gewalt. Krieg im Spannungsfeld von Politik, Ideologie und Gesellschaft. Festschrift für Bernd Wegner, Paderborn 2015, S. 269 ff.

6 Vgl. Heinrich Schwendemann: „Deutsche Menschen vor der Vernichtung durch den Bolschewismus zu retten“: Das Programm der Regierung Dönitz und der Beginn einer Legendenbildung, in: Jörg Hillmann/John Zimmermann (Hg.): Kriegsende 1945 in Deutschland (Beiträge zur Militärgeschichte 55), München 2002, S. 9 ff.



Durch Luftangriff zerstörte Schweinfurter Standorte der zur Waffenherstellung wichtigen Kugellagerindustrie. Undatierte Aufnahme, wahrscheinlich 1943

Foto: Sammlung Megele/Süddeutsche Zeitung Photo

leriebeschuss eingenommen wurde.⁷ Bereits zuvor waren amerikanische Truppen weiter nach Unterfranken vorgestoßen.⁸ Alzenau wurde am 29. März genommen, Würzburg am 31. März erreicht und bis zum 6. April erobert. Schweinfurt mit seiner kriegswichtigen Kugellagerfabrik wurde nach fünftägigen Kämpfen am 11. April besetzt.

Der Ende März gescheiterte Versuch, das Kriegsgefangenenlager Hammelburg zu befreien, stellte einen der wenigen Rückschläge der Alliierten dar und war überwiegend das Ergebnis eines zu schnellen und unvorsichtigen Vorrückens: General Patton beabsichtigte bei diesem Unternehmen, seinen kriegsgefangenen Schwiegersohn zu befreien. Seine weit hinter die Frontlinien vorgerückten Truppen konnten jedoch durch die deutsche Armee aufgerieben werden und verloren dabei über 50 Panzer und 300 Soldaten; Pattons Schwiegersohn wurde verwundet und erst im späteren Kriegsverlauf befreit. Im Regelfall konnten die dünnen Frontlinien der deutschen Verteidiger den Vormarsch der Alliierten jedoch kaum effektiv aufhalten. Bestenfalls konnte der Widerstand der Deutschen den Vormarsch der Alliierten etwas abbremsen, wofür aber ein unverhältnismäßig hoher Preis an Menschenleben und zerstörtem Baubestand bezahlt werden

7 Siehe ausführlich Alois Stadtmüller: *Aschaffenburg im Zweiten Weltkrieg. Bombenangriffe, Belagerung, Übergabe, Aschaffenburg* 1987.

8 Herbert Schott: *Die Jahre der Weimarer Republik und des Dritten Reiches*, in: Peter Kolb/Ernst-Günter Krenig (Hg.): *Unterfränkische Geschichte*, Bd. 5/1, Würzburg 2002, S. 327 ff., hier S. 433 ff.



Ein brennender amerikanischer Panzer in Neumarkt in der Oberpfalz während des Angriffs im April 1945

Foto: Stadtarchiv Neumarkt in der Oberpfalz/National Archives and Records Administration, Washington

musste: So lag die Zahl der Toten bei den Kämpfen um Aschaffenburg auf amerikanischer Seite ungefähr bei 20, auf deutscher Seite bei 140, bei den Kämpfen um Würzburg lag das Zahlenverhältnis bei 50 zu 300 und bei denen um Nürnberg sollen an die 130 amerikanische Soldaten gefallen sein, während die deutschen Verluste über 400 Kämpfende betragen – die mehr als 370 ums Leben gekommene Zivilpersonen nicht eingerechnet.⁹ Letztlich wurden die deutschen Streitkräfte überall aufgerieben oder mussten vor der gegnerischen Übermacht immer weiter zurückweichen.

Während in Unterfranken noch gekämpft wurde, drangen die Alliierten von Westen weiter nach Oberfranken ein, das zudem durch die zuvor in Mitteldeutschland operierende 3. Armee von Norden her attackiert wurde. Zwischen dem 11. und dem 14. April fielen mit Coburg, Bamberg und Bayreuth die größten Städte Oberfrankens in die Hände der Amerikaner. Im Gegensatz zu den Städten in Unterfranken kam es dabei kaum mehr zu direkten Kämpfen. Die letzten größeren Kampfhandlungen um eine bayerische Stadt im Zweiten Weltkrieg wurden um Nürnberg ausgetragen, das bis zum 16. April vollstän-

9 Siehe Stadtmüller (wie Anm. 7), S. 306, Karl Kunze: *Das Kriegsende in Franken und der Kampf um Nürnberg im April 1945* (Nürnberger Forschungen 28), Nürnberg 1999, S. 304 ff., sowie Hans-Peter Baum: *Die alliierten Kriegsoffer der Luftangriffe auf und Bodenkämpfe um Würzburg*, in: *Mainfränkisches Jahrbuch für Geschichte und Kunst* 71 (2019), S. 39 ff. Bei letzterem auch eine Problematisierung von Gefallenenzahlen in der älteren Literatur.

dig eingeschlossen wurde.¹⁰ Vier Tage lang wurde um die „Stadt der Reichsparteitage“ gekämpft, ehe – am 20. April (Hitlers Geburtstag) – die 7. US-Armee den letzten Widerstand überwand.

Die Kampfhandlungen in Altbayern und Schwaben (April/Mai 1945)

Im Folgenden wandten sich die alliierten Armeen der Oberpfalz zu. Diese wurde innerhalb einer Woche vollständig eingenommen, unter anderem nach heftigen Kämpfen in Neumarkt am 22. April. Einen Tag später wurde das Konzentrationslager Flossenbürg befreit. Das Hauptaugenmerk richteten die Alliierten im Weiteren nach Süden. Als nächstes Etappenziel galt es, die Donau zu überwinden.¹¹ An der Donau, aber auch an anderen Flussläufen wie der Iller oder zuletzt am Inn, formierten sich die zurückziehenden deutschen Truppen neu, und errichteten Verteidigungslinien, um den Vormarsch der Alliierten aufzuhalten. Allerdings gelang es den Amerikanern bereits am 22. April, handstreichartig nicht nur die Stadt Dillingen, sondern auch die dortige Donaubrücke unversehrt in ihren Besitz zu nehmen und einen Brückenkopf zu errichten und zu halten. Aber auch dort, wo die Deutschen Brücken gesprengt hatten, sollte sich die Donau nicht als unüberwindbares Hindernis für die Alliierten erweisen, die seit dem 24. April an zahlreichen Stellen des Flusses übersetzen konnten. Donauwörth, das zuvor durch massive Luftangriffe in Schutt und Asche gelegt worden war, wurde am 25. April zur offenen Stadt erklärt und kampfflos besetzt. Eine Zerstörung Regensburgs, das bis zum 26. April fast gänzlich eingeschlossen war, konnte kurz vor dem bevorstehenden amerikani-



Die Alliierten setzen einen Panzer über die Donau, 29. April 1945.
Foto: picture alliance/AP Images/Fotograf: Byron Rollins

schen Großangriff durch den Rückzug der dort stationierten deutschen Truppen verhindert werden.¹²

Neben dem Vormarsch der Alliierten von nördlicher Richtung stießen Amerikaner und Franzosen gleichzeitig auch von Westen vor. Am 24. April überschritten sie die Donau bei Ulm und besetzten in schneller Abfolge und ohne auf größere Widerstände zu stoßen, Bayerisch-Schwaben.¹³ Auch Augsburg, dessen sinnlose Verteidigung dank des Einsatzes einer mutigen Bürgerbewegung verhindert wurde, konnte am 28. April kampfflos eingenommen werden.

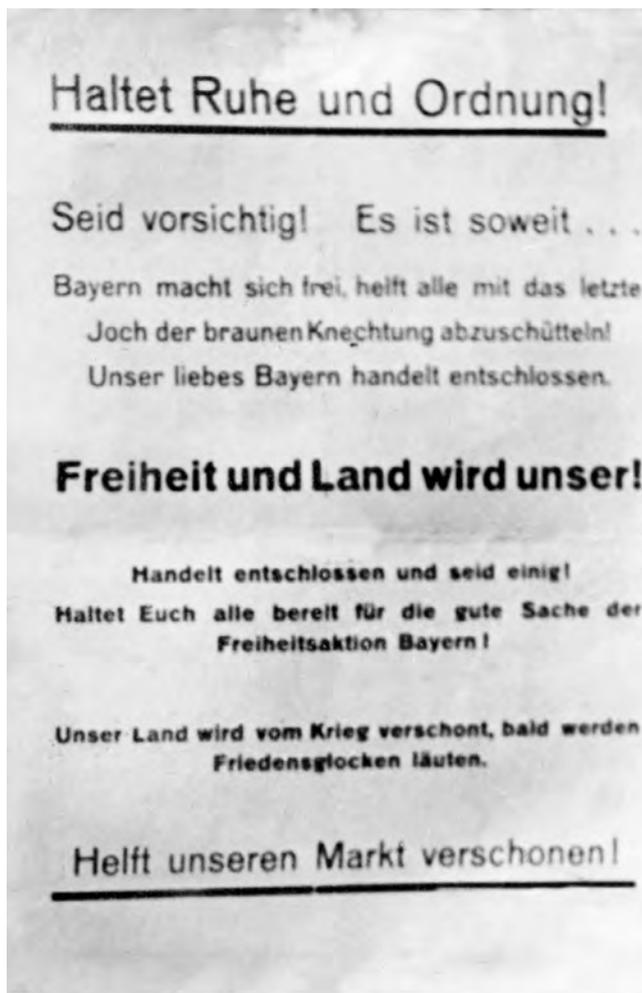
Ob eine Ortschaft kampfflos übergeben wurde oder verteidigt werden sollte, was zur Folge hatte, dass sie von den Alliierten Truppen sturmreif geschossen wurde, hing vom Verhalten der lokalen Verantwortlichen in Militär, Partei und der Zivilgesellschaft ab. Letztere erwachte angesichts des bevorstehenden Endes der NS-Diktatur allmählich wieder zum Leben. Nicht selten waren es Frauen – etwa in Kulmbach, Bad Windsheim oder Friedberg –, die sich

10 Umfassende Darstellung der in der US-amerikanischen Militärgeschichte als „Battle of Nuremberg“ eingegangenen Kampfhandlungen bei Kunze (wie Anm. 9).

11 Joachim Brückner, *Kriegsende in Bayern 1945. Der Wehrkreis VII und die Kämpfe zwischen Donau und Alpen* (Einzelschriften zur militärischen Geschichte des Zweiten Weltkrieges 30), 1987.

12 Rainer Ehm/Roman Smolorz: *April 1945. Das Kriegsende im Raum Regensburg*, 2019.

13 Siehe dazu Peter Fassl (Hg.): *Das Kriegsende in Bayerisch-Schwaben 1945. Wissenschaftliche Tagung der Heimatpflege des Bezirks Schwaben in Zusammenarbeit mit der Schwabenakademie Irsee am 8./9. April 2005*, Konstanz 2006.



Plakat der „Freiheitsaktion Bayern“ am Ende des Krieges, 1945
Foto: SZ Photo/Süddeutsche Zeitung Photo

für eine kampflose Übergabe einsetzten und bei der Entfernung von Panzersperren Hand anlegten. Allerdings war der Einsatz couragierter Bürger, die mit den Alliierten in Verhandlungen traten oder sich bei den zuständigen Kampfkommandeuren für einen Rückzug der stationierten Truppen aussprachen, nicht ungefährlich und konnte als Landesverrat ausgelegt und mit dem Tode bestraft werden. So wurde etwa der Regensburger Domprediger Johann Maier, der bei einer Demonstration am 23. April die kampflose Kapitulation der Stadt verlangte, zusammen mit zwei anderen Bürgern gehängt.¹⁴ Im oberbayerischen Penzberg ermordeten am 28. April Volkssturmänner 16 Menschen, die gegen die örtlichen Regimevertreter aufgebeht hatten. Insgesamt nahm das Ausmaß der Kampfhandlungen von Norden nach Süden und mit der Länge

14 Ehm/Smolorz: April 1945 (wie Anm. 12), S. 226 ff.

des Krieges ab, wobei aber nicht pauschalisiert werden kann. So kam es noch im Mai – also nach dem Fall Münchens und unmittelbar vor der deutschen Kapitulation – in der Gegend um Dingolfing, in Planegg oder in Hausham am Schliersee zu teilweise heftigen Gefechten mit zahlreichen Toten. Meistens waren an diesen Kämpfen kurz vor Kriegsende Einheiten der Waffen-SS beteiligt, die mit verschiedenen Einrichtungen im südbayerischen Raum (etwa SS-Kasernen in München-Freimann und auf dem Obersalzberg oder einer sogenannte „Junkerschule“ in Bad Tölz) vertreten waren. Für jene Ortschaften, in denen die Angehörigen der Waffen-SS glaubten, kämpfend untergehen zu müssen, konnte dies die völlige Zerstörung nach sich ziehen.¹⁵

Aufstand der „Freiheitsaktion Bayern“ und Endphasenverbrechen

Vergleichbare Aktionen wie jene in Augsburg gab es kurz vor Kriegsende – d.h. beim Anrücken der Alliierten – vielerorts in Bayern. Keine Aktion war aber so organisiert und groß angelegt wie der Aufstandsversuch der „Freiheitsaktion Bayern“ im Großraum München, die in der Nacht vom 27. auf den 28. April versuchte, die Herrschaft der Nationalsozialisten in Bayern zu beenden und den demokratischen Rechtsstaat wiederherzustellen.¹⁶ Den gegen die NS-Diktatur putschenden Soldaten gelang es zwar, das Münchner Rathaus zu besetzen und prominente Nationalsozialisten festzunehmen sowie über den Rundfunk die bayerische Bevölkerung zur Teilnahme am Aufstand aufzurufen. Wichtige andere Ziele, wie die Festsetzung des Gauleiters von München-Oberbayern oder des Chefs des Generalstabs des Oberbefehlshabers West, General Siegfried Westphal, vermochten die Aufständischen allerdings nicht zu erreichen, auch weil die verbliebenen Waffenträger der deutschen Truppen sich dem Aufstand nicht anschlossen. Die dem Untergang geweihten Potentaten des NS-Regimes konnten hingegen schnell wieder die Kontrolle gewinnen und den Aufstand niederschlagen. Annähernd 60 Menschen, die

15 Vgl. etwa das Beispiel Gunzenheim im nördlichen Schwaben, das infolge des rücksichtslosen Verhaltens von SS- und Wehrmachtseinheiten zu großräumigen Schäden und dem Verlust von 13 Menschenleben führte, Franz Josef Merkl: Loyalitätserzwingung bis zuletzt – Verbrechen des XIII. SS-Armee Korps 1945 im nördlichen Schwaben, in: Christof Paulus (Hg.): Perspektiven einer europäischen Regionalgeschichte. Festschrift für Wolfgang Wüst zum 60. Geburtstag (= Zeitschrift des Historischen Vereins für Schwaben 106), 2010, S. 111 ff.

16 Grundlegend dazu Veronika Diem: Die Freiheitsaktion Bayern. Ein Aufstand in der Endphase des NS-Regimes (Münchener Historische Studien 19), Kallmünz 2013.



Würzburg 1945 – Zerstörungen nach dem verheerenden Bombenangriff vom 16. März 1945
Foto: UPI/Süddeutsche Zeitung Photo



Eine Kolonne von Fahrzeugen der US-Armee fährt durch die Karolinenstraße in Augsburg, 30. April 1945.
Foto: SZ Photo/Süddeutsche Zeitung Photo

zwischen Lech und Inn dem Aufruf der „Freiheitsaktion Bayern“ gefolgt waren, wurden in den nächsten Tagen von regimetreuen Kräften aufgegriffen und hingerichtet. Noch weitere sogenannte „Endphasenverbrechen“ wurden bis kurz vor dem Zusammenbruch des „Dritten Reichs“ auf deutscher Seite verübt. An die 120 russische Zwangsarbeiter aus dem Lager Buchberg wurden Ende April im Oberland von der SS ermordet.¹⁷ Bei Passau wurden zur gleichen Zeit über hundert russische Kriegsgefangene, die zum Arbeitseinsatz an die Donau verlegt worden waren, in ein Waldstück gebracht und dort erschossen.¹⁸ 107 Leichen exhumierten die US-amerikanischen Soldaten nach Kriegsende. KZ-Häftlinge, die seit Jahresbeginn aus Konzentrationslagern überall im Reichsgebiet vor den heranrückenden Befreier in Richtung Süden verlegt worden waren, wurden in erbarmungslosen Todesmärschen durch Bayern gehetzt.¹⁹ An die zehntausend Menschen kamen dabei ums Leben – sei es, dass sie an Erschöpfung starben oder dass ihre SS-Bewacher sie ermordeten.

17 Andreas Wagner: Todesmarsch. Die Räumung und Teilräumung der Konzentrationslager Dachau, Kaufering und Mühldorf Ende April 1945, Ingolstadt, S. 64 ff.

18 Christoph Wagner: Die Ermordung russischer Kriegsgefangener im Raum Passau Ende April 1945, in: Winfried Becker (Hg.): Passau in der Zeit des Nationalsozialismus. Ausgewählte Fallstudien, Passau 1999, S. 545 ff.

19 Daniel Blatman: Die Todesmärsche 1944/45. Das letzte Kapitel des nationalsozialistischen Massenmords, Reinbek bei Hamburg 2011; Martin Clemens Winter: Gewalt und Erinnerung im ländlichen Raum. Die deutsche Bevölkerung und die Todesmärsche, Berlin 2018.

Nach der Einnahme von Regensburg und Augsburg dauerte die Besetzung des verbliebenen Altbayern kaum mehr eine Woche. Ernsthafter Widerstand seitens der sich inzwischen völlig in Auflösung befindlichen deutschen Armee wurde den Alliierten auf ihren Weg nach München kaum mehr entgegengesetzt. Am 29. April befreiten Soldaten der 7. US-Armee das Konzentrationslager Dachau, wo sie neben ausgemergelten Häftlingen in Eisenbahnwagons über 2.000 erschossene und zu Tode gekommene Menschen entdeckten.²⁰ In Rage über das Ausmaß dieser menschenverachtenden Verbrechen wurden an die 40 SS-Wachen von den Amerikaner erschossen. Einen Tag später erfolgte dann der Vorstoß auf München. Pläne fanatischer Nationalsozialisten bei der Verteidigung der „Denkmäler“ der „Hauptstadt der Bewegung“ wie der Feldherrnhalle oder dem „Ehrentempel“ am Königsplatz heldenhaft unterzugehen, wurden nicht umgesetzt. Der Einmarsch in München am 30. April geschah weitgehend ohne Kämpfe.

Kriegsende und Kapitulation

Am gleichen Tag entzog sich in der vollständig von der Roten Armee eingeschlossenen Reichshauptstadt Berlin Adolf Hitler durch seinen Selbstmord der Verantwortung für den von ihm angestifteten Weltkrieg und millionenf-

20 Jürgen Zarusky: Die Erschießungen gefangener SS-Leute bei der Befreiung des KZ Dachau, in: Wolfgang Benz (Hg.): Das Konzentrationslager Dachau. Geschichte und Wirkung nationalsozialistischer Repression, Berlin 2008, S. 103 ff.



Zivilisten schauen 1945 einem Marsch von Kriegsgefangenen des deutschen Heeres sowie der Luftwaffe durch die Straßen Münchens, hier am Rosenheimer Platz, zu.

Foto: SZ Photo/Süddeutsche Zeitung Photo

chen Völkermord. Unterschiedlich verhielten sich Hitlers Gauleiter in den bayerischen Landesteilen bei Kriegsende. Diese waren nicht nur die höchsten Vertreter der NSDAP in der Region, sondern als Reichsverteidigungskommissare auch für die Zivilverteidigung zuständig: Während die Gauleiter von Mainfranken und Franken, Otto Hellmuth und Karl Holz, bis zuletzt in ihren Gauhauptstädten Würzburg und Franken verharren und sich dort an den Bodenkämpfen beteiligten, wobei Hellmuth in Kriegsgefangenschaft geriet, Holz bei den Kämpfen in der Nürnberger Innenstadt ums Leben kam, wurde der Gauleiter der Bayerischen Ostmark, Fritz Wächtler, erschossen von SS-Oberkommando, nachdem er sich am 12. April vor den anrückenden US-Truppen aus Bayreuth abgesetzt hatte. Karl Wahl, der Gauleiter von Schwaben, unternahm keine größeren Anstrengungen, seinen Gau zu verteidigen, und ließ sich nach Kriegsende in Augsburg verhaften.²¹ Gauleiter Paul Giesler, der zugleich das Amt des Bayerischen Ministerpräsidenten bekleidete, verließ, kurz nachdem er noch die „Freiheitsaktion Bayern“ blutig hatte niederschlagen lassen, München vor den anrückenden Amerikanern in Richtung Berchtesgaden. Dort starb er am 8. Mai an den Folgen eines Selbstmordversuchs.

Ebenfalls am 8. Mai erklärte der von Hitler zum Nachfolger als Reichspräsident ernannte Großadmiral Karl Dönitz schließlich die bedingungslose Gesamtkapitulation des Deutschen Reichs. Bis zu diesem Tag wurde in Bayern noch weitergekämpft, so in Passau, das am 3. Mai kapituliert hatte oder auch im Chiemgau, wo am selben Tag bei Siegsdorf die letzten nennenswerten Gefechte auf bayerischem Boden stattfanden. Einen Tag später erreichten französische und US-amerikanische Truppen Hitlers Berghof auf dem Obersalzberg, der zuvor von der *Royal Airforce* schwer beschädigt worden war. Am 5. Mai erklärte schließlich General Hermann Foertsch in Haar bei München die bedingungslose Kapitulation der Heeresgruppe G, womit der Zweite Weltkrieg für Bayern sein Ende gefunden hatte.

Mehr als 250.000 Soldaten aus dem rechtsrheinischen Bayern waren gefallen, über 28.000 Zivilisten getötet worden, 20.000 davon im letzten Kriegsjahr. Städte und Infrastruktur lagen in Trümmern; 13 Prozent des vor Kriegsbeginn vorhandenen Wohnraums war infolge der Kampfhandlungen zerstört worden. Nachdem die Waffen niedergelegt und die nationalsozialistische Diktatur beseitigt worden war, erfolgte unter dem Vorzeichen der amerikanischen Besatzung die Wiedererrichtung der bayerischen Eigenstaatlichkeit und des demokratischen Rechtsstaates. ■

.....
 21 Siehe hierzu die kritische Beurteilung bei Sven Keller: „Jedes Dorf eine Festung“ oder ein „sanftes“ Kriegsende in Schwaben? Volkssturm, Durchhalteterror und die Rolle Gauleiter Wahls in der Kriegsendphase 1945, in: Fassel (wie Anm. 13), S. 23 ff.

Vom Sohn des „Volksfeindes“ zum Olympioniken

Die Lebenserinnerungen des sowjetischen Juden und Olympia-Fechtsportlers David Dushman (*1923)

von Rafael Tremel



David Dushman im Jahr 2015
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Fotograf: Stephan Rumpf

„Krieg und Frieden ... Und Sport!“, lautet der Titel dieser Erinnerungen in der deutschen Ausgabe, die kürzlich vom Verfasser des nachstehenden Artikels vorgelegt wurde. Das Buch zeigt autobiographische Erlebnisse des russisch-sowjetischen Spitzensportlers David Dushman auf. Kindheit und Jugend verbrachte der 1923 geborene Dushman im Stalinismus. Sein Vater wurde in die Lagerhaft verbannt, Mutter und Sohn dadurch zu „Volksfeinden“. Im Krieg war Dushman Panzersoldat der Roten Armee, danach verfolgte er eine Karriere als Profi-Fechter, die ihn bis zu olympischen Siegen führte. Parallel dazu absolvierte er ein Medizinstudium. Seit Ende der 1950er Jahre arbeitete er als Trainer der sowjetischen Olympia-Fechter. In den 1990er Jahren emigrierte Dushman nach Österreich und schließlich nach Bayern, wo er bis heute lebt. Bis ins hohe Alter hat David Dushman auch im Westen noch als Fecht-Trainer gearbeitet.

Die Dushman'schen Erinnerungen lassen sich in verschiedene Erfahrungsdimensionen unterteilen – die jüdische, die russisch-sowjetische und die spitzensportbezogene.¹ Ohne Weiteres könnte die Textsammlung „Dushmans Erzählungen“² heißen, so seltsam wie es in diesen Anekdoten oft zugeht. Das Buch verdanken wir einer Bekannten Dushmans, die seine Geschichten beim Zusammentreffen an der heimischen Kaffeetafel notierte und in zwanzig Kapiteln herausgab. Fast kurzatmig wirkt daher Dushmans Sprechweise des „Erzählens über den Küchentisch hinweg“. Die deutsche Übertragung versucht, diesen Ton wiederzugeben. Sie erschließt sich auch leicht derjenigen Leserschaft, die nicht fachspezifisch mit der Geschichte der Sowjetunion vertraut ist. Der besondere Charme von Dushmans Erinnerungen gründet in der Zusammenstellung des Buches: einer gelungenen Kombination aus Zeit- und Kulturgeschichte der Sowjetunion mit individuellen Erfahrungen, Wahrnehmungen und Interpretationen; versehen mit lebenspraktischen und sinngebenden Bewältigungstaktiken. Das alles ist getragen von einem unverwechselbaren wie begnadeten Humor – und durch die zeithistorischen Überschneidungen zwischen „Krieg“, „Frieden“ und „Sport“.

1 David Dushman/Olga Kotlytska: Krieg und Frieden... Und Sport! Lebenserinnerungen, Charkiw 2019 [Übertragung aus dem Russischen; Übersetzer: Rafael Trem]. „То, што Доктор прописал...“ (То, что Доктор прописал...), in direkter Übersetzung: „Das, was der Doktor aufgeschrieben hat...“ [David Dushman/Olga Kotlytska, Charkiw 2018].

2 In Anlehnung an die phantastische Oper „Hoffmanns Erzählungen“ (uraufgeführt 1881) des französischen Komponisten Jacques Offenbach (1819-1880).

Der trügerische Friede: Kindheit und Jugend während der Stalin-Zeit (1923–1941)

Das Leben David Dushmans begann als Spross einer russisch-stämmigen, jüdischen Ärzte-Familie zu einer scheinbar friedlichen Zeit im Danzig des Jahres 1923. Die Kinder- und Jugendtage verbrachte er in Minsk und schließlich in Moskau, wohin sein Vater als Leiter der Sanitätsstelle an das Institut für Sport versetzt wurde. Die Mutter arbeitete als Kinderärztin. Alles in allem durchlebte er eine normale Kindheit:

„Ich war ein braver Junge in kurzen Hosen und mit einer Schleife am Kragen. Und das erste, was ich in unserer Hauptstadt bekam, war ordentlich eines auf die Nase! Denn wir zogen ausgerechnet in eines der Moskauer Schläger-Viertel, nach Baumanskij. Dort gab es jede Menge Gesindel in den Hinterhöfen.“³

Recht plastisch findet der Leser auch die Wohnverhältnisse beschrieben:

„Während meiner Kindheit war es ein typisch sowjetisches Haus jener Zeit: ein 1,5 bis 2 Meter langer Flur, an einem Ende eine Damentoilette, am anderen die Herrentoilette. In der Toilette gab es acht Toilettenschüsseln. Es kam vor, dass man sich draufsetzte, und kaum hatte man Platz genommen, da begrüßte einen der nächste, der hereinkam: ‚Guten Morgen!‘ Vor jeder der Wohnungstüren stand ein Gaskocher. Entsprechend roch es auf dem Flur.“⁴

3 Dushman (wie Anm. 1), S. 31.

4 Ebd., S. 33.

Zunehmend jedoch war die Zeit des Heranwachsens durch den stalinistischen Terror der 1930er Jahre überschattet. Im Jahr 1938 wurde der Vater festgenommen und zu Lagerhaft in den Gulag⁵ von Workuta nördlich des Polarkreises verbannt, wo er 1949 starb. Eindrücklich schildert der Sohn in seinen Erinnerungen die Lebensbedingungen der Internierten:

„Die Kolonne mitten im Schneesturm, 50 Sträflinge, um sie herum Soldaten mit Gewehren und Hunden, die in Gebell ausbrechen, bereit, auf den kleinsten Wink der Wachmannschaft hin die Menschen anzufallen und zu zerfleischen. [...] Der Marsch ist beschwerlich, Sturm, Schnee...und Tundra soweit das Auge reicht. Sie gehen alle an einem Seil, um im Zug zu bleiben und nicht zufällig aus der Reihe zu geraten. Denn ein Schritt nach rechts oder nach links bedeutet: Erschießung! [...]. Das waren keine Menschen mehr, sondern willenlos ergebene Sklaven, laufende Nummern.“⁶

Ein trügerischer Friede also, diese Sowjetunion der 1920er und 1930er Jahre – eher „den Gewehrläufen“⁷ geschuldet, als einer funktionierenden Balance von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Zeit war geprägt von der gewaltsam forcierten Industrialisierung, der totalitären gesellschaftlichen Mobilisierung sowie einer sich verschärfenden Überwachung und Terrorisierung der Bürger durch den Staat.

Die Familie Dushman schien von den Schikanen zunächst kaum betroffen:

„Natürlich redete man auch bei uns im Haus über die ‚Festnahmen‘. Allerdings waren alle irgendwie der tiefen Überzeugung, dass man gerade uns nicht anrühren würde. [...] Genauso wie wir überzeugt davon waren, dass mein Vater auf der Stelle freigekommen wäre, hätte nur Stalin⁸ selbst von unserem Fall erfahren. Stalin, das war für uns gleichbedeutend mit Gott.“⁹

5 *GULag* („Hauptverwaltung der Lager“), in der Sowjetunion seit 1924 von den Staatssicherheitsorganen errichtete Erziehungs- und Arbeitslager, die teilweise den Charakter ganzer Arbeitsansiedlungen bzw. Ortschaften oder Regionen des Strafvollzuges und der dauerhaften Verbannung annahmen.

6 Dushman (wie Anm. 1), S. 37 f.

7 Bezug nehmend auf Mao Zedong (1893–1976), den Führer der chinesischen Revolution: „Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen“; Worte des Vorsitzenden Mao Tse-tung, Peking 1967, S. 74 (zit. nach: Richard Pipes: *Kommunismus*, Berlin 2003, S. 175).

8 Eigentlich „Jossif Wissarionowitsch Dschugaschwili“ (1879–1953). Seit 1922 baute Jossif Stalin als Generalsekretär der Kommunistischen Partei seine diktatorische Alleinherrschaft aus, die mit den Repressalien und Säuberungen der Jahre 1934–1939 einen ersten Höhepunkt des Terrors in der Sowjetunion entfesselte. Im Zweiten Weltkrieg übernahm Stalin auch den Vorsitz der Regierung und das Verteidigungsministerium. Er starb am 5. März 1953.

9 Dushman (wie Anm. 1), S. 35.



David Dushmans Vater, Alexander Davidowitsch Dushman, Militärarzt obersten Ranges (1934)



David Dushman und seine Mutter, die Kinderärztin Bronislawa Jakowlewna Dushman, vor dem Krieg

Fotos: mit freundlicher Genehmigung der Herausgeberin der Dushman-Biografie „Krieg und Frieden... Und Sport!“

Ein trügerischer Friede auch auf dem übrigen europäischen Kontinent, wo man sich mehr oder weniger offen auf einen kommenden Krieg vorbereitete. Nachdem die deutsche Wehrmacht am 22. Juni 1941 den Krieg gegen die Sowjetunion eröffnet hatte, meldete sich der 18-jährige David sofort freiwillig, um für seine Heimat in den „Großen Vaterländischen Krieg“ zu ziehen.

Der „Große Vaterländische Krieg“: Adoleszenz als Panzersoldat in der Roten Armee (1941–1946)

„Daran erinnere ich mich so deutlich, als ob es gestern gewesen wäre. Im Gorki-Freizeitpark fanden gerade die gesamtsowjetischen Jugendmeisterschaften im Fechten

statt. Auf dem Höhepunkt der Fechtkämpfe eröffnete uns die ergriffene Stimme Molotows¹⁰ im Radio den feindlichen Überfall – und auf einen Schlag hörte das Turnier auf.“¹¹

Als Panzersoldat während des Zweiten Weltkriegs war Dushman an nennenswerten historischen Ereignissen beteiligt, welche grauenhafte Eindrücke und Erfahrungen bei ihm hinterließen: So zum Beispiel die Schlacht von Kursk, eine der größten deutsch-sowjetischen Panzerschlachten des Zweiten Weltkrieges. Durch sie brachten die Sowjets im Juli 1943 den deutschen Angriff endgültig zum Stehen und konnten so die bereits in Stalingrad (Winter 1942/43) eingeleitete Kriegswende im Osten verstetigen. Insgesamt dreimal wurde Dushman im Feld verwundet. In seinen Erinnerungen beschreibt er die Schrecken des Soldatentums:

„Während der Durchfahrt in Moskau kratzte ich mir meine Wunde auf, denn ich wollte, dass man mich als ‚Härtefall‘ aus dem Zug aussteigen ließ und ich in der Nähe meiner Heimatstadt und meiner Mutter im Krankenhaus bleiben konnte. [...] Er [der Arzt – Anm. d. Verf.] blickte mich vorwurfsvoll an und sagte: ‚Gib dir keine Mühe, Sohn! Die Sache läuft nicht!‘“¹²

Im Januar 1945 war Dushman Teil der sowjetischen Panzertruppen, die das Konzentrationslager Auschwitz befreiten:

„Dort begegneten wir dann einem Alptraum: Menschen wie lebendige Skelette, aus deren Gesichtern nur noch die Augen hervorquollen [...]. Mit unseren Panzern durchbrachen wir den Stacheldraht und rissen die Pfosten nieder. Dann gaben wir den Gefangenen alles, was wir an Essen bei uns hatten (Mein Gott, wie sich diese ausgehungerten Leute darauf stürzten!) [...]“¹³

Es sind vor allen Dingen die Erfahrungen als Panzersoldat, die im langen Leben David Dushmans rückblickend als negative Erinnerungen bestehen bleiben:

„Vor dir taucht ein Dorf auf oder ein Mensch. Wenn du nüchtern bist, ist es schwierig, einen Menschen umzufahren, selbst wenn es der Feind ist. Bist du aber angetrunken, dann ist es dir egal. Denn im Krieg ändern sich die menschlichen Wertmaßstäbe. Die Dinge, die ich damals getan habe, gehören heute zu den schlimmen Erinnerungen meines Lebens.“¹⁴

.....

10 Wjatscheslaw Michailowitsch Molotow (1890–1986): Sowjetischer Politiker. Molotow war u.a. sowjetischer Regierungschef (1930–1941) unter Stalin und sowjetischer Außenminister (1939–1949/1953–1956) – in dieser Funktion verhandelte er im Sommer 1939 den Nichtangriffspakt mit Hitler-Deutschland.

11 Dushman (wie Anm. 1), S. 9.

12 Ebd., S. 14.

13 Ebd., S. 16.

14 Ebd., S. 17 f.

Und dennoch scheint Dushmans Widerstandsfähigkeit so stark ausgeprägt, dass sein Lebensoptimismus durch die grausamen Eindrücke des Krieges keinen nachhaltigen Schaden nahm:

„Ein wundersames Phänomen: Vor dem Einschlafen ziehen oft Erinnerungen an mir vorbei. Viele verschiedene, aus vielen Jahren: Gesichter, Erlebnisse, familiäre und eigene, fragmentierte Szenerien, Tatsachen. Aus meiner Kindheit und Jugend, und dem Leben als Sportler und Trainer. Aber niemals, wirklich niemals!, vom Krieg [...]“¹⁵

Der heißgehütete Friede: Beruf und Berufung als Spitzensportler im Kalten Krieg (1946–1988)

Nach dem Krieg diente David Dushman noch ein Jahr an der sowjetisch-türkischen Grenze in Armenien, bis er 1946 aus dem Wehrdienst entlassen wurde. Bereits während seiner Rekonvaleszenz widmete er sich wieder dem Fechtsport, den er schon als Jugendlicher betrieben hatte. Mit viel Eifer und Disziplin gelang es Dushman – trotz ernsthafter gesundheitlicher Beeinträchtigungen in Folge einer Lungenverletzung – die Laufbahn als Spitzensportler auf Olympia-Niveau einzuschlagen. Nebenbei absolvierte er noch ein Medizinstudium. So wurde (ganz im Sinne der Familientradition) aus David Dushman schließlich der „Doktor Dushman“ – auch wenn dieser einen Beruf als Mediziner nie ausübte.

Währenddessen trat die Welt in den Kalten Krieg ein, Dushmans Vater starb im Gulag (1949) und wenig später machte der Tod Jossif Stalins (1953) den Weg frei für die Rehabilitierung vieler Lagerhäftlinge und für das politische Tauwetter in der Sowjetunion. Im Jahr 1958 beendete Dushman seine aktive Sportler-Karriere und begann mit der Arbeit als Fecht-Trainer. Er konnte sich auf seinem Weg behaupten, obwohl er lange Zeit als Sohn eines „Volksfeindes“¹⁶ galt und Jude war – wobei ein jedes für sich allein genommen schon das soziale Abseits in der Sowjetunion bedeuten konnte. Es scheint absurd, dass der russische Jude Dushman, der die UdSSR als Rotarmist im Krieg verteidigte und dabei später sogar seine jüdischen Glaubensgenossen aus einem deutschen Vernichtungslager befreite, in seiner sowjetischen Heimat selbst unter antijüdischen Ressentiments zu leiden hatte! Und doch spiegelt es ein Stück sowjetischer Lebensrealität wider. Judenfeindlichkeit hatte es bereits im vorrevolutionären Russland

.....

15 Ebd., S. 80.

16 Ebd., S. 41.



oben: David Dushman als Mitglied der sowjetischen Fechtmannschaft in den 1950er Jahren

unten: David Dushman als Schiedsrichter bei der Fechtweltmeisterschaft von 1966

Fotos: mit freundlicher Genehmigung der Herausgeberin der Dushman-Biografie „Krieg und Frieden... Und Sport!“

gegeben.¹⁷ Als politisch motivierte Ideologie begann der Antisemitismus verstärkt seit den 1870er Jahren im Zarenreich um sich zu greifen. Die erst in den 1860er Jahren erreichte gesellschaftliche Gleichstellung jüdischer Untertanen wurde ab den 1880er Jahren schrittweise rückgängig gemacht, was dann ab den 1890er Jahren zu einer allgemein antisemitischen Prägung der russischen Regierungspolitik führte. In den Jahren 1881–1884 und 1903–1905 kam es wiederholt zu gewalttätigen Ausschreitungen gegen Teile der jüdischen Bevölkerung.¹⁸ Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges emigrierten ca. zwei Millionen Juden aus dem russländischen Imperium. Viele von denen, die blieben, orientierten sich politisch zum linken Lager hin, das sich gesellschaftlich auf dem Vormarsch befand. Auch unter den Bolschewiki gab es überdurchschnittlich viele Juden, ebenso wie in Intellektuellenkreisen. Der Sowjetstaat begegnete der jüdischen Bevölkerung zunächst als Förderer, etwa durch die Schaffung eigener „jüdischer Sektionen“ in Partei-, Regierungs- und Volksvertretungsorganen, was die Skepsis vieler Juden den neuen Machthabern gegenüber abbauen und eine aktive Teilhabe von Juden an den politischen Mitwirkungsmöglichkeiten innerhalb des Systems stimulieren sollte. Während der stalinistischen „Säuberungen“ der 1930er Jahre fanden sich in den politischen Schauprozessen dann bereits wieder gehäuft antisemitische Untertöne – und ab 1939 schränkte die Kommunistische Partei sogar die Berichte über die Judenverfolgungen im Deutschen Reich ein! Zunehmend gerieten auch die Juden in der Sowjetunion unter den Druck eines im Krieg wieder erstarkenden russisch-sowjetischen Nationalismus. Da diese Politik des Sowjetpatriotismus nach dem Zweiten Weltkrieg fortgeführt wurde, kam es noch bis zu Stalins Tod im Jahr 1953 zu offenen staatlichen Verfolgungskampagnen gegen Juden. Auch später prägten antisemitische Ressentiments das sowjetische Alltagsgeschehen.¹⁹ Jüdisch zu sein galt in der UdSSR nicht als Religionszugehörigkeit, sondern als Zugehörigkeit zu einer „Nationalität“ im ethnischen Sinne²⁰ (wobei gerade

17 Lexikon der russischen Kultur: Norbert P. Franz: Antisemitismus, 2002.

18 Man bezeichnete die Übergriffe mit dem russischen Wort *pogrom*, was ursprünglich so viel bedeutet wie „Chaos“, „Unheil“, „Gemetzel“ oder „Verwüstung“.

19 Seit den 1970er Jahren sank der Anteil der jüdischen Bevölkerung in der UdSSR durch Emigration ziemlich stark (von knapp 2,2 Mio. im Jahr 1970 auf etwas weniger als 1,4 Mio. im Jahr 1989); Manfred Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion 1917–1991, München 1998, S. 1178.

20 Verena Dohrn: „Juden“, in: Thomas M. Bohn/Dietmar Neutatz (Hg.): Studienhandbuch Östliches Europa, Bd. 2, Geschichte des Russischen Reiches und der Sowjetunion, Köln/Weimar/Wien 2009, S. 396.

die Juden die hierfür von Stalin aufgestellten Kriterien der Gemeinsamkeit in Sprache, Territorium, Wirtschaftsleben und Kultur nur unvollständig erfüllten).²¹ Das wurde oftmals ein Ansatzpunkt für Diskriminierung, beispielsweise in Bezug auf den sogenannten Fünften Punkt in Personalfragebögen.²² Auch vor der Sport-Elite der UdSSR (in der Juden ebenso überdurchschnittlich vertreten waren wie in den sowjetischen Eliten insgesamt²³) machte die antisemitische Ausgrenzung nicht halt:

„Die Welt des Fechtens war auch nicht frei von Antisemitismus. [...] Einmal wurde ich höchstpersönlich Zeuge eines Gespräches, in dem der Chef der internationalen Abteilung des Sportkomitees den obersten Trainer unserer Mannschaft, der uns im Ausland vertreten sollte, fragte: ‚Was ist da los bei Ihnen – keine Leute mit russischen Familiennamen?‘ Daraufhin mussten einige der Namen gestrichen und durch andere Sportler ersetzt werden. Durch Leute, die zwar nicht so fit waren, dafür aber einen ‚richtigen‘ Familiennamen besaßen.“²⁴

Dabei galten Sport wie Sportlichkeit in der UdSSR als persönlich erstrebenswert und international prestigeträchtig. Der Osteuropa-Historiker und Publizist Karl Schlögel bemerkt in diesem Zusammenhang:

„Vielleicht war die Sowjetunion auf keinem Feld so sehr Weltmacht wie auf dem des Sports, und auch ihr Ende zeigt sich vielleicht am drastischsten an dessen Niedergang. [...] Vor allem aber waren es bestimmte Sportarten, in denen die eigene Traditionslinie – die Herkunft aus dem Arbeitersport – sichtbar blieb: Gewichtheben, Boxen, Ringen, die Gymnastik (so nah am Ballett), Geräteturnen, Schießen [...].“²⁵

Als Fechttrainer konnte David Dushman große Erfolge erzielen. So betreute er in seiner langen Zeit als Nationaltrainer der Frauen-Fechtmannschaft der UdSSR unter anderem die Florettfechterin Walentina Sidorowa, die 1976 bei den olympischen Spielen in Montreal Gold gewann, und gilt auch als Wegbereiter deutscher Fechtgrößen wie Emil Beck und Thomas Bach.

Seine olympischen Reisen führten Dushman oft mitten hinein in die Absurditäten des Kalten Krieges. Oft musste er sich dabei der Übergriffe des sowjetischen Staates erwehren. Etwa, wenn das jährliche Erscheinen vor der „Kommission für Ausreiseangelegenheiten“ anstand:

„Dort musstest du in einen speziellen Raum, wo ein großer Tisch stand, an dem fünf Tölpel von Kommunisten des allerniedrigsten Ausbildungsniveaus saßen, die dann anfangen, dich mit allerlei Fragen zu malträtieren. In etwa folgendermaßen lief so eine ‚Inquisition‘ ab: ‚Wohin fahren Sie?‘ ‚In die BRD.‘ ‚So, so ... Und wieso in die BRD und nicht in den fernen Osten?‘ ‚Ich fahre dahin, wohin ich geschickt werde.‘ [...] Für gewöhnlich war die Geschichte damit aber noch nicht zu Ende.²⁶ So auch dieses Mal: Am nächsten Tag beklagte sich der Kreis-KGBler²⁷ bei mir, wie hart er es doch im Leben hätte. Mir selber ging es gut, ich war materiell ziemlich gut aufgestellt. Schon 1951 hatte ich mein eigenes Auto. Also fragte ich ihn: ‚Wie viel?‘ und er antwortete: ‚500 Rubel.‘ Ich zahlte und fuhr schon am nächsten Tag zu einem Wettkampf in die BRD. Was für eine Pöbel-Truppe, dieser KGB!“²⁸

Oder, wenn es um familiäre Westkontakte ging:

„Eines Tages kam Emma [eine in Amerika lebende Schwester der Mutter – Anm. d. Verf.] in die Sowjetunion, um Familienbesuche zu machen. Über irgendwelche Bekannten in Charkiw ließ man uns heimlich mitteilen, dass sie sich bereits in Moskau aufhielt und wo genau wir uns mit ihr treffen konnten. Lieber Gott, was für ein Krimi! Wir kreisten mit dem Auto durch ganz Moskau, weiß der Teufel wie lange, verwischten unsere ‚Spuren‘, und kontrollierten wie Stierlitz²⁹ durch den Rückspiegel, ob wir nicht vielleicht irgendwo einen ‚Schatten‘ hinter uns hatten. Für das eigentliche Treffen blieb da nur noch wenig Zeit.“³⁰

21 Manfred Alexander/Günther Stöckl: Russische Geschichte, Stuttgart 2009, S. 729.

22 Eigentlich „Fünfte Spalte“. In die fünfte Zeile der Bögen zur Erfassung von persönlichen Daten trugen die zuständigen Mitarbeiter des sowjetischen Innenministeriums die Nationalitäten-Zugehörigkeit ein.

23 Hans-Heinrich Nolte: Geschichte Russlands, Stuttgart 2012, S. 223 f.

24 Dushman (wie Anm. 1), S. 41 f.

25 Karl Schlögel: Das sowjetische Jahrhundert. Archäologie einer untergegangenen Welt, München 2018, S. 594, 602 f.

26 Dushman (wie Anm. 1), S. 91 f.

27 KGB („Komitee für Staatssicherheit“), seit 1953 Bezeichnung für den sowjetischen Staatssicherheitsdienst, also die politische Staatspolizei. Bereits unter Stalin war sie zum Hauptinstrument der Unterdrückung ausgebaut worden.

28 Dushman (wie Anm. 1), S. 92.

29 Max Otto von Stierlitz, Hauptfigur der in den 1970er Jahren in der Sowjetunion verfilmten und sehr populären Agenten-Serie „Siebzehn Augenblicke des Frühlings“. Die darin inszenierten Abenteuer sind an die Zeit des Nationalsozialismus und des beginnenden Kalten Krieges angelehnt.

30 Dushman (wie Anm. 1), S. 83.

Chronik der Sowjetunion



Sowjetunion / UdSSR

Revolution – Staatsgründung

1917

März Sturz der russischen Monarchie / Bildung einer provisorischen Regierung durch Fürst Lwow

Nov. Oktoberrevolution (westl. Kalender: November) der Kommunistischen Partei
Kommunistische Regierung und Ein-Parteien-Diktatur
Lenin Parteiführer und Regierungschef Russlands

1918 bis

1921 Bürgerkrieg und Sieg über die Gegner der Revolution

1922 Stalin Generalsekretär der Partei

30. Dez. Zusammenschluss Sowjetrusslands mit Ukraine, Weißrussland und Transkaukasus zur „Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“ (UdSSR)

Stalinismus – Weltkrieg – Kalter Krieg

1924 Tod Lenins / Stalin als Nachfolger
Konsolidierung der stalinistischen Alleinherrschaft bis Ende der 1920er Jahre

ab 1927 Kollektivierung und Industrialisierung der Wirtschaft

1934 bis

1939 Terror („Säuberungen“) und politische Schauprozesse

1941 Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion

1945

Jan. Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz

Mai/Aug. Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa/ in Asien

UdSSR als Besatzungsmacht in Ostmitteleuropa und Ostdeutschland

ab 1946 Installierung kommunistischer Regime in den Besatzungsgebieten

1948/49 Sowjetische Blockade Berlins

1949 Gründung der NATO

Entstalinisierung – Koexistenz

1953 Tod Stalins / Chruschtschow als Nachfolger
Phase der Entstalinisierung / des gesellschaftspolitischen Tauwetters

1955 Gründung der Warschauer Vertragsorganisation (Warschauer Pakt)

1962 Kuba-Krise mit anschließenden Verständigungsbemühungen zwischen den USA und der UdSSR

Stagnation – Entspannung – erneute Verhärtung

1964 Absetzung Chruschtschows / Breschnew als Nachfolger

1968 Breschnew-Doktrin: Möglichkeit des sowjetischen Eingriffs in die Souveränität der Satellitenstaaten

1970 Moskauer Vertrag zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland als Zeichen einer Ost-West-Annäherung

1972/79 SALT-Verträge (Verträge zur nuklearen Rüstungsbegrenzung)

1979 Besetzung Afghanistans durch die UdSSR mit anschließender Verschärfung des Ost-West-Konflikts

.....
Perestrojka – Hegemonieverzicht

1985 Gorbatschow jüngster Generalsekretär der Partei
Phase der sozialökonomischen, gesellschaftlichen, politischen Reformen (Perestrojka)

1986 Kernreaktorunfall von Tschernobyl

1987 INF-Abrüstungsvertrag

1988 Abzug aus Afghanistan

1989/90 Deutsche Einheit / Rückzug aus Ostmitteleuropa / Gorbatschow sowjet. Präsident

.....
Zerfall – Neuordnung

1991/92 Putschversuch Jelzins / Auflösung der sowjetischen Exekutive / Beseitigung des Monopols der Partei

Dez. 91 Auflösung der UdSSR durch Russland, Weißrussland und die Ukraine
Gründung der GUS (Gemeinschaft Unabhängiger Staaten) und sofortiger Beitritt (Ausnahme Georgien: 1993) aller ehemaligen Unionsrepubliken (bis auf das Baltikum)

1992 Rechtsnachfolge Russlands bei den Vereinten Nationen / Jelzin russ. Präsident

Was bleibt, ...

... sind die Konturen einer Erzählung von Fairplay, Aufrichtigkeit, Heimatverbundenheit und Menschlichkeit – in einer Welt, zerschnitten zwar vom Eisernen Vorhang, den aber der Sport trotzdem als verbindender Bogen überwölbt. Genauso wie das Leben David Dushmans. Ist nun der sowjetische Doktor jemand, der die hierfür nötige Selbstbeschränkung duldsam und tätig getragen hat, so wie der sowjet-literarische Doktor Schiwago?³¹ Ja und nein: Natürlich, David Dushman war stets – und ist bis heute – russischer Patriot; stolz darauf, Europa und die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg mit vor dem Faschismus bewahrt zu haben. Die Möglichkeit, sich dauerhaft in den Westen abzusetzen, hätte er durch seine internationalen Sportkontakte jederzeit gehabt, hat sie jedoch für sich stets verworfen. Aber im System „eingerrichtet“ hat er sich nur, insoweit es für sein Tätigsein eben auch als Gestaltender in der Gesellschaft erforderlich war. Und: Um das Sowjetsystem kritiklos zu unterstützen, hatte es ihm und seiner Familie viel zu viel Leid beschert! Wie nun mag sich einer fühlen, der noch bis ins 95. Lebensjahr hinein als Fecht-Trainer gearbeitet hat und der gegen Ende seines Weges auf so viel zurückblicken kann, vielleicht zurückblicken muss?

Etwas ungläubig staunend wirkt er in Hinblick auf sein hohes Alter, so als ob es irgendwie surreal wäre, allmählich die Gedanken auf den am Horizont sich ankündigenden hundertsten Geburtstag zu lenken. Wichtig sei vor allem die Gesundheit, sagt er. Ob einer arm oder reich durchs Leben gehe, das sei nicht das Entscheidende, sondern dass einem die Gesundheit erhalten bleibe. Und Dushman weiß, wovon er redet. Mehrmals in seinem Leben hat er drastische Einschnitte bewältigen müssen: den Verlust des Vaters, die Verwundungen als Soldat, antijüdische Schikanen und schließlich das Verschwinden der sowjetischen Körperkultur seit dem Ende der UdSSR, nebst der damit einhergehenden Entwertung und Überflüssigmachung langjähriger Trainer-Karrieren.³²

.....
31 An seinem großen Roman „Doktor Schiwago“ schrieb der sowjetische Schriftsteller und Lyriker Boris Pasternak (1890-1960) seit den 1930er Jahren. Nach Ablehnung des Buches durch die sowjetische Zensur brachte Pasternak den Roman 1954 im Ausland heraus. Im Jahr 1958 nötigte man ihn daraufhin durch eine öffentliche Hetzkampagne, den Nobelpreis für Literatur abzulehnen. Pasternak starb isoliert im Jahr 1960, vgl. Reinhard Lauer: Kleine Geschichte der russischen Literatur, München 2005, S. 228.

32 Schlögel (wie Anm. 25), S. 604 ff.



Dushman mit Sportlerinnen, die er trainierte: Ljuda Morosowa und Walja Sidorowa, die zahlreiche Fechttitel erringen konnte; rechts im Bild Sidorowas Tochter Ljuda
Foto: mit freundlicher Genehmigung der Herausgeberin der Dushman-Biografie „Krieg und Frieden... Und Sport!“

Für Dushman bedeutete dies im Pensionsalter dann letztlich doch noch den Schritt in den Westen, zunächst nach Österreich und schließlich nach Bayern, wo er bis heute lebt. Sobald das Gespräch auf Russland kommt, gerät er aber dennoch ins Schwärmen – über dieses „schöne und wunderbare große Land“, das selber alles habe, was es brauche; und das er nach wie vor als seine Heimat empfindet. Und bei aller emotionalen Empfindsamkeit leuchtet auch in Dushmans Erzählen etwas Selbstgenügsames

auf; etwas, das kaum noch viel vom Leben zu brauchen scheint, außer eben das Leben selbst. Das reine Lebendig-Sein, wie es als Wortwurzel schon im Familiennamen des Pasternak'schen Doktors steckt: Denn Schiwago bedeutet übersetzt der Lebendige.³³

.....
³³ Dagmar Burkhart: „Doktor Živago“ – neu gelesen, in: Ulrike Jekutsch/Walter Kroll (Hg.): Slavische Literaturen im Dialog, Festschrift für Reinhard Lauer zum 65. Geburtstag, Wiesbaden 2000, S. 319.

Und damit scheint ein Gedicht Pasternaks geeignet, einen Schlusspunkt zu setzen:³⁴

Berühmt zu sein, das ist nicht schön.
Nicht das wird uns erheben.
Man braucht nicht in Archiven stehen,
Vor Handes Schrift erbeben.

Selbsthingabe ist das Ziel im Schaffen,
Erfolg nicht, und nicht Sensationen.
Schändlich ist, nichts herzumachen,
Groß in der Welt Gerede wohnen.

Das Leben, das kein Blendwerk sieht,
Sollst suchen, dass man endlich
Zu sich des Raumes Liebe zieht.
Zu hören Zukunfts-Ruf verständlich.

Und Leerstellen soll man lassen
Im Schicksal, nicht in den Papieren,
Des Lebens Stellen und Passagen
Auf Rändern gänzlich anmarkieren.

In Unbekanntheit sinkend fände
Verborgen sich da Schritt und Tritt,
Ganz wie auf nebligem Gelände,
Und sichtbar nicht ein Stück.

Andre werden auf der Lebensbahn
Nun nach und nach dein Wirken fassen,
Doch Sieg soll sich von Niedergang
Vor dir nicht trennen lassen.

Und sollst auch nur kein wenig
Verleugnen dein eignes Gesicht,
Lebendig sei, nichts als lebendig.
Bloß bis zum End' lebendiglich. ■



Der Roman „Doktor Schiwago“ von Boris Pasternak im Schaufenster einer Münchner Buchhandlung im Jahr 1958

Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Fotograf: Kurt Huhle

.....
34 Boris Pasternak, ohne Titel, 1956: „Byt znamenitym nekrasivo...“ (Быть знаменитым некрасиво...) [Übertragung aus dem Russischen; Übersetzer: Rafael Trem].

Impressum

Einsichten und Perspektiven
hg. von der Bayerischen Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit
Verantwortlich: Rupert Grübl, Monika Franz

Redaktion dieses Heftes: Monika Franz, Christina Gibbs, Markus Baar, Karla Frank

Titelbild: Der humanoide Roboter „Pepper“ kann Menschen und deren Mimik und Gestik analysieren und auf Emotionen reagieren.

Foto: picture alliance/imageBROKER/Fotograf: Stefan Ziese

Gestaltung: MUMBECK – Agentur für Werbung GmbH, Schlieffenstraße 60, Wuppertal

Druck: Aumüller Druck GmbH & Co. KG, München/Regensburg

Die Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Die Landeszentrale konnte die Urheberrechte ggf. nicht bei allen Bildern dieser Ausgabe ermitteln. Sie ist aber bereit, glaubhaft gemachte Ansprüche nachträglich zu honorieren. Die Redaktion trägt der gesellschaftlichen Diskussion über geschlechter- bzw. gendergerechte Sprache Rechnung, indem die Schreibweisen der Texte variieren.

Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
Englschalkinger Str. 12, 81925 München, Fax: 089 2186-21 80, landeszentrale@blz.bayern.de
www.blz.bayern.de

